



**Petra Kelly
STIFTUNG**

Bayerisches Bildungswerk für Demokratie
und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Kleine Schritte gegen rechte Tritte? Konzepte gegen Rechtsextremismus

Dokumentation der Tagung
am 28./29. November 2003
in Tutzing

A K A D E M I E F Ü R
P O L I T I S C H E
B I L D U N G T U T Z I N G



Inhaltsübersicht:

Dr. Manfred Schwarzmeier / Gesa Tiedemann

Begrüßung und Einführung3

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke

**Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland
Organisation – Entwicklung – Positionen5**

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Rechtsextremismus und die Mitte der Gesellschaft..... 12

Rebecca Weis

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V..... 19

Dr. Reiner Schiller-Dickhut

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz..... 23

Dr. Fridolin Wimmer

Rechtsradikale Musik im Unterricht..... 28

Stefan Glaser

Rechtsextremismus im Internet..... 34

Bernhard Krohn

**Projekt „Schule gegen Rassismus“
an der Berufsschule 2 in Passau 37**

Jakob Ruster/Silke Schuster

Trainings gegen Rechts – LIDIA 40

Erich Schriever/Gandhi Chahine

„Rap für Courage“ 43

Matthias Adrian

EXIT – das Austeigerprogramm für Rechtsextreme 48

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Erfolgreich oder nicht? – Zur Wirkung der Konzepte 52

Dr. Manfred Schwarzmeier

Wie weiter? – Zusammenfassung der Abschlussdiskussion 58

Referent/inn/en 59

1. Begrüßung und Einführung

Dr. Manfred Schwarzmeier/Gesa Tiedemann

a. Dr. Manfred Schwarzmeier

Herzlich willkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unserem Workshop über ein Thema, das leider seit geraumer Zeit an Aktualität nichts verloren hat.

Lassen Sie mich, bevor ich einige organisatorische und inhaltliche Bemerkungen machen werde, vorab im Namen der Akademie unserem Kooperationspartner, der Petra-Kelly-Stiftung, danken. In allen Phasen der Vorbereitung der Tagung war die Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Rudel ein wirkliches Vergnügen. Ohne ihn wäre die Veranstaltung in dieser Form nicht zustande gekommen. Umso mehr bedauere ich, dass er wegen eines familiären Trauerfalls nicht an der Veranstaltung teilnehmen kann. In Vertretung Herrn Rudels darf ich die Geschäftsführerin der Stiftung, Frau Tiedemann, bei uns begrüßen, die die Tagung seitens der Petra-Kelly-Stiftung eröffnen wird.

Ich freue mich sehr darüber, dass die Tagung auf so großen Zuspruch gestoßen ist. Insgesamt über 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Weg an den Starnberger See gefunden. Neben dem großen Interesse von Lehrern, Schülern, Studenten und Sozialarbeitern ist besonders erfreulich, dass so viele Aktive aus ganz unterschiedlichen Initiativen und Gruppen gegen rechtsextremistisch motivierte Gewalt dabei sind. Geographisch decken wir mit dieser Tagung nicht nur Bayern, sondern auch Nordrhein-Westfalen sowie weitestgehend auch die „neuen“ Bundesländer ab. Dass das Thema aber auch unsere Nachbarn beschäftigt, dafür sind die Anmeldungen aus Österreich und Italien Beweis. Die Bandbreite der konkreten Projekte ist groß. Sie reicht von speziellen Programmen staatlicher Institutionen wie Polizei und Staatsschutz über sozialpädagogische Angebote zur Gewaltprävention bis hin zu Aussteigerprogrammen und Internet-Informationsplattformen. Insgesamt zeigt die starke Resonanz auf unser Programm deutlich: Es gibt ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Informations- und Erfahrungsaustausch sowie nach Diskussion über Zukunftsperspektiven.

Die Frage „Wie geht es weiter?“ gewinnt angesichts der Tatsache, dass allorten „Sparen“ auf der Prioritätenliste staatlichen Handelns ganz oben steht, immer mehr Relevanz. Die sogenannten „freiwilligen Leistungsempfänger“ sind immer die ersten, die dabei ins Fadenkreuz der Mittelkürzung

geraten. Damit sind dann nicht nur Bereiche wie Kultur- und Sportförderung, sondern eben auch Initiativen gegen Gewalt und Intoleranz, wie sie sich schon vor dem Jahr 2000 – Stichwort „Aufstand der Anständigen“ –, verstärkt aber danach gebildet haben. Drei Jahre später haben viele Initiativen handfeste Existenzsorgen. Förderprogramme werden immer mehr zusammen gestrichen, die Suche nach Geldgebern belastet das Zeitbudget für die eigentliche Arbeit und die Mitarbeiter haben angesichts der angespannten Finanzlage keine persönliche Planungssicherheit. Zwischen den Initiativen herrscht harte Konkurrenz um Geld und Unterstützung. Dabei gehen die vorläufigen Bewertungen des Erfolgs oder Misserfolgs der Projekte durchaus auseinander. Während die Befürworter von Mittelstreichungen keine signifikanten Auswirkungen der Programme und Projekte zu erkennen glauben, verweisen deren Mitarbeiter auf viele kleine Erfolge vor Ort. Sie sehen: Es gibt eine Reihe guter Gründe, die dafür sprechen, dass wir einen passenden Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz zu diesen Themen gewählt haben.

Ich wünsche uns, dass jeder nach dem Ende der Tagung mit dem Gefühl nach Hause geht, viele neue Impulse für die Arbeit vor Ort mitgenommen zu haben und diese neu motiviert trotz aller Probleme weiterzuführen.

b. Gesa Tiedemann

Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, wie aktuell und brisant unser Thema ist – und wie groß die Bandbreite der Fragen, die dabei zu behandeln sind. Auf der einen Seite wird – nicht zuletzt durch entsprechende Äußerungen des bayerischen Innenministers Günter Beckstein – die Gefahr einer „braunen RAF“ apostrophiert: Generalbundesanwalt Kay Nehm hat diese Gefahr erst kürzlich in einem SZ-Interview ganz sachlich so beschrieben:

„Wir haben mit der ‚Kameradschaft Süd‘, die in München ein Attentat bei der Grundsteinlegung des Jüdischen Zentrums begehen wollte, erstmals eine Gruppe, die mit Hilfe von Waffen und Sprengstoffen in einer Planungsphase eines großen Attentats war. Die geplante Tat der ‚Münchner Gruppe‘ zeigt eine neue Dimension rechtsextremistischer Verbrechen.“ (SZ 14.11.2003, S. 10)

Fast zur gleichen Zeit markiert die sog. „Hohmann-Rede“ des inzwischen aus der CDU/CSU-Fraktion ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten und die

offenkundige Zustimmung, die sie offensichtlich neben der wohlverdienten Kritik *auch* bekommen hat, die andere Seite des Rechtsextremismus: ihr ideologisches Fundament, das mit seinen antisemitischen Versatzstücken immer noch in nicht unbeträchtlichem Maße in der bundesdeutschen Bevölkerung verankert zu sein scheint.

Wer solche unsäglichen Auffassungen nicht hinnehmen und der rechtsextremen Gewalt den ideologischen Boden entziehen will, der muss gezielt aktiv werden. Dies ist der Hintergrund unserer Tagung und das einigende Band wohl aller hier vorgestellten Projekte und Maßnahmen. Unter diesen Vorzeichen stimmt es dann doch einigermaßen verwunderlich, dass die Gelder, die für diese Maßnahmen und Projekte aus öffentlichen Töpfen fließen, immer knapper zu werden scheinen. „*Sparen gegen Rechts*“ betitelte die SZ einen Artikel im Mai diesen Jahres, in dem es hieß: „In den Zeiten knappen Geldes dürften viele Initiativen nicht überleben“ (SZ 3./4.5.2003, S. 3).

Mancherorts wurde auch bezweifelt, ob solche Initiativen *überhaupt* etwas bewirken können. Natürlich müssen sich solche Projekte auch Fragen nach ihrer Wirkung gefallen lassen – neudeutsch nennt man so etwas Evaluation. Auch wir wollen dieser Frage ja im Rahmen der Tagung nachgehen. Aber Evaluation braucht Zeit und einigermaßen objektive Qualitätskriterien. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in Zeiten knapper Kassen und ohne neue, spektakuläre Gewaltaktionen rechtsextremistischer Kreise die Gelegenheit genutzt wurde, eigentlich ungeliebten Kindern die finanzielle Alimentation zu entziehen. Dass dies ein Sparen am falschen Platz ist, haben nicht nur die jüngsten von mir erwähnten Ereignisse von Neuem deutlich gemacht, sondern auch der im Mai diesen Jahres vorgestellte Verfassungsschutzbericht für 2002, der nach wie vor von einem Ansteigen der „rechten Gewalt“ sprach.

Aus diesem Grund meinen wir, die Veranstalter dieser Tagung, dass kontinuierliche und große – auch finanzielle – Anstrengungen notwendig sind, um wenigstens – wie in unserem Titelmotto angedeutet – kleine Schritte gegen rechte Tritte unternehmen zu können. Die Petra-Kelly-Stiftung selbst versucht schon seit einigen Jahren, dazu etwas beizutragen: Mit zwei großen Veranstaltungen zu Methoden und Ansätzen der Gewaltprävention und einer Tagung zu Trainings und Konzepten der interkulturellen Arbeit haben wir konkrete Maßnahmen und Projekte vorgestellt und den Austausch der Projektträger untereinander vorangetrieben. (Zu allen drei Tagungen gibt es umfangreiche Doku-

mentationen, die von unserer Homepage kostenfrei heruntergeladen werden können. Auch für die heutige Tagung ist eine solche Dokumentation geplant.)

2. Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland: Organisation – Entwicklung – Positionen¹

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke

Im März 2001 melden die Zeitungen einen starken Anstieg der bekannt gewordenen rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten für das Jahr 2000. Fast 16000 Fälle bedeuten einen Anstieg von etwa sechzig Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, haben sie sich 2000 im Vergleich zum Vorjahr gar verdoppelt. Nicht nur in Ostdeutschland, auch in den alten Bundesländern ist die zunehmende Gewaltbereitschaft rechter Jugendlicher nicht zu übersehen. Zählten die Verfassungsschutzbehörden 1994 noch rund 5 500 Militante, stieg ihre Zahl bis 2000 auf etwa 10000. Kann man, ja muss man aus all dem schließen, dass der Rechtsextremismus, vor allem aber sein gewaltbereites Segment, im Aufwind ist? Diese weit verbreitete Annahme erweist sich bei genauer Betrachtung als korrekturbedürftig. Schon einmal war die Anzahl der Gewalttaten besonders hoch: Im Jahr 1992/93, als Anschläge gegen Asylbewerberheime die Öffentlichkeit in Atem hielten, zu weit beachteten Lichterketten und Rock gegen Rechts-Konzerten führten, wurden mehr als 1400 Fälle gezählt. Doch in den folgenden Jahren sank die Zahl der Gewalttaten von rechts kontinuierlich bis auf etwa 700 im Jahr 1998. Nun also gehen sie wieder nach oben.

Die Aussagenreichweite der amtlichen Zahlen darf nicht überschätzt werden. Hinter ihnen verbirgt sich ein erhebliches Dunkelfeld nicht angezeigt und damit nicht erfasster Straftaten und: Einschüchterungen, Bedrohungen, Diskriminierungen aus rassistischen Gründen gelangen in der Regel nicht zur Anzeige. Unbekannt ist auch die Zahl der Jugendlichen, die aus fremdenfeindlichen Motiven heraus tätlich angegriffen werden und aus Angst vor Racheakten den Gang zur Polizei scheuen. Systematische, wissenschaftlich fundierte Opferbefragungen in diesem Bereich, die zuverlässige Schätzungen ermöglichen würden, gibt es bisher nicht. Auf der anderen Seite erscheinen Polizei und Justiz eigentümlich machtlos. Unterhalb der Strafverfolgungsebene werden sie kaum tätig, die Dun-

kelfelder bleiben ihnen verschlossen. Bei der Verfolgung von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund jedoch häufen sich Berichte über schleppende Verfahren und ausbleibenden Tatendrang der Behörden.

Der Rechtsextremismus hat viele Facetten, nicht nur die gewalttätige, brutale, menschenverachtende. Er zeigt sich auch in Parteien wie der NPD. Eine schwer überschaubare Facette des Rechtsextremismus ist sein Vordringen in die Alltagswelt und die kulturelle Praxis von Jugendlichen. Entsprechende Musik, Kleidung und Verhaltensstile sind Teil der Jugendkulturen geworden. Seitdem wurden 17 neonazistische Organisationen verboten, darunter die Wiking Jugend, die Nationalistische Front und, im September 2000, die rechte Skin-Gruppe Blood and Honour Division Deutschland. Fachleute bezweifeln jedoch schon seit langem, ob staatliche Repression gegen rechts wirklich zu einer Zerschlagung der Szene beitragen kann. Denkbar wäre vielmehr, dass Repression Lernprozesse freisetzt und zu organisatorischen und strategischen Umorientierungen führt.

Unstrittig sind freilich die symbolischen Gewinne der Repressionspolitik: Der Staat zeigt Härte, Entschlossenheit und Durchsetzungskraft. Er übersetzt die komplexe Rechtsextremismus-Problematik in einfache Gegenüberstellungen von Freund und Feind, Gut und Böse. Den Bürgern wird nahe gelegt, sich bei solchen Polarisierungen für die eine oder die andere Seite zu entscheiden. Im Ergebnis wird der Rechtsextremismus weiter ausgegrenzt, die Solidarität der Demokraten bestärkt und ihre Bindung an den Staat erhöht. Auf diese Weise entsteht zwar ein Legitimationsgewinn der Politik, aber nicht unbedingt eine effektive Strategie gegenüber Parteien wie der NPD.

Dabei zeigen sich Globalisierungstendenzen auch in diesem Segment. Das internationale Anwachsen der rechten Skinhead-Szene hat sich mittlerweile zu einer millionenschweren internationalen Indu-

¹ Dieser Text beruht auf – redaktionell zusammengestellten – Ausschnitten aus:
Hans-Gerd Jaschke: Für eine aktive Bürgergesellschaft – Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000; in: Perspektive. Ein Forum der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Nr. 6/ September 2000
Hans-Gerd Jaschke: Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland; in: epd-Dokumentation 49/2002, S. 6-13

strie entwickelt, der modernste Technik zur Verbreitung ihrer Botschaft zur Verfügung steht. CDs, Videos oder Computerspiele werden erst in einem Staat hergestellt und dann in einem anderen, häufig über das Internet, zum Verkauf angeboten. So wurde zum Beispiel das neueste Album von „No Remorse“, einer der bekanntesten Bands, mit dem Titel „Barbecue in Rostock“ in Großbritannien produziert, in Dänemark gepresst und wiederum in einem anderen Staat der Europäischen Union zum Verkauf angeboten.

Es mangelt nicht an Erklärungsversuchen und Gegenstrategien. Angst vor Arbeitslosigkeit, soziale Deklassierung, mangelnde Erziehung, ein zu nachsichtiger Staat – all dies wird in verschiedenen Varianten vorgebracht. Einigkeit besteht darüber, dass ein Bündel von Ursachen in Betracht zu ziehen ist, einfache Erklärungen gehen ins Leere. Dabei wird häufig übersehen, dass der Rechtsextremismus in Westdeutschland, aber mittlerweile auch in Ostdeutschland längst schon eine eigenständige politische Strömung geworden ist, mit einer gewachsenen Geschichte und Tradition. Vieles spricht dafür, dass der Rechtsextremismus in der Nachkriegsgeschichte eine zwar randständige, aber auch selbstständige und dynamische Randströmung war und ist, deren Gefahren für die Demokratie nicht überbewertet werden sollten, die aber dennoch eine ernst zu nehmende und längerfristige Bedrohung ist.

a. Historischer Rückblick

Es kann nicht überraschen, dass ehemalige Nationalsozialisten und ihre Anhänger auch nach der Kapitulation im Mai 1945 versuchten, ihre Ideen zu organisieren und durchzusetzen. Der militärischen Kapitulation folgte keineswegs die allgemein verbreitete Einsicht über den Irrweg des Nationalsozialismus, Teile der Hitler-Jugend-Generation traten auch nach dem Ende des Krieges für ihre Überzeugung ein. Die „Stunde Null“, den vollständigen Bruch mit der NS-Vergangenheit hat es gegeben auf der Ebene der Verfassung und der Ordnung der Institutionen, nicht aber bei den Mentalitäten und Einstellungen. Auch die Entnazifizierung durch die alliierten Siegermächte vermochte nicht die Reste des Nationalsozialismus aus den Köpfen zu vertreiben. Demokratie war und ist ein langwieriger Lernprozess, NS-nahe Überzeugungen überlebten das Ende des Nationalsozialismus und prägten Teile der gesellschaftlichen Grundorientierungen auch nach 1945. Zunächst verhinderte die Vergabe der Partei-Lizenzen durch die Alliierten die Gründung einer neuen Rechtsaußen-Partei. Doch bald nach der Entstehung des westdeutschen Teilstaates 1949 und der Verabschiedung des Grundgesetzes mel-

deten sie sich zurück: Die Deutsche Reichs-Partei (DRP), eine eher gemäßigte, deutschnationale Gruppierung und die Sozialistische Reichspartei (SRP), ein Wurmfortsatz der NSDAP, betraten die Bühne. Unter den Mitbegründern der SRP fand sich auch der ehemalige Generalmajor Otto-Ernst Remer, der mitverantwortlich war für die Niederschlagung des Widerstandes am 20. Juli 1944. Als die SRP 1951 bei Landtagswahlen in Bremen 7,7 und in Niedersachsen 11 Prozent erzielte und damit das Nachleben des Nationalsozialismus bei Teilen der Wählerschaft nicht mehr zu übersehen war, entschloss sich die Bundesregierung zu einem Verbotsantrag. 1952 wurde die SRP vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Meinungen, Haltungen und Orientierungen sind freilich nicht zu verbieten. Nach dem SRP-Verbot war klar, dass offenes Eintreten für nationalsozialistische Ideale dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schaden und deshalb von den staatlichen Stellen energisch verfolgt wurden. Ein Großteil ehemaliger Nationalsozialisten begab sich in die innere Emigration und passte sich den Bedingungen der neuen Bundesrepublik an, arbeitete und lebte unauffällig, schloss sich den bürgerlichen Parteien an. Nazistische Überzeugungen lebten fort in den privaten sozialen Welten, in den Familien, Vereinen und den Nachbarschaftsbeziehungen. Unbelehrbare, buchstäblich „Ewig-Gestrige“ organisierten sich in heute längst vergessenen Vereinigungen wie dem Kameradschaftsring Nationaler Jugendverbände, der Mitte der fünfziger Jahre immerhin 50000 national gesinnte Jugendliche hinter sich brachte. Die Neuauflage der Hitler-Jugend nannte sich ab 1952 „Wiking-Jugend“. Erst zweiundvierzig Jahre später, im November 1994, wurde sie vom Bundesinnenminister verboten.

Ausgrenzung und Integration waren freilich zwei Seiten derselben Medaille. Kleine, aber nicht unbedeutende Rechtsaußen-Parteien im Grenzbereich zwischen offenem Rechtsextremismus und Konservatismus wie etwa die Deutsche Partei (DP) des niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege, die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) und die Deutsche Gemeinschaft (DG) des späteren Grünen-Mitbegründers August Haussleiter waren in den fünfziger Jahren parlamentarisch präsent. Für diese Parteien und ihre Anhängerschaft gilt, was Wolfgang Gessenharter als Druck zur Anpassung an das nationale und konservative Spektrum bezeichnet hat: „Rassismus, Antisemitismus und autoritärer Führerglaube wichen immer stärker einer Haltung, die sich in der Kritik am ‚überzogenen‘ Pluralismus, an der Westbindung, aber auch in scharfem Antikommun-

nismus mit den nationalkonservativen Kräften einig wusste. Zentraler Bezugspunkt aber blieb für das rechte Lager die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, die man allerdings nicht aus der Position des Schuldigen, sondern des Opfers in Gestalt des legalen Führerbefehlen gehorchenden, für verbrecherische Ziele missbrauchten Untertanen führte.“ Auf Grund der ideologischen relativen Nähe gelang es CDU und CSU bis Anfang der sechziger Jahre, das Wählerpotenzial Rechtsaußen zu erobern, so dass rechts von der Union in der Tat kein Platz mehr war für eine demokratisch legitimierte rechtsextreme Partei, ganz so, wie es der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß immer gefordert hatte.

Der politische Druck auf den organisierten Rechtsextremismus führte zu einer Zersplitterung der Szene und zu einer Konzentration auf öffentlich wenig auffällige Aktionsformen. Das NS-Gedankengut wurde konserviert in kleinen kulturellen Zirkeln wie dem betulichen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes oder der Gesellschaft für freie Publizistik und in Zeitschriften wie „Nation Europa“. Hier fanden die Dichter und Denker des Nationalsozialismus ihre Anhänger und Verehrer im Verborgenen, bei den Lippoldsberger Dichtertagen oder auch den öffentlich wenig beachteten Sonnenwendfeiern. Hier betrieben NS-Literaten wie Hans Grimm oder Hans Venatier Traditionspflege für Ewig-Gestrige, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit der Wirtschaftswunder-Gesellschaft mit ihrer „Ohne-mich“-Mentalität. Das politische und gesellschaftliche Ghetto solcher Positionen wurden von den Akteuren legitimiert vom Glauben an die künftige Elite, an die besseren Deutschen. Ihre Aktivitäten sind natürlich noch eng verbunden mit den biografischen Erfahrungen des noch nicht lange zurückliegenden Nationalsozialismus. Die rechtsextreme Szene der fünfziger Jahre agiert bewusst im gesellschaftlichen Abseits, sie bildet subkulturelle Verhaltensstile. Lebenspraktische Orientierungen, subjektive Wertsetzungen, Sprachregelungen, Feierrituale, soziale Beziehungsmuster und Umgangsformen stiften einen gemeinsamen Lebenszusammenhang, der das gesamte rechte Lager zusammenhält im kollektiven Selbstverständnis des Wartens auf bessere Zeiten.

Erst 1964 führten die Bemühungen der versprengten Rechten, eine schlagkräftige Sammlungsbewegung von rechts zu gründen, zum Erfolg. Die Nationaldemokratische Partei (NPD) wurde zur erfolgreichsten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik. Sie saß bis 1969 in sieben Länderparlamenten und scheiterte bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp mit 4,3 Prozent. Sie bot sich als die

traditionsbewahrende national-konservative Gegenströmung zur revoltierenden Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre und als Alternative zur CDU/CSU, die in eben jenen Jahren eine Große Koalition mit der SPD eingegangen war und von vielen Konservativen des Verrats ihrer Ideale bezichtigt wurde, an. Die Niederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969 und das anschließende parlamentarische Aus auch bei den folgenden Landtagswahlen schien all denen Recht zu geben, die Rechtsextremismus für ein Problem der Kriegsgeneration hielten, das sich mit fortschreitender Zeit von selbst erledigen würde. Diese damals weithin geteilte Auffassung sollte sich jedoch als falsch herausstellen.

In den siebziger Jahren vollzieht sich in Westdeutschland ein grundlegender Strukturwandel des organisierten Rechtsextremismus. Generationswechsel, Provokation und Militanz sind die Stichworte. Jüngere, in der Nachkriegszeit Geborene, drangen nach vorne. In der NPD und anderen Organisationen geraten die Alten unter Druck, die Jüngeren wollen eine radikale Reform der Programmatik. Die Aktion Neue Rechte, nationalrevolutionäre Gruppen an den Hochschulen und andere, zumeist um kleine Zeitschriften gruppierte Strömungen nehmen sich die französische Neue Rechte, die Nouvelle Droite zum Vorbild und starten den Kampf um die Köpfe. Die Rechte soll theorie- und programmfähig werden, rechtsgerichtete Schüler- und Jugendzeitschriften expandieren. Ernst Jünger, Moeller van den Bruck und andere Vertreter der Konservativen Revolution der zwanziger Jahre werden gelesen und diskutiert, die Neue Rechte soll nach dem Muster der Neuen Linken antreten. Es geht um die Kritik am „american way of life“, am Kapitalismus, die nationale Revolution soll Deutschland und Europa wieder auf die alteuropäischen, vorrevolutionären Entwicklungspfade bringen. In Deutschland operieren die kleinen Gruppen der Neuen Rechten letztlich ohne größere Erfolge, sieht man von kleinen Projekten, wie etwa der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ab, die sich als Gegen gründung zur Tageszeitung (taz) versteht.

Folgenreicher sind die Provokationen der jungen Neonazis um Michael Kühnen und Christian Worch. Vor allem Kühnens Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) betreibt geschickte Öffentlichkeitsarbeit. Kühnen erklärt in der Rhetorik und im Gestus junger Intellektueller die Gaskammern zur Erfindung der Siegermächte und proklamiert die nationalsozialistische Revolution. Die westdeutsche Öffentlichkeit hatte lange Jahre, begleitet vom „Wirtschaftswunder“, geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Einkommen, den Rechtsextremismus

zum Randproblem ewiggestriger Alt-Nazis erklärt und damit das Problem verdrängt. Nun aber war es eine neue Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen, die unter Bedingungen einer lange anhaltenden Krise des Arbeitsmarktes und verminderter Lebenschancen Jugendlicher nach der Ölkrise 1973/74 an den Zielen der NSDAP festhielten und durch spektakuläre Aufmärsche auf einen wunden Punkt der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland hinwiesen. Der Strukturwandel des organisierten Rechtsextremismus erhärtete die Annahme, dass die Rechtsaußen-Parteien NPD und DVU, eine Vielzahl neonazistischer Kleingruppen und ebenso viele sonstige Vereinigungen eine randständige, aber auch etablierte Randströmung des politischen Spektrums geworden waren.

Die 1981 öffentlich breit diskutierte so genannte „Sinus-Studie“ eines Heidelberger Umfrageinstituts kam zu dem Ergebnis, dass 13 Prozent der Bundesbürger ein konsistentes rechtsextremes Weltbild aufwiesen – ein in Fachkreisen lange bekanntes Phänomen, das durch die öffentliche Debatte nun aber unabweisbar ein erhebliches gesellschaftliches Potenzial des Rechtsextremismus in den Blickpunkt rückte. Die außerhalb der rechtsextremen Kernströmung 1984 erfolgte Gründung der Republikaner ergänzte dieses Bild von einer anderen Seite: Aus der konservativen Mitte heraus, in der bayerischen CSU hatte sich Protest entzündet an der Ostpolitik der Partei. Drei CSU-Abtrünnige gründeten die Republikaner, ihr Zugpferd Franz Schönhuber konnte mit populistischen Parolen süddeutsche Wirtshäuser füllen und die Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus verwischen. Noch heute haben sie Sitz und Stimme im Landtag von Baden-Württemberg. Die Republikaner galten zu Beginn der neunziger Jahre als aussichtsreichste Partei rechtsaußen, der auch längerfristig parlamentarische Erfolge zugetraut wurden. Maßgeblich für diese Einschätzung waren der wesentlich von Franz Schönhuber geprägte populistische Politikstil, die Attraktivität der Partei bei Arbeiter- und kleinbürgerlichen Wählern und das internationale Umfeld erfolgreicher rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, Österreich und Italien. Es gelang den Republikanern eine Zeit lang, das Asylthema wählerwirksam zu instrumentalisieren und die Sehnsüchte der Stammtische zu bedienen. Sie schienen in der Lage, das diffuse rechte Protestpotenzial längerfristig zu bündeln und ihm einen parlamentarischen Ausdruck zu verleihen. Ihre Themen zielten in die Mitte der Gesellschaft: Weltweite Armutswanderungen wurden wirkungsvoll als „Überfremdung“ der Deutschen durch Ausländer artikuliert. Der Vertrauensverlust der Institutionen und weit reichende Individualisie-

rungsprozesse der Gesellschaft wurden übersetzt in autoritär-populistische Konzeptionen der inneren Sicherheit, in Probleme von Recht und Ordnung. Überdies kamen die Republikaner nicht aus dem weit verzweigten rechtsextremen Netzwerk, sondern sie entstanden aus einer Abspaltung aus der CSU. Auftrieb erhielten sie von Konservativen im Grenzbereich zwischen rechts und rechtsextrem, die mit dem Ausbleiben der von Kohl versprochenen „geistig-politischen Wende“ unzufrieden waren und diese Wende jetzt einforderten. Dieser bürgerlich-oppositionelle Herkunftsrahmen schien eine Garantie zu sein für eine wirksame Protestpartei jenseits des rechtsextremen Stigmas. Zwar stießen seit 1985 einige Funktionäre zu den Republikanern, die zuvor bei rechtsextremen Organisationen tätig waren, allen voran Harald Neubauer, zuvor lange Jahre bei NPD und DVU und die rechte Hand des DVU-Chefs Gerhard Frey. Doch diese braunen Tupfer beeinträchtigten das nationalkonservative populistische Image der Republikaner nicht allzu sehr, zumal Schönhuber sich als geschickter Stratege und Redner erwies, der die Wirtshäuser und Festzelte der bayerischen Provinz problemlos füllen konnte. Zwischen 1989 und 1992 hatte die Partei beachtliche Wahlerfolge, seitdem nur noch in Baden-Württemberg 1996.

Die deutsche Vereinigung 1989/90 hat eine weitere Veränderung der Struktur des Rechtsextremismus zur Folge. Westdeutsche Organisationen versuchen, im Osten Fuß zu fassen, und treffen dort auf eine Mentalität, der es an demokratischen Erfahrungen fehlt. Mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung sind rechtsextreme Parteien im Osten noch immer schwach, aber das Gewaltpotenzial entwickelt sich dennoch überwiegend in den neuen Ländern. „Im Ergebnis“, schreibt Peter Reif-Spirek, „führt dies zu einer rechten Alltagskultur, in der die alltägliche Diskriminierung von Fremden und Anderen (keineswegs nur durch gewalttätige Übergriffe militanter Cliques) überhaupt nicht mehr als Problem wahrgenommen wird, sondern als normal und berechtigt gilt. Die sozialräumlichen Positionsgewinne der Rechten sind bereits so gravierend, dass zahlreiche Gegenden im Osten als ‚No-go-areas‘ für Minderheiten eingeschätzt werden müssen“. Diese politisch umstrittene, weil Standortnachteile nach sich ziehende Diagnose wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt. In einem Report über die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neuen Ländern vom Januar 1999 heißt es: „Verschiedentlich sind rechtsextremistische Verhaltensweisen und Symbole in Bereiche der Jugendkultur, wie z.B. Jacken, Stiefel und Haarschnitt, eingedrungen und Teil des Alltagsgeschehens geworden. Rechtsextremisten sehen sich hier

in ihrer strategischen Zielsetzung der Schaffung ‚national befreiter Zonen‘ bestätigt. Mit diesem auch von den ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (JN) aufgegriffenen Terminus versuchen sie, eine politische, soziale, kulturelle und ethnische Vorherrschaft über begrenzte Gebiete und Einrichtungen herzustellen und das staatliche Gewaltmonopol auszuhöhlen. Soweit es rechtsextremistischen Jugendlichen und Heranwachsenden in Ansätzen gelungen ist, in und über gemeinschaftliche Einrichtungen zu bestimmen und konkurrierende Kulturen auszuschließen – teils durch Drohungen, teils mit handfester Gewalt – so ist dies jedoch nicht das Ergebnis strategischer Planung, sondern des jeweiligen Kräfteverhältnisses vor Ort.“ Was in Westdeutschland kaum je gelungen ist, das scheint in Ostdeutschland Konturen anzunehmen: die soziale und kulturelle Verwurzelung des Rechtsextremismus vor Ort.

b. Rechtsextremismus: eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“

Vor mehr als dreißig Jahren hat der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch den Rechtsradikalismus eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ genannt. Je schneller das Tempo der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung voranschreitet, je komplexer gesellschaftliche Verhältnisse erscheinen, desto eher werden die Verlierer dieser Entwicklung, d.h. diejenigen, deren objektive Lebenschancen von ihnen selbst als relativ begrenzt und als von außen verursacht empfunden werden, zu rückwärts gewandten Denkmustern greifen.

Übersteigerte nationale und ethnische Abgrenzung sind heute angesichts der Globalisierung derartige rückwärts gewandte Gegenreaktionen. Der Öffnung gegenüber den Weltmärkten setzt die Rechte nationale Abschottung entgegen, einer multiethnischen Gesellschaft die ethnische Identität der Deutschen, der räumlichen und beruflichen Mobilität die überschaubare heimatliche Verwurzelung, den alltäglichen Konflikten um materielles und kulturelles Kapital innerhalb der Leistungsgesellschaft das Kameradschaftsprinzip der Volksgemeinschaft. Selbst militante Aktionen gegen Ausländer finden heimliche Sympathien bei einem Teil der Bevölkerung.

Nicht nur das Tempo der Modernisierung im Umbruch von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft schreitet voran, auch der Kern der gesellschaftlichen Integration beginnt zu schmelzen: Der Abstand zwischen oben und unten, zwischen Ge-

winnern und Verlierern wird größer, das Ausmaß sozialer Ungleichheit kommt an die Grenze der Sozialverträglichkeit. Dadurch wird der Protest von rechts strukturell gleichsam aufgeladen, ohne dass politische Ansätze erkennbar wären, dies als strukturelles Grundproblem überhaupt wahrzunehmen. Die Modernisierungsthese erklärt im Übrigen auch, warum Rechtsextremismus auch in anderen Industriegesellschaften wie Österreich, Italien oder Frankreich ein ernst zu nehmendes Problem darstellt. Es nimmt dort nur andere, durch nationale Besonderheiten bedingte Formen an.

Kern der Modernisierungstheorie ist die Annahme, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft entstehen und deshalb auch dort zuallererst bekämpft werden müssen. Dies bezieht sich vor allem auf zwei Punkte:

- Familie, Schule und Arbeitsplatz einschließlich ihrer sozialen Umfelder sind jene Instanzen der politischen Sozialisation, in denen Meinungen, Orientierungen und Verhaltensmuster erworben werden. Rassistisches Denken und Handeln ist nur der Endpunkt eines mittel- oder längerfristigen negativen Lernprozesses, der früher einsetzt und durch diese Instanzen oder eine von ihnen wesentlich geprägt wurde. Vor diesem Hintergrund macht es durchaus Sinn, von der Mitte der Gesellschaft und ihrer Verantwortung zu reden. Wenn jugendliche Gewalttäter davon ausgehen, ihre Taten würden insgeheim gedeckt oder unterstützt von ihren sozialen Umfeldern, so zeigt sich genau darin die Schlüsselfunktion der Mitte für eine offene und pluralistische gesellschaftliche Entwicklung.
- Wenn der öffentliche Diskurs der Eliten in Politik, Wirtschaft, Sport und anderswo fremdenfeindliche Deutungsmuster selber benutzt oder sie nahe legt, können ohnehin vorhandene rassistische Milieus sich bestätigt fühlen. Dies betrifft vor allem den Bereich der Ausländer- und Integrations- bzw. Desintegrationspolitik. Unterscheidungen in gute, nützliche und unnütze Ausländer oder die immer wieder vorgetragene These einer Belastung öffentlicher Haushalte durch Ausländer lassen häufig fremdenfeindliche Schlussfolgerungen zu.

c. Soziale Basis

Rechtsextremismus ist primär ein Syndrom der Modernisierungsverlierer. Welches ist die soziale Basis der Gewalt von rechts? Die Wahlsoziologie und die Kriminalstatistiken geben eine eindeutige Antwort: Es sind junge Männer zwischen 14 und 25 Jahren, formal eher schlecht ausgebildet, in eher untergeordneten oder prekären Berufspositionen.

Die Berufschancen dieser Gruppe werden sich in den nächsten Jahren im Zuge voranschreitenden Abbaus von Arbeitsplätzen im Industriebereich und höheren Qualifikationsanforderungen im Dienstleistungsbereich drastisch verschlechtern und ihre Protestbereitschaft wird sich vergrößern.

Natürlich ist rassistisches Denken nicht auf diese Gruppe beschränkt, aber hier findet die Rechte ihren bedeutsamsten Nährboden. Eine 1998 an der FU Berlin durchgeführte empirische Untersuchung (vgl.: Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999, S. 26 ff.) kommt zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen:

- 12 Prozent der westdeutschen, 17 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung bilden das rechtsextremistische Einstellungspotential. Im Westen sind es eher die Älteren, im Osten ist dieses Potential verteilt über alle Altersgruppen.
- Arbeiter sind besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen.
- Das rechtsextreme Einstellungspotential ist in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher als in den westdeutschen. Während auf der Ebene von Meinungen und Orientierungen die älteren Generationen sogar eher noch rechtsextreme und fremdenfeindliche Auffassungen goutieren, sind es auf der Ebene aktiver Protestbereitschaft eher die jüngeren Männer.

Praktisch alle Kriminalstatistiken und wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre weisen in diese Richtung. Neu an der aktuellen Entwicklung sind die hohe Gewaltbereitschaft, die neuen Kommunikationsmedien und der durch die Globalisierung bedingte neue Kontext internationaler Abhängigkeit (Standortfaktor) Polizeiliche Kriminalstatistiken – die nur angezeigte Fälle aufnehmen – sind keine wirklich aussagekräftigen Indikatoren für Gewaltbereitschaft. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch an westdeutschen Haupt- und Berufsschulen und in den städtischen sozialen Brennpunkten verbreitert sich ein Klima der Bedrohung durch Gewalt. Es wird überhöht durch die Normalisierung von Gewalt in den Medien seit Einführung des Privatfernsehens Mitte der achtziger Jahre, aber auch durch ein dichtes Netzwerk rassistischer Homepages im Internet, das Jugendlichen zeigt, „wir sind da, wir sind schlagkräftig“ und faktisch dazu beiträgt, die rechtsextreme Szene enger zu vernetzen.

d. Probleme des Umgangs mit Rechtsextremismus

Der Anteil der Arbeitslosen unter den rechten Gewalttätigen und den rechtsextrem Eingestellten ist

nicht besonders hoch. Die meisten von ihnen sind Arbeitnehmer. Die Betriebe müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich künftig gewaltige ethnische Konfliktpotenziale zusammenballen, wenn türkische und deutsche Jugendliche und jugendliche Aussiedler um die immer knapper werdenden Stellen konkurrieren. Gefragt sind mehr Lehrstellen, mehr Förderung der beruflichen und der politischen Bildung, mehr Teamarbeit und mehr Förderung sozialer Kompetenzen. In den Betrieben muss ein Verhaltenskodex etabliert werden, der Toleranz gegenüber den Kollegen gleich welcher ethnischen Zugehörigkeit zwingend verordnet und Verstöße dagegen auch empfindlich sanktioniert. Ähnliches gilt für den öffentlichen Dienst. Hier mussten die Instrumente erst geschaffen werden, um das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes wirksam umzusetzen und im Umgang der Behörden mit Nicht-Deutschen ein alltägliches Klima der Toleranz herzustellen. In Sozialämtern, Polizeirevieren, Ausländerbehörden und anderen Dienststellen bedarf es entschlossener Durchsetzung des Diskriminierungsverbotes. Die Gewerkschaften und die Parteien müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich unter ihren Mitgliedern und Wählern ein erheblicher Anteil rechtsextrem Eingestellter befindet. Dies wurde zu lange totgeschwiegen, um die Anhängerschaft nicht zu verprellen. Das Engagement gegen rechts wirkt unglaublich, wenn nicht auch vor der eigenen Tür gekehrt wird, mehr noch: unterbleibt die Selbstreflexion von Betrieben, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien, dann legen sie sich selber Fesseln an und können eine nachhaltige Politik gegen rechts nicht betreiben.

Drei Ebenen des Umgangs mit Rechtsextremismus

1. Ebene: symbolische Politik, geistig-politische Auseinandersetzung

- Demonstrationen, öffentliche Aktionen, Publizistik, Öffentlichkeitsarbeit, politische Bildung
- Betroffenheit, moralische Empörung, Aufklärung/Information, Ächtung des Rassismus, aber auch: Durchsetzung von Gruppeninteressen

2. Ebene: Repression

- Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Politik der inneren Sicherheit/Gesetzgebung
- Gefahrenabwehr, Strafverfolgung, polizeiliche Prävention, Politikberatung über Extremismus. Staatliche Drohpotenziale

3. Ebene: Politik der sozialen Integration

- Bildung, Sozialarbeit, Sozial-, Jugend-, Migrations-, Arbeitsmarktpolitik, politische Bildung.
- soziale Integration in die Gesellschaft, Vermittlung von Werten und Fertigkeiten

Gemeinsames Ziel aller Ebenen ist die Minimierung von Gewalt, der Abbau von Diskriminierung, die Einübung demokratischer Formen der Konfliktregulierung und das Sicherstellen annähernder sozialer Chancengleichheit. Medienwirksam inszenierte Betroffenheit und die Rituale moralischer Empörung, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Rockkonzerte, Prominenten-Bündnisse, Diskussionsrunden usw. haben mehrere Funktionen. Sie dienen – neben der eigenen Profilierung – der Mobilisierung, der kollektiven Vergewisserung über zu Grunde liegende gemeinsame Werte und nicht zuletzt sollen sie nach außen hin Signalwirkung haben für ein demokratisches Deutschland. Repression durch Polizei und Justiz verfolgt nicht nur Zwecke der Abschreckung, der Sühne und der Sanktionierung von Gewalt. Sie hat auch symbolische Funktionen, indem sie das Funktionieren der öffentlichen Ordnung und ihrer Institutionen augenscheinlich sicherstellt. Sichtbare Repression beschwichtigt, indem die Täter nicht ungestraft davonkommen. Die symbolische Funktion der Repression zeigt sich auch darin, dass sie die verbreitete „Sehnsucht nach dem starken Staat“ (Carl Schmitt) bedient. Politik der sozialen Integration zielt mittel- und langfristig auf die Verbesserung der Lebenschancen durch Bildung, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion, denn sie ist in allen drei Ebenen zu verorten:

- Symbolische Politik und geistig-politische Auseinandersetzung haben ausreichende Kenntnisse der politischen Zusammenhänge zur Voraussetzung. Zudem ist öffentliche geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und all seinen Schattierungen selbst Teil einer umfassenden demokratischen politischen Bildung.
- Innerhalb der repressiven Institutionen, vor allem Polizei und Verfassungsschutz, ist politische Bildung deshalb von Bedeutung, weil ausreichende Information und angemessene Deutung des Rechtsextremismus neben den rechtlichen Handlungsvoraussetzungen und den personellen Ausstattungen eine zentrale Wissens-Ressource für wirksame Gegenstrategien sind.
- Auf der Ebene der sozialen Integration schließlich ist politische Bildung als Erziehung zur Demokratie, als Prozess reflexiver Verinnerlichung demokratischer Grundorientierungen unerlässlich und ein Kernelement für die Entwicklung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

Es kann nicht bezweifelt werden, dass entschiedenes repressives Vorgehen ebenso wie die Elemente der Symbol-Politik richtig und angemessen sind. Wohl aber muss auch darauf hingewiesen werden, dass eine Zuspitzung der Auseinandersetzung auf diese Ebenen kontraproduktiv ist. Die Konzentration auf Symbolpolitik und Repression hat Gründe im Zeitfaktor und in der öffentlichen Wirkung. Symbolpolitik kann aus dem Stand heraus produziert werden mit nur geringer zeitlicher Verzögerung. Pressekonferenzen, Demonstrationen usw. können praktisch unmittelbar umgesetzt werden. Für die Politik der Repression ist nicht nur diese selbst von Bedeutung, sondern ihre öffentliche Ankündigung: Die Drohung mit dem NPD-Verbot, die öffentlich verkündete Verstärkung von Polizei und Bundesgrenzschutz, die Forderung nach Ausschöpfung des Strafrahmens begründen ein staatliches Drohpotenzial, das seine Wirkung nicht verfehlt. Politik der sozialen Integration hingegen hat mittel- und langfristige Vorläufe. In Politikfeldern wie Sozial-, Jugend-, Arbeitsmarkt- oder Ausländerpolitik bedarf es häufig komplizierter Abstimmungen im Entscheidungsprozess, während die Auswirkungen oft erst Monate oder gar Jahre später zu sehen sind. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzt nach allen Erfahrungen Nachhaltigkeit des Problembewusstseins und entsprechende praktische Schritte voraus.

Eine Kombination von symbolischen, repressiven und sozial-integrativen Schritten und Maßnahmen lässt sich in einer offenen Gesellschaft zum Glück weder gänzlich planen noch dirigistisch verordnen. Symbolische Politik unterliegt dem freien Spiel des Meinungsmarktes und seiner pressure groups, Repression ist gebunden an die Gesetzeslage, Politik der sozialen Integration ist grundsätzlich geräuscharm und langfristig. Dennoch scheint eine sinnvolle Kombination die einzig wirklich erfolgversprechende Strategie.

2. Rechtsextremismus und die Mitte der Gesellschaft

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Es gibt viele Formen von Rechtsextremismus. In Deutschland wird er in erster Linie mit jugendlichen Skinheads assoziiert. In den Medien wird das Thema meist mit den Bildern von „glatzköpfigen“ jungen Männern illustriert und auch die sozialwissenschaftliche Forschung konzentriert sich in aller Regel auf gewalttätige männliche Jugendliche. Das ist umso erstaunlicher als Untersuchungen zeigen, dass gar nicht die Jugendlichen besonders rechtsextrem sind, sondern dass der Rechtsextremismus mit dem Alter kontinuierlich ansteigt, d.h. dass Jugendliche sogar als weniger rechtsextrem einzustufen sind als die Erwachsenen (Heyder & Schmidt 2002). Insofern fragt sich, wie sich diese Konzentration auf jugendliche Rechtsextreme erklären lässt.

Vermutlich ist es die Gewalt, die in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die Gewalt ist besonders spektakulär und wird von den allermeisten Menschen entschieden abgelehnt. Da der Rechtsextremismus jedoch mit den gewalttätigen Jugendlichen identifiziert wird, erscheint es so, wie wenn man sich mit der Ablehnung dieser Jugendlichen auch vom Rechtsextremismus distanzieren würde. So formuliert etwa Rainer Fromm: „In der Öffentlichkeit werden die rechten Skins zu Aliens und Frankensteins stilisiert. Damit wird der Rechtsextremismus gesellschaftlich ausgelagert und von der Politik bagatellisiert (2002, S. 51).

Diese These wird unterstrichen durch die seit nahezu 10 Jahren jährlich durchgeführten Erhebungen des Sinus-Instituts Heidelberg, nach denen Nationalismus und Angst vor Überfremdung in der Bevölkerung kontinuierlich bei 40-48% liegen, wohingegen die Gewaltakzeptanz lediglich bei 4% liegt (Wippermann et al. 2002). D.h. dass rechte Überzeugungen weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, ihre gewalttätigen Äußerungsformen aber deutlich abgelehnt werden. Dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Formen. So formulieren Wippermann und Zarcos-Lamolda: „Kulturelles Zentrum von Nationalismus und Angst vor Überfremdung sind auch die Milieus der traditionellen und modernen Mitte, die damit ungewollt den Boden für Rechtsextremismus und Gewalt gegen Ausländer bereiten“ (2002, S.34)

D.h. wenn wir über Rechtsextremismus reden, kann es nicht allein darum gehen zu versuchen, das Phänomen „als solches“ zu erforschen, sondern es ist in seinen gesellschaftlichen Kontext einzubinden

und vor allem zu fragen, welcher Zusammenhang zwischen der Mitte der Gesellschaft und dem Rechtsextremismus besteht und wie er in dieser Gesellschaft thematisiert wird.

a. Diskurse zum Rechtsextremismus

Eine gängige Argumentationsfigur im Zusammenhang mit Rechtsextremismus lautet, dass die Ursachen von Rechtsextremismus bei den Jugendlichen vor allem in problematischen biographischen Erfahrungen, drohender Arbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit zu suchen seien. Ja, dass diese Jugendlichen im Grunde unpolitisch seien, denn Gewalt und Rechtsextremismus seien letztlich nur das Vehikel, um Frustrationen abzureagieren. Zudem ginge es den Jugendlichen in ihrer Gewalt- und Trinkkultur vor allem um *action* und *thrill*. Am Ende dieser Analysen steht dann meist der Verweis auf ökonomische und psychosoziale Problemlagen (vgl. ausführlicher dazu Rommelspacher 2002, S.147 ff).

Mit der Konzentration auf gewalttätige Jugendliche und von diesen wiederum auf psychosoziale und ökonomische Probleme hat sich im Laufe der Argumentation der Rechtsextremismus zunehmend verflüchtigt und ist nicht mehr greifbar. Lena Inowlocki spricht in dem Zusammenhang von einer „Flucht vor dem Phänomen“, indem von den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus immer weiter abstrahiert und so vorschnell zu allgemeinen Erklärungen übergegangen wird (Inowlocki 2000, S. 22).

Indem der Rechtsextremismus in erster Linie als ein psychosoziales Problem verstanden wird, wird auch eine Phantasie des Bewältigens genährt, nämlich dass mit vermehrten Anstrengungen in Form arbeitsmarktpolitischer und pädagogischer Programme das Problem aus der Welt geschafft werden könnte. Es bedarf dann keiner besonderer Anstrengungen, um den Rechtsextremismus anzugehen, und die Gesellschaft braucht auch nicht zu sehen, dass und inwiefern sie selbst ständig den Boden dafür bereitet.

Auch wenn sowohl von Seiten der Forschung (vgl. etwa Heitmeyer 1994), aber auch zunehmend von der Politik immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft stamme, so hat das bislang kaum Wirkung gezeigt. Meist bleibt diese Aussage eine Flos-

kel, da der Frage des Wirkungszusammenhangs zwischen Mitte und Rand nicht weiter nachgegangen wird.

Und ein weiteres ist an diesem Diskurs zum Rechtsextremismus auffallend: Es wird in erster Linie, wenn nicht gar ausschließlich über Täter gesprochen. Die Situation der Opfer gerät dabei völlig aus dem Blick. Eine solche strukturelle Fokussierung² ist keineswegs selbstverständlich. Betrachten wir etwa die Situation in Bezug auf Opfer männlicher Gewalt, so stehen hier in der Regel die Opfer, nämlich die Frauen viel mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit. Für sie gibt es auch eine breite Palette von Unterstützungsmaßnahmen von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen bis hin zu qualifizierter psychologisch-therapeutischer und juristischen Beratung.

Davon kann in Bezug auf die Opfer rechtsextremer Gewalt keine Rede sein. Die Opfer dieser Übergriffe werden oft nicht einmal öffentlich wahrgenommen. Das hat vermutlich vor allem damit zu tun, dass die Menschen, die von rechtsextremen Gewalttätern angegriffen werden, seien es Angehörige ethnischer Minderheiten, behinderte Menschen oder aber „linke“ Jugendliche, in dieser Gesellschaft ohnehin weniger Ansehen genießen. Mit der nahezu ausschließlichen Fokussierung auf die Täter wird so also eine gesellschaftliche Hierarchie bestätigt, die den hier lebenden Menschen je nach dem Grad der ihnen zugesprochenen „Fremdheit“ oder auch ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit oder Anpasstheit unterschiedliche Bedeutung zuweist.

Männliche Gewalt gehört zur Normalität in einer patriarchalen Gesellschaft – solange sie privat gegenüber den „Angehörigen“ ausgeübt wird, und es bedurfte erheblicher Anstrengungen von Seiten betroffener Frauen diese überhaupt sichtbar zu machen und zu skandalisieren. Gewalt in der Öffentlichkeit hingegen wird sehr viel eher als anstößig empfunden. Sie steht gegen das Gewaltmonopol des Staates und stört das Selbstbild einer Gesellschaft, die sich als offen, demokratisch und gewaltfrei verstehen möchte. Der rechte Gewaltakt wird deshalb als Verletzung des gesellschaftlichen Konsenses verstanden. Dabei spielt in Deutschland aufgrund der nationalsozialistischen Geschichte auch die Angst um das Ansehen im internationalen Kontext eine große Rolle. Damit tritt jedoch die

Empörung über die Gewalt gegenüber den Opfern und das Mitgefühl mit ihrem Leiden in den Hintergrund. Diese Mitleidslosigkeit und „Einfühlungsverweigerung“, wie dies Alexander und Margarethe Mitscherlich (1967) nennen, hat wiederum eine besondere deutsche Tradition.

Die bürgerliche Mitte, die traditionsorientierten Milieus des Kleinbürgertums und Teile der etablierten Oberschicht, die, wie die Sinusstudie herausarbeitet, die entscheidenden Milieus sind, die rechtsextremes Denken in unserer Gesellschaft Vorschub leisten, sie thematisieren sich nicht selbst, denn sie repräsentieren die Normalität in dieser Gesellschaft. Sie verbreiten ihre Vorstellungen von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen im Schutze ihrer bürgerlichen Rechtschaffenheit und Normalität. Anstößig ist für sie in erster Linie das Schmutzige und Unordentliche des jugendlichen Rowdiums.

Insofern drückt sich im Diskurs über den Rechtsextremismus diese Normalität selbst aus und zwar zum einen

- durch die Reduktion des Rechtsextremismus auf ein Problem gewalttätiger Jugendlicher, der Rechtsextremismus an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird (*Externalisierung*); zum anderen
- durch die Konzentration auf psychosoziale Problemlagen das Phänomen pädagogisiert (Pädagogisierung) und schließlich
- durch die asymmetrische Verteilung von Aufmerksamkeit und Zuwendung gegenüber Tätern und Opfern, ihre unterschiedliche gesellschaftliche Bedeutung unterstrichen (*Hierarchisierung*).

Betrachtet man hingegen den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Mitte und dem Rand des Extremismus, so zeigt sich, dass sich inhaltlich viele Überschneidungen ergeben. D.h. unterschiedliche Ideologien werden aus dem Zentrum heraus in die Peripherie hinein getragen bzw. von ihr aufgegriffen und radikalisiert – dies vor allem, wie die Sinus Studie zeigt, in Bezug auf „Nationalismus“ und „Angst vor Überfremdung“. An dieser Stelle möchte ich nur einen der Argumentationsstränge herausgreifen und zwar die Konkurrenz um Arbeitsplätze, die einen zentralen Platz in der rechtsextremen Argumentation einnimmt.

b. Ideologischer Kristallisationskern: die Konkurrenz um Arbeitsplätze

Das Argument, die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, ist keineswegs nur am rechten

² „Strukturelle Fokussierung“ bedeutet in dem Zusammenhang, dass sich die ganze Aufmerksamkeit sowohl in der Analyse und den Forschungen wie auch bei den pädagogischen und politischen Programmen auf die Täter konzentriert und damit die Opfer und ihre Situation ausblendet.

Rand populär, sondern reicht weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Es wird auch von der Politik gerne zur Mobilisierung für eine harte Abschottungspolitik gegenüber EinwanderInnen genutzt. So sind laut Eurobarometer (1998) etwa 40% der Deutschen der Auffassung, dass die „Fremden“ den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und über Gebühr das soziale Netz belasten.

Dem steht jedoch entgegen, dass die meisten Deutschen materiell und beruflich von Einwanderung und illegaler Beschäftigung profitieren. Zwar gibt es in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes sehr wohl eine Konkurrenz um Arbeitsplätze und Lohnniveau, so etwa in der Baubranche, im Pflegebereich und Gaststättengewerbe oder auch bei Hilfen in privaten Haushalten. Aber auch hier federt das Inländerprimat, also die Regelung, dass bei einer offenen Stelle zuerst Menschen mit deutschem Pass, dann EU-Bürger und schließlich Ausländer genommen werden, die Konkurrenz für die Einheimischen deutlich ab. Noch sehr viel mehr gilt dies für die Beschäftigten in den anderen Branchen und vor allem für Angehörige hoch qualifizierter Berufe. Sie haben kaum Konkurrenz zu fürchten, werden doch Hochschul- und Ausbildungsabschlüsse aus anderen Ländern sehr oft nicht anerkannt. D.h. durch die soziale Unterschichtung durch MigrantInnen und Flüchtlinge, die die niedrigen und unqualifizierten Arbeiten übernehmen, wird den einheimischen Deutschen ein beruflicher Aufstieg ermöglicht und zudem profitieren sie von der billigen Arbeitskraft der EinwanderInnen und von Menschen mit illegalem Status.

Konkurrenzen sind also ausschließlich in eng eingegrenzten Sektoren zu verzeichnen. Und was die Arbeitslosigkeit generell anbetrifft, so können, wie Klaus Zimmermann et al. in ihrer Untersuchung zur „Einwanderung bei hoher Arbeitslosigkeit“ (2002) resümieren, „zahlreiche Zuwanderungsstudien in den vergangenen Jahren keine nennenswerten negativen Wirkungen der Zuwanderung von Arbeitskräften auf Entlohnung und Beschäftigung der einheimischen Bürger nachweisen“ (S. 218).

Demgegenüber wird gerade durch die staatlich sanktionierte Ungleichbehandlung im Sinne eines „Deutschenprimats“ das Denken in ethnischen Hierarchien gefördert, das im Übrigen bereits auf eine entsprechende Politik in der Weimarer Republik zurückgeht, und damit, wie Kein Nghi Ha (2003) ausführt, ein koloniales Muster der Arbeitsmigrationspolitik fortgeführt: Indem Einwanderungswillige nach nationalen Verwertungsgesichtspunkten hierarchisiert und nach ihrem sozio-ökonomischen und kulturellen Nutzwert für die

deutsche Gesellschaft aussortiert werden. „Dabei wird eine Subjekt-Objekt Struktur und Hierarchisierung der Welt reproduziert“ (S. 93).

Diese Hierarchisierung schwingt auch immer mit, wenn Politiker z.B. die Zahl der Arbeitslosen gegen die Zahl der Zuwanderer aufrechnen, wie wenn jeder Einwanderer jedem Arbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz streitig machen würde und umgekehrt, wie wenn unter der Bedingung völliger Abschottung alle Einheimischen Arbeit finden würden. So zeigen Ruth Wodak und Maria Sedlack (2000) in einer Diskursanalyse von Parlamentsdebatten zur Einwanderung in verschiedenen westeuropäischen Ländern, wie sehr in allen politischen Lagern diese Rhetorik genutzt wird. Überall werden im Namen von Freiheit und Aufklärung oder aber zum Schutz des eigenen Volkes Bedrohungsszenarien ausgemalt, um sich und die eigene Partei als Sachverwalter einer „vernünftigen“ Lösung zu empfehlen.

Ebenso zeigt auch Jürgen Link (1997), wie in den verschiedenen Medien der BRD immer wieder das Bild eines von allen Seiten durch Einwanderungs-„ströme“ bedrohten Landes evoziert wird, das überflutet zu werden droht, wenn nicht strengste Maßnahmen getroffen werden und mit äußerster Härte gegen ungebetene Gäste vorgegangen wird. Er hat die Metaphorik dieses Bedrohungsszenariums analysiert, nach der das Boot immer voll ist und ständig unterzugehen droht. Es geht also in den Medien der Mitte der Gesellschaft immer wieder um eine Inszenierung der Bedrohung mit der Folge, dass nicht nur vor weiterer Einwanderung gewarnt wird, sondern dass auch den EinwanderInnen, die bereits im Lande sind, das Recht gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzunehmen, in Frage gestellt wird.

In der rechten Argumentation wird dies Bedrohungsszenarium nun aufgegriffen, noch weiter übertrieben und polemisch aufgeladen. Die Machtverhältnisse werden geradezu umgekehrt, um zu zeigen, wie sehr man selbst benachteiligt ist, und wie sehr dieser Staat seine „eigenen Kinder“ vernachlässigt. So äußert sich etwa ein Jugendlicher in der Sinusstudie zu rechtsextremen Jugendlichen folgendermaßen: „*Die Ausländer.. die führen sich hier so auf, als ob sie die Herren wären. Die hauen auf den Tisch und wollen haben und sagen nicht Bitte und nicht Danke. Das kann einfach nicht sein. Dann fangen sie einem an zu drohen, wenn man nicht gleich springt, wenn sie hopp sagen*“. Oder ein anderer Jugendlicher meint, die Türken wären so in der Übermacht, dass man sich hier bald nur noch türkisch verständigen

könne: „*Ich will nicht, dass die deutsche Sprache ausstirbt. Ich will nicht, dass ich mich in Zeichensprache verständigen muss. Und türkisch lerne ich auf keinen Fall, und ich denke, das geht dann zu weit*“ (Wippermann et al. 2002, S. 123).

Die Macht und Präsenz der Anderen wird ins Groteske übersteigert, um die eigene Ohnmacht deutlich zu machen und die Notwendigkeit, sich mit allen Mitteln verteidigen zu müssen. Der Abwehrkampf wird zu einem schieren Kampf ums Überleben hochstilisiert.

Tatsächlich sind jedoch, wie wir sahen, die einheimischen Deutschen bei ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt wie im Übrigen auch zur Bildung, wie ja die PISA Studie gezeigt hat, deutlich privilegiert. Die Bedrohungsszenarien zielen nach der Analyse von Hoffmann-Nowotny (1996) genau auf diese Tatsache ab. Mit der Umkehrung der Machtverhältnisse soll die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der Gesellschaft, das auf dem Postulat der Chancengleichheit beruht und der Tatsache der ethnischen Privilegierung überspielt werden. Diese doppelte Moral macht die Position der ethnisch Privilegierten prekär. Es bedarf vermehrter Bemühungen von Seiten der Alteingesessenen, ihre Positionen zu verteidigen und zu legitimieren – und das umso mehr, je selbstbewusster die Minderheiten auftreten und ihren gerechten Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen einfordern. Der Widerspruch zwischen Leistungsprinzip und ethnischer Privilegierung führt dann zu einer forcierten Selbstbehauptung bei den Alteingesessenen, indem die Anderen besonders drastisch zu Fremden gemacht werden und die Unvereinbarkeit zwischen den Kulturen unterstrichen wird. So erklärt sich, dass gerade die Privilegierten sich als bedroht und zurückgesetzt erklären.

Wäre die tatsächliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für die politischen Einstellungen ausschlaggebend, müsste der Rechtsextremismus vor allem bei denjenigen ausgeprägt sein, die am unmittelbarsten von Konkurrenz betroffen sind, also bei den Angehörigen der unteren sozialen Schichten, den Arbeitslosen und Frauen. Das ist jedoch nicht der Fall. Rechte Einstellungen werden weder besonders stark von den Arbeitslosen vertreten, noch von den Frauen oder den Angehörigen unterer sozialer Schichten. Der Rechtsextremismus ist in allen sozialen Schichten gleichermaßen zu finden; teilweise ist er bei den sozial benachteiligten Jugendlichen sogar weniger ausgeprägt als bei den relativ privilegierten (Held et al. 1991 und 1996). Diese Befunde stimmen auch mit denen des Euro-

barometer (1998) überein, nachdem spezifische ökonomische Problemlagen, insbesondere die Arbeitslosigkeit, keinen Einfluss auf rassistische Einstellungen hat – im Gegenteil, auch hier sind bei einzelnen Fragen die Arbeitslosen toleranter als die Berufstätigen aller sozialen Schichten.

Die teilweise größere Offenheit der Benachteiligten lässt sich nach Held et al. so erklären, dass bei den benachteiligten Jugendlichen gegen das Überlegenheits- und Konkurrenzmotiv das Moment des Politischen in den Vordergrund rückt, das einen fairen Interessenausgleich für alle fordert. Ebenso weisen Wippermann und Zarcos-Lamolda (2002) darauf hin, dass der Unterschied zwischen Menschen mit rechtsextremen Einstellungen und solchen, die sich als demokratisch und liberal verstehen nicht darin liegt, dass letztere nicht auch Abwertungs- und Ausgrenzungsphantasien gegenüber EinwanderInnen hätten, sondern dass ihnen auch Gegenargumente einleuchten d.h. dass sie auch Ambivalenzen zulassen können. So zeigen die Autoren der Sinusstudie, dass die Milieus in der Mitte der Gesellschaft zwar recht massiv Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit vertreten, sie aber diese Einstellungen zugleich durch Gegenargumente, wie etwa die von Globalisierung und Multikulturalität relativieren. Diese Relativierungen und Differenzierungen gibt es dann bei den Rechtsextremen nicht mehr.

Wir finden also bei den Rechtsextremen dieselben Einstellungen wie in der Mitte der Gesellschaft, allerdings meist ins Groteske übersteigert und nicht relativiert durch Gegenargumente. Die Unfähigkeit, Ambivalenzen zuzulassen finden wir bei ihnen nicht nur in Bezug auf bestimmte Einstellungsmuster, sondern auch auf der Beziehungsebene, wo es auch nur ein Entweder-Oder gibt. Wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind. So polarisiert die rechtsextreme Ideologie immer zwischen „Innen“ und „Außen“ und das vor allem mithilfe des Abstammungsgedankens. Das Volk, die Nation, die „Rasse“ oder die Kultur gelten als Bezugspunkt eigener Identität und Größenphantasien. Während im „Inneren“ Ordnung und bedingungslose gegenseitige Unterstützung herrschen, muss draußen jeder um sein Überleben kämpfen. Verwandtschaft und Sympathie werden in eins gesetzt, so als ob das „Band des Blutes“ per se Harmonie und Glück bedeuten würde. Die patriarchale Familie wird dabei zum Modell für Staat und Gesellschaft erklärt, in dem jede/r seinen/ihren Platz kennt und Positionen nicht mehr ausgehandelt werden müssen (Brück 2000). Die Definition des Staates als ein politisches Gemeinwesen, in dem Verfahrensregeln aufgestellt werden, um widersprüchliche Interessen

und Perspektiven einzubringen und einen Konsens zu erarbeiten, wird hier suspendiert. Dies ist auch die Grundlage für die antidemokratische Einstellung im rechten Denken.

Wenn wir also nach dem Zusammenhang zwischen rechtsextremen gewalttätigen Jugendlichen und der Mitte der Gesellschaft fragen, so kann resümiert werden: Soziale Problemlagen und persönliche Spannungen führen keineswegs automatisch zu rechtsextremen Einstellungen. Vielmehr kommt es darauf an, welche „Lösungsmuster“ ihnen ihr Umfeld anbietet, d.h. welches Recht das soziale Umfeld den Jugendlichen zugesteht, ihre Eigeninteressen auf Kosten von anderen durchzusetzen. Denn ökonomische Problemlagen führen nur dann zum Rechtsextremismus, wenn die eigene Lage als ungerecht im Vergleich zu anderen erlebt wird, wenn „also eine Transmission der individuellen ökonomischen Lage in subjektive Deprivationsgefühle stattfindet“ (Rippl und Seipel 2002, S. 82). Dies wird dadurch nahe gelegt, indem im Allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs die Konkurrenzsituation bestimmter Arbeitsmarktsegmente genutzt wird, um die Vorteilnahme der Mehrheit der Bevölkerung in eine Benachteiligung umzudefinieren. Entscheidend sind also nicht so sehr spezifische Problemlagen, sondern vielmehr, welches Bild von der gesellschaftlichen Ordnung entworfen wird, denn die Einstellungen sind die Moderatorvariablen, die darüber entscheiden, wie eine Situation interpretiert und ein Konflikt ausagiert oder bearbeitet wird.

In Anbetracht des engen Zusammenhangs zwischen der Argumentation der Mitte der Gesellschaft und den Gewalttaten des rechtsextremen Randes müssen auch die bisherigen Programme gegen Rechtsextremismus, die sich in erster Linie auf eine pädagogische Arbeit mit Jugendlichen konzentrieren überdacht werden. Das geschieht auch in zunehmendem Maße. Beispielshaft dafür kann das CIVITAS Programm gelten, ein Modellprojekt der Bundesregierung, das sich gegen Rechtsextremismus wendet, indem es Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur entwickelt und unterstützt – dies vor allem bezogen auf die östlichen Bundesländer.

c. Neue Strategien gegen Rechtsextremismus – am Beispiel von CIVITAS

Ziel des Programms von CIVITAS ist es, der rechten Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen eine demokratische, gemeinwesenorientierte Gesamtkultur entgegensetzen. Dabei soll die Ar-

beit menschenrechtsorientiert sein und die Perspektive der Opfer bzw. potentieller Opfer rechtsextremer Gewalt im Blick haben. Im Zentrum stehen dabei die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten.

In der Zielformulierung des Programms heisst es weiter, dass der zukünftige Erfolg der Demokratisierung vor allem von der Entwicklung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort abhängt. Deshalb sind die Entwicklung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie die Professionalisierung von Beratungsstrukturen wichtige Elemente im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Diese Zielformulierung zeigt bereit, dass ein erhebliches Umdenken stattgefunden hat, denn:

- Rechtsextremismus wird hier nicht mehr in erster Linie als ein Jugendproblem definiert, sondern als Problem der *gesamten Gesellschaft*. Es wird als Resultat der Wechselwirkung unterschiedlicher Faktoren gesehen, an denen die verschiedensten Akteure in der Gesellschaft jeweils auf ihre Weise beteiligt sind. In diesem Sinne wird die Verantwortung an die Gesellschaft zurückgegeben.
- Rechtsextremismus wird nicht mehr vorrangig als ein psychosoziales Problem behandelt, sondern als ein *politisches Phänomen* begriffen, das über gesellschaftliche Strukturen, das politische Klima und über Einstellungen und Menschenbilder vermittelt wird. In diesem Sinne findet eine Repolitisierung der Interventionen statt. Es wird gefragt, welche Strategien die politischen Parteien und die Rechtsextremen vor Ort entwickeln und was dem entgegengesetzt werden kann. Die Strategien der rechtsextremen Szene werden genau beobachtet und analysiert. Die politischen Verantwortungsträger, aber vor allem auch die Multiplikator/innen werden über Erscheinungsformen, Ursachen und Hintergründe des Rechtsextremismus aufgeklärt, um auch Stellung beziehen zu können und argumentative Kompetenzen zu erwerben. Bei allen Beteiligten soll auch die Konfliktlösungskompetenz gestärkt und die Demokratiefähigkeit unterstützt werden.
- Schließlich wird die „strukturelle Fokussierung“ auf die Täter aufgehoben, indem sich das Programm auch an die Opfer und potentielle Opfergruppen wendet. Damit findet ein Perspektivwechsel statt und die Situation wird von mehreren Blickwinkeln betrachtet. Durch die Bezugnahme auf die Position der Opfer und potentieller Opfergruppen wird das Bild diffe-

renziert und das Spektrum der Interventionen erheblich erweitert. So ist es ein wesentliches Ziel des CIVITAS-Programms, die Opfer zu unterstützen und dadurch auch Entsolidarisierungsprozesse mit den Tätern auszulösen und zu stärken.

So werden im Rahmen des CIVITAS-Programms die so genannten *Mobilen Beratungsteams* gefördert, die in unterschiedlichen Handlungsfeldern agieren wie in der Schule, der Jugendhilfe, der Verwaltung und Wirtschaft in Form von Fachberatung z.B. zu

- Rechtsextremismus, Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien
- Beratung für Lehrer und Lehrerinnen zur Deeskalation von Konflikten in Schulen
- Konfliktmediation und Gewaltprävention in der Jugendarbeit
- Beratung von Flüchtlings- und Migrantenorganisationen,
- Erstkontakt zu ausstiegswilligen rechtsextremen Jugendlichen
- Krisen- und Konfliktmanagement bei Polizei, Justiz, Nachbarschaftsinitiativen etc.

Ebenso wichtig in diesem Konzept ist die *Beratung von Opfern* bzw. potentiellen Opfer rechtsextremen Straf- und Gewalttäter, die persönlich oft in einer sehr schwierigen Situation sind. Die Opferberatung soll zum einen unmittelbar die Einzelnen in Krisensituationen beraterisch-therapeutisch unterstützen und zum anderen auch Netzwerke in Kooperation mit anderen Beratungsstellen aufbauen.

Indem die Position der Opfer und potentieller Opfer gestärkt wird, signalisiert die Gesellschaft, dass sie einen respektvollen Umgang der Menschen miteinander möchte unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft und unabhängig von der persönlichen, sexuellen oder politischen Orientierung. In diesem Sinn soll die demokratische Kultur gefördert und all denen entgegengetreten werden, die die Multikulturalität und Pluralität dieser Gesellschaft nicht akzeptieren wollen.

Schließlich geht es in einem dritten Bereich bei dem Projektvorhaben um die Stärkung und *Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen* im Gemeinwesen, in denen lokale Initiativen unterstützt werden z.B. in Form von workshops und Zukunftswerkstätten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Es werden lokal-historische Studien und/oder Geschichtswerkstätten unterstützt oder auch Begegnungen bzw. Patenschaften mit Asylbewerber und Migrantengruppen. Ebenso geplant sind Peerleader-Trainings für Demokratie.

So sehr sich rechtsextremes Gedankengut in vielen Gemeinden und Regionen, gerade auch in den östlichen Bundesländern ausgebreitet hat, so sehr haben sich doch auch nahezu überall immer auch Gegeninitiativen entwickelt. Diese sollen gestärkt werden, um die kulturelle Hegemonie im Sinne einer demokratischen Alltagskultur zurück zu gewinnen. Damit wird deutlich, dass die Einseitigkeit bisheriger Analysen zunehmend relativiert und auch praktische Konsequenzen aus einer fundierteren Sichtweise gezogen wurde.

Literatur

- ALLBUS (1996): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung. Köln
- Boehnke, Klaus/Fuß, Daniel/ Hagan, John (Hrsg)(2002): Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. Weinheim, München: Juventa
- Brück, Brigitte (2000): *Frauen und Rechtsradikalismus in Europa anhand von Interviews mit Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien*. Bremen: Diss. in Vorbereitung
- Europäische Kommission (1998): Europabarometer : Opinion Poll N0 47.4: Racism and Xenophobia in Europe: Luxembourg
- Fromm, Rainer (2002) in: Exit Deutschland. Zentrum Demokratischer Kultur: „... dann hab ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert“. Exit- Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Bulletin 2. Leipzig: Ernst Klett S. 51-52
- Inowlocki, Lena: Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit. Frankfurt/M.: Cooperative Verlag (2000).
- Held, Josef, & Horn, Hans et al (1991): *„Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst.“ – Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitneh-*

- mer. Duisburg: DISS.
- Held, Josef/Horn, Hans-Werner/Marvakis, Athanasios (1996): *Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer*. Opladen: Leske & Budrich.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg) 1994: *Das Gewalt-Dilemma*. Frankfurt: suhrkamp
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1996) Soziologische Aspekte der Multikulturalität In Klaus J. Bade (Hrsg.), *Migration – Ethnizität – Konflikt: Systemfragen und Fallstudien* (pp. 103-126). Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- Heyder, Aribert/Schmidt, Peter, (2002): Autoritarismus und Ethnozentrismus in Deutschland: Ein Phänomen der Jungen oder der Alten? In: Boehnke, Klaus u.a. (Hrsg) – s.o.
- Kein Nghi Ha (2003): Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Hito Steyerl und Encarnacion Gutierrez Rodriguez (Hg): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Politik*. Münster: Unrast
- Mitscherlich, Alexander & Mitscherlich, Margarete (1967): *Die Unfähigkeit zu trauern*. München: Piper
- Oberndörfer, Dieter (2000): Zuwanderungsdebatte in Deutschland – Rückkehr zum Gastarbeitermodell oder Aufbruch in eine neue Gesellschaft? In: Klaus J. Bade & Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2000 Fakten – Analysen – Perspektiven* (pp. 205-221). Frankfurt/Main: Campus.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2002): Ökonomische Lage, Bildungsniveau und Fremdenfeindlichkeit. Die Bedeutung von Autoritarismus und Anomie: ein theorieintegrierendes Modell. In Boehnke, Fuß u.a. (Hg) – s.o.
- Rommelspacher, Birgit (1997): Psychologische Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus. In: Mecheril Paul & Teo Thomas (Hg.): *Psychologie und Rassismus*. Reinbek: Rowohlt
- Rommelspacher, Birgit: *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*. Frankfurt/M: Campus (2002)
- Rommelspacher, Birgit/Polat, Ülger/Wilpert, Czarina: *Die Evaluation des CIVITAS Programms*. In: Lynen von Berg/Roland Roth (Hg.) (2003): *Massnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet*. Opladen: Leske und Budrich
- Wodak, Ruth/Sedlak, Maria (2000): We Demand that the Foreigners Adapt to our Life-Style: Political Discourse on Immigration Laws in Austria and the United Kingdom. In: Erna Appelt u. Monika, Combating Racial Discrimination. Affirmative Action as Model for Europe. Oxford & New York: Berg S. 217-237.
- Wippermann, Carsten/Zarcos-Lamolda, Astrid/Krafeld, Franz Josef (2002): *Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven*. Opladen: Leske und Budrich
- Zimmermann, Klaus F./Bauer, Thomas K./Bonin, Holger/Fahr, Rene/Hinte, Hilger (2002): *Arbeitskräftebedarf bei hoher Arbeitslosigkeit. Ein ökonomisches Zuwanderungskonzept für Deutschland*. Berlin & Heidelberg: Springer Verlag

3. Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. Rebecca Weis

a. Der Verein

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. ist ein bundesweit arbeitender Verein, der Menschen ermutigen möchte, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und jede Form rechter Gewalt aktiv zu werden. Ziel ist die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und die Sensibilisierung gegen jede Art von Diskriminierung und für mehr Weltoffenheit. Der Verein wurde im August 2000 von Uwe-Karsten Heye und Paul Spiegel gegründet, Schirmherr ist Bundespräsident Johannes Rau.

Gesicht Zeigen! initiiert öffentliche Kampagnen in Form von Kino-, TV- und Radiospots, Plakat- und Anzeigenmotiven. Darüber hinaus entwickelt Gesicht Zeigen! Projekte und Aktionen – wie bspw. den Medienkoffer für Zivilcourage, die bundesweite Aktionswoche gegen Rassismus, das Ausstellungsprojekt „Unser Ausland“, die Zeitzeugenprogramme „rent / meet an immigrant“ u.v.m.. Außerdem ist Gesicht Zeigen! als Mittler für Menschen aktiv, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren wollen, und betreibt eine umfangreiche Internetseite www.gesichtzeigen.de.



b. Kampagnen

Ein Hauptarbeitsfeld von Gesicht Zeigen! ist die Kampagnen- und Aufklärungsarbeit. Ziel ist es, die Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Bewusstsein und im Fokus der Diskussion zu halten. Das Medium Kino-Spot ist sehr gut geeignet, ein großes Publikum anzusprechen. Wir erreichen sehr schnell sehr viele Menschen. Kino-Spots sind sehr öffentlichkeitswirksam, wir erreichen durch viele Kooperationspartner eine bundesweite Öffentlichkeit.

Kinospot Handicap

Gleich im Oktober 2000 – kurz nach Gründung des Vereins – brachten wir den Kinospot „Handicap“ in die Kinos. Dieser Spot war schon produziert, bis dahin hatten allerdings nur sehr engagierte Programmkinos den sehr ironischen Spot gezeigt und

er war nur wenigen Zuschauern bekannt. Das Drehbuch ist von Titanic-Redakteuren, dank vielfacher Unterstützung konnten wir ihn in über 800 Kinos bundesweit bringen. Auch zahlreiche TV-Sender zeigten ihn. Handicap beschäftigte sich auf für Deutschland sehr unübliche Weise mit dem Thema und bescherte uns damals eine sehr große Resonanz. Über Monate hinweg erreichten uns zahlreiche Unterstützungsmails, allerdings auch Anfeindungen. Gesicht Zeigen! etablierte sich damals sehr schnell als eher unkonventionell und jugendlich.

Flächenbrand-Kampagne

Wenig später, im Jahr 2001, starteten wir unsere erste eigene bundesweite Kampagne, „Flächenbrand“. Sie setzte nicht auf reine Betroffenheit, sondern nahm jeden Einzelnen in die Verantwortung. Die Kernaussage war „Rechte Gewalt wird zum Flächenbrand. Sehen Sie nicht tatenlos zu!“. Die optische Umsetzung war sehr *stylish* und sollte sowohl Aufmerksamkeit für das Thema Fremdenfeindlichkeit erregen, als auch Gesicht Zeigen! als Marke etablieren. Dazu gehörte ein Kinospot, eine bundesweite Plakatkampagne auf 17.000 Werbeflächen sowie Rundfunkspots.

Der Spot lief in über 1000 Kinos bundesweit und auf zehn TV-Sendern über Monate hinweg. Die zwei Plakate wurden in sehr vielen Printmedien als Anzeige geschaltet. Die Kampagne war insgesamt ein sehr großer Erfolg: sie wurde sehr kontrovers diskutiert. Viele haben sie auch nicht verstanden, viele fanden sie zu „werbig“ – aber alle haben drüber gesprochen. Realisieren konnten wir sie nur mit der Unterstützung zahlreicher Medienpartner, die uns Anzeigenfreischaltungen und freie Sendeplätze im TV anboten. Das Mediavolumen entsprach insgesamt damals ca. 8 Millionen Mark.

Mut proben – Kinospot

Unser dritter Spot, „Mut proben“, soll besonders ein jugendliches Publikum ansprechen und zu Zivilcourage in Alltagssituationen aufrufen. Dies geschieht nicht durch den viel zitierten erhobenen Zeigefinger, sondern indem der Spot auf die Ebene der Jugendlichen spielt, ihre Ängste ernst nimmt und thematisiert. Zivilcourage kann man von Jugendlichen nicht einfach nur einfordern – sie zu zeigen ist sehr schwer und erfordert Überwindung und auch ein bisschen Übung.

Auf den Tutzinger Medientagen warnte Jürgen Grimm vor plump moralisierenden Spots und warb für mehr Witz und Humor bei der Umsetzung des Themas. Dies berücksichtigend und aus der Überzeugung, nicht aus sicherer Position heraus anderen gute Ratschläge erteilen zu können, ist unser Spot entstanden: Unkonventionell, schnell, witzig und nicht moralinsauer haben wir das Thema Zivilcourage für Jugendliche umgesetzt. „Mut proben“ konnten wir in 800 Kinos bringen im Jahr 2002. Das Thema hatte zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr die Konjunktur, die Unterstützung von TV-Sendern blieb fast gänzlich aus. Als Kampagne wurde er gar nicht wahrgenommen.

c. Projekte

Neben unseren Kampagnen haben wir Projekte und Materialien entwickelt, die ich in Kürze vorstellen möchte.

Handbuch für Zivilcourage

Sehr viele Menschen haben sich Hilfe und Rat suchend an uns gewandt und wollten wissen, wie oder wo sie sich engagieren können. Das hat uns auf die Idee gebracht, ein Handbuch für Zivilcourage zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit dem Campus Verlag entstand im September 2001 das „Handbuch für Zivilcourage“. Es enthält Tipps, Ideen, Kontaktadressen und einen sehr großen Adressteil. So findet jeder Ansprechpartner oder Organisationen in seiner Nähe. Es ist ein praktisches Nachschlagewerk – von A wie Aktionstag bis Z wie Zivilcourage. Mit dem Handbuch für Zivilcourage bieten wir einen Ratgeber an, der hilft, selbst vor Ort aktiv zu werden. Gleichzeitig ist es ein Nachschlagewerk für Menschen, die in Schule, Jugendarbeit oder einem Verein aktiv sind und hier noch mehr Tipps und Anregungen finden können. Was Sie bspw. tun können, wenn Sie selbst Zeuge oder Opfer rechter Gewalt werden, finden Sie in zahlreichen Verhaltenstipps für den Ernstfall, Trainings und Seminare werden vorgestellt und wo man diese Angebote buchen kann – ob Deeskalationstraining, Selbstbehauptungskurs oder Toleranztraining. Es bietet einen Überblick über rechte Alltagskultur, Anlaufstellen für Opfer inkl. Beratungsleistungen, Argumentationshilfen gegen ausländerfeindliche Parolen und weiterführende Literatur zu jedem Thema.

Es bündelt auf über 300 Seiten in leicht verständlicher Form Wissen, Ideen und Adressen. Das „Handbuch für Zivilcourage“ ist ein Lexikon der Möglichkeiten. Zielgruppe sind alle, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen.

Zivilcourage-Poster

Das Zivilcourage-Poster entstand im Jahr 2001 in Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Zentrum. Es ist als Würfelspiel konzipiert, bei dem die Spieler möglichst schnell „Gesicht zeigen“ sollen. Es ist ein interaktives Poster, das sich an Jugendliche wendet. Auf dem Zivilcourage-Poster sind dreizehn prominenten Unterstützer von Gesicht Zeigen! zu sehen. Zwischen ihnen bleibt viel Freiraum für eigene Gestaltungsideen der Jugendlichen, die – angeregt durch die Statements der Prominenten – das Poster nach ihren eigenen Vorstellungen ergänzen können. Dies ist ein niedrigschwelliges Angebot, man kann sowohl nur Fotos machen und reinkleben, man kann sehr lange am Text arbeiten. Mit dem bearbeiteten Poster kann eine Ausstellung erstellt werden. Es eignet sich für Aktionstage, für Schulklassen etc. und wird von uns kostenlos abgegeben.

Der Medienkoffer für Zivilcourage

Gesicht Zeigen! hat im Laufe der Zeit sehr viele Materialien entwickelt, aber auch sehr viele gute Fremdmaterialien kennen gelernt. Der Medienkoffer für Zivilcourage ist die logische Konsequenz daraus – eine einzigartige und umfangreiche Materialsammlung. Der Medienkoffer enthält alle Materialien von Gesicht Zeigen!, Materialien von anderen Einrichtungen, aber auch speziell für den Medienkoffer entwickelte Inhalte: zahlreiche VHS, CD-ROMs, DVDs, Audio-CDs, Bücher, Hefte, Dokumentationen, Poster u.v.m. In acht unterschiedlichen Medienpaketen sortiert von A-H sind insgesamt 25 Einzelmateriale enthalten. So gibt es ein Ausstellungspaket, ein Videopaket, ein Musikpaket etc. Wir haben einen Song komponieren lassen und ihn in verschiedenen Instrumentalversionen auf CD aufgenommen, die Schüler können sowohl den vorgegebenen Text einfach darauf singen oder eigenen Texte verfassen und singen. So entsteht ein eigener Song gegen rechts. Wir regen dazu an, eigene Ausstellungen zu entwerfen, Rollenspiele einzustudieren, einen eigenen Spot zu drehen u.v.m.

Der Medienkoffer für Zivilcourage schult den Umgang mit unterschiedlichen Medien. Kritischer Umgang mit Medien, kommunikative Kompetenz, analytische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen medialen „Verpackungen“ und Erprobung und Entwicklung eigener medientechnischer Fähigkeiten werden gefördert. Ein Leitfaden bietet einen schnellen Überblick und enthält Anleitungen, Tipps und Erklärungen zum kreativen Gebrauch des Medienkoffers. Alle Materialien sind darin zweifach geordnet – sowohl nach Thema als auch nach Medium. Für eine Schutzgebühr von lediglich 80,- €

zzgl. Versandkosten ist der Koffer bei Gesicht Zeigen! erhältlich.

Moderne Zeitzeugen – „rent an immigrant“

Gesicht Zeigen! hat ein Zeitzeugenprogramm entwickelt, das seit Anfang 2002 läuft. Wir vermitteln Migranten und/oder deren Nachfahren aus Berlin als Zeitzeugen an Schulen nach Brandenburg. Das Modellprojekt richtet sich speziell an Jugendliche in Brandenburg. Das Besondere und Neue an „rent an immigrant“ ist, dass die Migranten als Spezialisten für ein bestimmtes Gebiet auftreten. Es handelt sich um kompetente und selbstbewusste Persönlichkeiten, die von den Jugendlichen als Experten eingeladen werden. Der Besuch ist thematisch in eine Unterrichtsreihe eingebettet, die bis zu zehn Stunden umfassen kann. Zur Vorbereitung stellen wir den Lehrern eine Handreichung zur Verfügung, die Zahlen und Fakten enthält zum Ausländeranteil an der Bevölkerung, der Gesetzgebung, Asylpraxis, aber auch Rollenspiele u.a., vielfältige Anregungen also für die Vor- und Nachbereitung. Die Schüler wissen vorher, wer zu ihnen kommt und bereiten sich dementsprechend vor. Brandenburg ist ein Flächenstaat, die Fahrtzeiten zur teilnehmenden Schule von Berlin aus betragen oft mehr als zwei Stunden. Der Ausländeranteil ist sehr gering, die Vorurteile sehr groß. Moderne Zeitzeugen – „rent an immigrant“ greift auf einen Pool von Spezialisten zurück, in dem sich selbstbewusste, professionelle und begabte Persönlichkeiten mit einer spezifischen fachlichen bzw. beruflichen Fähigkeit versammeln, die zugleich ihre Migrationserfahrung in die Diskussion mit den Schülern einbringen können. Wir vermitteln z. B. einen Streetworker und eine Erzieherin aus der Türkei, eine Künstlerin aus dem Iran, eine Unternehmensberaterin aus Indien, eine Filmproducerin und eine Rechtsanwältin aus Polen. Im ersten praktischen Teil des Besuchs wurde bspw. eine komplette Zeitung erstellt, ein Kunstwerk geschaffen, eine Einführung in indische Musik gegeben. Wir holen also das Thema damit aus den üblichen Schulfächern heraus. Im zweiten Teil geht es dann in die Diskussion: Keine Fragen sind verboten, es kommen sehr spannende Gespräche und Diskussionen zustande. Ziel ist es, für die Jugendlichen einen selbstverständlichen Kontakt mit Migranten herzustellen. Ausdrücklich vermeiden möchten wir jeden folkloristischen Aspekt, die übliche afrikanische Trommelgruppe o.ä. Migration soll als Bestandteil bundesdeutscher Zeitgeschichte und als Bereicherung für die Entwicklung der Gesellschaft wahrgenommen werden. Bisher haben wir ca. 1000 SchülerInnen erreicht. Dieses Projekt ist umfassend dokumentiert in einem ca. 15-minütigen Film.

Moderne Zeitzeugen – „meet an immigrant“

Nach einjähriger, sehr erfolgreicher Durchführung des Projekts Moderne Zeitzeugen - „rent an immigrant“ vertauschten wir die Rollen: Bei dem neu entwickelten und im September 2003 angelaufenen Projekt Moderne Zeitzeugen - „meet an immigrant“ besuchen Schülerinnen und Schüler aus Brandenburg Migrantinnen und Migranten in Berlin – es finden also Gegenbesuche der Brandenburger Schulklassen bei Berliner Migrant/inn/en statt. Nachdem wir im o.g. Projekt einen ersten Kontakt zwischen Brandenburger Jugendlichen und Migranten aus Berlin hergestellt haben, wollten wir diesen Kontakt vertiefen. Daher treten in diesem Projekt die Migranten als Gastgeber auf und die Jugendlichen als Gäste. Die Schulklassse kommt im Rahmen eines Projekttages nach Berlin und trifft „ihren“ Spezialisten bzw. „ihre“ Spezialistin wieder. Zum Programm gehören ein interkultureller Workshop in einem soziokulturellen Zentrum, ein orientalisches Mittagessen, ein Stadtrundgang durch Berlin-Kreuzberg, „Klein-Istanbul in Berlin“, und der Besuch in einer Moschee.

Die Begegnung steht im Vordergrund, ein Dialog auf gleicher Augenhöhe kann nur stattfinden, wenn man dem jeweils Anderen offen und respektvoll begegnet. Wir möchten in diesem Projekt derartige Begegnungen möglich machen, sie sollen erfahrbar – für beide Seiten – sein und wiederholbar. Wir verstehen dieses Projekt als einen Beitrag zur Förderung interkultureller Kompetenz und zur Toleranz-erziehung. Bisher haben wir mit diesem Projekt rund 300 Schüler erreicht und boten ihnen damit häufig erstmalig eine intensive Begegnung mit Migranten oder deren Nachfahren.

Unser Ausland

„Unser Ausland“ ist ein aufwändiges Film- und Ausstellungsprojekt. In einem eigens gedrehten Film beschreiben zehn Berliner nicht-deutscher Herkunft mit ihrem speziellen Blick aus ihrer Perspektive die Besonderheiten der Deutschen, ihrer Kultur und ihrer Lebensweisen. Ein erstaunlicher Schatz an ethnographischem Wissen und eine meist amüsante, oft spielerische Annäherung an deutsche Eigenarten öffnen unseren Blick – für den Blick des Anderen. „Unser Ausland“ tourte 2002 als aufwändige Installation durch öffentliche Orte Berlins, in 2003 war es in Potsdam, Stuttgart und Darmstadt zu sehen. Die Fotoausstellung – etwas kleiner und wendiger – kann bei uns ausgeliehen werden.

Zu einem großen Teil werden diese Projekte vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend im Rahmen des Programms „entimon –

gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ gefördert.

Aktionswoche gegen Rassismus

Jährlich im März, anlässlich des „UN-Tags zur Überwindung von Rassismus“ am 21.03., veranstalten wir eine bundesweite Aktionswoche gegen Rassismus. Wir organisieren Veranstaltungen an Schulen mit Zeitzeugen, vermitteln prominente Unterstützer oder andere Personen des öffentlichen Lebens für eine Schulstunde zum Thema Rassismus. Lesungen, Theaterworkshops, Musikveranstaltungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen u. ä. wurden bisher realisiert.

2003 beteiligten sich erstmals bundesweit 23 Museen mit eigenen Programmen. Für 2004 sind schon viele weitere Veranstaltungen geplant. Kooperiert haben wir bei diesem Projekt wie auch bei anderen Projekten mit anderen Initiativen. Zu unseren Partnern gehören das Anne Frank Zentrum Berlin, die Kreuzberger Musikalische Aktion, das Projekt „Ich bin ein Berliner“, die Berliner Märchentage, der Interkulturelle Rat u.a.

d. Probleme / Ausblick

Zum Schluss möchte ich Ihnen einen kurzen Ausblick geben. In der Einladung zu dieser Tagung stand schon sehr viel Richtiges und Besorgnis Erregendes. Vom Aufstand der Anständigen, vom Verblässen des Medieninteresses, vom mangelnden Geldfluss und der Konkurrenz untereinander. Das immer nur periodisch auftretende Interesse der Medien für bestimmte Themen wirkt sich natürlich vehement auf unsere Arbeit aus. Die Folgen lassen sich schnell zusammenfassen: Lässt das Interesse der Medien nach, sinkt der Bekanntheitsgrad, ist man nicht mehr in der Diskussion, schwindet die Attraktivität für Sponsoren, Geldgeber und freiwillige Helfer.

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für mehr Weltoffenheit, für ein gleichberechtigtes Nebeneinander braucht einen langen Atem. Gerade Gesicht Zeigen! hat den Vergleich zwischen der bundesweiten „Schaumschlägerei“ in Form von Kampagnen und Spots einerseits und der mühsamen kleinteiligen Projektarbeit vor Ort. Beides ist notwendig und greift ineinander, vor allem letzteres ist langwierig und oft undankbar, aber ich denke: lohnenswert. Wir sind der Überzeugung, dass man im Kampf und Engagement gegen Rechtsextremismus, für mehr Weltoffenheit, ein gleichberechtigtes Miteinander, nicht nachlassen darf.

4. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz

Dr. Reiner Schiller-Dickhut

Das Thema Rechtsextremismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten steht nach wie vor auf der Tagesordnung, und seit der Verhaftung der terroristischen Gruppe um Martin Wiese erst recht. Wir sollten uns aber nicht von den aktuellen Schlagzeilen leiten (und blenden) lassen. Die Extrema wie der verhinderte Anschlag auf den Neubau der Synagoge sind außerordentlich bedrohlich und verlangen entschiedene Gegenmaßnahmen. Wichtig ist aber auch, was unter der Oberfläche passiert und wie die Einstellungen der Menschen in den Tiefenschichten sind. Dazu ist vor zwei Wochen eine in ihren Ergebnissen erschütternde Umfrage veröffentlicht worden, die die Schwere unserer Aufgabe verdeutlicht und über die ich eingangs kurz berichten möchte. Sie bezieht sich auf das Bundesland Thüringen, wobei ich ähnliche Trends für einige andere Bundesländer nicht ausschließen kann.



Nach dieser im Auftrag der Staatskanzlei Thüringen durchgeführten Umfrage (von infratest dimap, am 13. November in der FAZ wiedergegeben und auf der homepage der Landesregierung dokumentiert) lässt sich eine Zunahme von antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in Thüringen konstatieren. Danach sind rechtsextreme Einstellungen bei knapp 23 Prozent der Befragten festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2001, als dieser Wert bei 18,6 Prozent lag, ist dies eine deutliche Zunahme. Besorgnis erregend sind auch die Werte zu einzelnen Fragen.

- So stimmte eine Mehrheit der These zu, dass Deutschland durch Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet sei.
- Mit der Demokratie als Staatsform zeigten sich nur noch 38 Prozent zufrieden.
- Und knapp 20 Prozent halten eine Diktatur im nationalen Interesse unter Umständen für die geeignetere Staatsform.
- Der Aussage „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ stimmten 39 % ganz und 33 % überwiegend zu.

Diese Umfrage zeigt, wie stark antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen dort verbreitet sind. Damit wir nicht in einen falschen Ost-West-Gegensatz kommen, will ich kurz auf eine – wenn auch kleine – Untersuchung aus Mecklenburg-Vorpommern mit einer positiven Entwicklung hinweisen. In Greifswald wurden 1998 und 2002 fast alle Schüler des 9. Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen befragt. Ergebnis: Ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen haben deutlich abgenommen. Stark ausländerfeindliche Einstellungen haben sich von rund 20 auf rund 10 % halbiert. Als Ursache weist die Studie auf die umfangreichen Präventionsmaßnahmen in Greifswald hin, die sich offenkundig bewährt haben.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz ist auf lange Frist angelegt. Es soll die gesellschaftlichen Kräfte gegen Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt unterstützen und bündeln. Unterstrichen wird dies dadurch, dass es sowohl in der ersten als auch in der zweiten Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen als wichtiges Instrument genannt wurde. Kontinuierliches Handeln gegen Rechtsextremismus und für den Respekt verschiedener Kulturen und Lebensweisen ist notwendig, ein Strohfeuer bewirkt wenig. „Niemand darf erwarten, dass es heute eine Kundgebung gibt, morgen ein Förderprogramm und übermorgen schon Erfolg“, hat Bundestagspräsident Thierse unrealistische Erwartungen treffend formuliert.

Dies gilt umso mehr nach dem Scheitern des NPD-Parteiverbotsverfahrens. Der Tenor in den Medien dazu war, dass nun Zivilcourage gefordert sei. Wer wollte dagegen sein! Ich will die damalige Debatte aufgreifen, weil man daran einseitige Antworten und das notwendige Nebeneinander verschiedener Handlungsebenen aufzeigen kann.

In der Berliner Zeitung etwa wurde kommentiert:

„Fremdenfeindlichkeit lässt sich nicht gesetzlich verbieten. Sie muss gesellschaftlich geächtet sein. Rassismus lässt sich nicht einsperren, aber er kann, er muss in jeder Familie, in jeder Schulklasse, an jedem Arbeitsplatz verpönt sein. Der Kampf gegen (...) Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus lässt sich nicht von der Gesellschaft an bezahlte Therapeuten, Streetworker, Strafgerichte oder Gefängniswärter delegieren. Eine Gesellschaft, welche die Bekämpfung von fremdenfeindlicher, rassistischer und anti-

semitischer Gewalt nicht als Aufgabe eines jeden Einzelnen begreift, hat den Kampf ohnehin verloren.“

Die Betonung hierbei liegt auf jede(r) Einzelne. Richtig ist, dass jede(r) Einzelne zu Zivilcourage aufgefordert ist. Aber das allein, der Appell an die Moral, reicht meines Erachtens nicht aus. Der oder die Einzelne ist manchmal überfordert, nicht nur wenn er oder sie sich einer gewalttätigen Gruppe gegenüber sieht, sondern auch dann, wenn Rechtsextreme in einzelnen Gegenden oder Szenen politisch und kulturell sehr stark oder sogar dominant sind. Zivilcourage des Einzelnen ist gut, reicht jedoch nicht aus; sie kommt auch nicht immer von selbst. Es müssen organisiertes Handeln, ggf. auch unterstützende Strukturen und staatliche Maßnahmen hinzukommen.

a. „Vier Säulen-Strategie“

Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt benötigt eine professionelle Prävention, dazu Repression - dies allein schon der Opfer wegen - und wirkliche Integrationsbemühungen. Unterlassene Integration bringt nicht nur zahlreiche Folgeprobleme mit sich, etwa in der Wohnungs- und Bildungspolitik, sie erleichtert es auch immer wieder, eine Spaltung in „wir“ und „die anderen“ zu reproduzieren. Damit wird der Nährboden für Ressentiments erzeugt beziehungsweise erhalten.

Daneben ist ein zivilgesellschaftliches Engagement mit unterstützenden Strukturen notwendig. Und genau hier kommt das Bündnis für Demokratie und Toleranz „ins Spiel“. Das Bündnis wurde vor knapp drei Jahren vom Bundesinnenministerium (BMI) und dem Bundesjustizministerium (BMJ) gegründet, um die gesellschaftlichen Kräfte gegen Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt zu bündeln und die Grund- und Menschenrechte zu stärken. Unser wesentliches Arbeitsgebiet ist der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus, wir widmen uns aber außerdem auch der Gewaltprävention und erarbeiten präventive Maßnahmen gegen Diskriminierung.

Die Geschäftsstelle ist im Geschäftsbereich des Innenministeriums angesiedelt. Das Bündnis wird von einem unabhängigen Beirat gesteuert. In diesem Beirat arbeiten Abgeordnete aus allen Bundestagsfraktionen sowie Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und sozialen Organisationen mit, die sich durch spezifische Fachkenntnisse und Engagement zum Thema profiliert haben.

b. Das Bündnis und seine Partner

Das Bündnis wird sowohl von großen gesellschaftlichen Vereinigungen, den Kirchen, den Gewerkschaften und großen Unternehmen, als auch von kleinen Initiativen als Koordinationsstelle und als Impulsgeber anerkannt. Dem Bündnis sind inzwischen fast 1.000 Gruppierungen verschiedenster Art angeschlossen, darunter Schulklassen, Bildungsträger, kirchliche Organisationen, aber auch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung. So wird das ganze gesellschaftliche Spektrum, von ganz kleinen, lokalen Initiativen, bis hin zu fest strukturierten, großen Organisationen repräsentiert.

Das Bündnis setzt nicht auf den Aufbau von neuen Strukturen, sondern will vorhandene Aktivitäten und Strukturen nutzen, diese ausbauen, unterstützen und bündeln. Es soll ein modernes Netzwerk zwischen Gruppen, die am selben Thema arbeiten, hergestellt werden. Die Enquete-Kommission des Bundestags „Bürgerschaftliches Engagement“ hat eine Reihe allgemeiner Empfehlungen gegeben, wie solches Engagement aussehen soll. Bürgerschaftliches Engagement - so der Bericht der Kommission - benötigt Öffentlichkeit und Interessenvertretung auf den unterschiedlichsten Ebenen. Dafür sind die Bündelung der vorhandenen Ressourcen und die Vernetzung von Akteuren und Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft wichtig. Ein solcher Aufbau von Netzwerken kann dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten. Solchen Empfehlungen versucht das Bündnis für Demokratie und Toleranz zu folgen.

c. Förderprogramme

Mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz sind in der Öffentlichkeit drei **Förderprogramme** verbunden: XENOS, CIVITAS und ENTIMON, auf die das Bündnis jedoch keinen formellen Einfluss hat. Sie sind in dem gleichen Themenfeld angesiedelt, der Bekämpfung von Intoleranz sowie Rechtsextremismus und der Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wegen ihrer großen Bedeutung will ich kurz auf sie eingehen.

Diese drei Programme sind im Herbst 2000 von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegt worden. Das wirklich Neue sind die Ziele, die sich am besten mit den Leitsätzen des CIVITAS-Programms erläutern lassen, auch wenn dieses spezifische Programm sich nur auf Ostdeutschland bezieht. Dort heißt es: „Eine demokratische gemeinwesenorientierte Gesamtkultur einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen entgegenzusetzen und von der Entwicklung und der Wirksamkeit und Stärkung der Selbsthilfe zivilgesellschaftlicher Strukturen hängt sowohl der aktu-

elle als auch der zukünftige Erfolg der Demokratisierung vor Ort ab.“ Es geht also vornehmlich darum, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken.

Das Programm „Entimon“ bezieht sich auf den Jugendbereich und ist bundesweit angelegt. Beide Programme hatten bis 2003 ein Volumen von je 10 Mio. € ; ab 2004 wird dies weniger. Für den Bereich der Arbeitswelt ist das XENOS-Programm konstruiert worden. Das Programm wird größtenteils aus dem Europäischen Sozialfond bestritten. Insgesamt stehen dort 75 Millionen Euro im Zeitraum zwischen 2001 und 2006 zur Verfügung. Hinzu kommen Komplementärmittel - in Ostdeutschland und Westdeutschland in unterschiedlichem Maße - von im Schnitt 50 Prozent. Ziel des Programms ist es, Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt mit solchen in der schulischen und beruflichen Bildung miteinander zu verknüpfen. Dieses Programm bezieht sich somit auf die Arbeitswelt, die anderen richten sich an Jugendliche und lokale Strukturen. Ziel ist es, ethnische Vielfalt als etwas Normales erlebbar zu machen, Ausbilder entsprechend zu qualifizieren, so dass sie mit unterschiedlichen ethnischen Gruppen und den möglicher Weise vorhandenen Spannungen umgehen können. Interkulturelles Lernen ist ebenso ein Bestandteil des Programms wie die Unterstützung lokaler Netzwerke. Kerngedanke von XENOS ist „Leben und Arbeiten in Vielfalt“.

Es hat natürlich vor 2000 schon eine ganze Reihe von „Aktionsbündnissen gegen Rechts“ gegeben oder Gruppen, die in der Ausländerintegration oder interkulturellen Begegnungen aktiv waren. Aber in den großen gesellschaftlichen Gruppen fehlte es lange Zeit an genügender Aufmerksamkeit. Deren Aktivitäten sind in den letzten drei, vier Jahren eindeutig umfangreicher geworden. Erste wissenschaftliche Untersuchungen über das Thema Ausländerfeindlichkeit und Ressentiments gegenüber ethnischen Minderheiten in den Medien ergaben, dass seit 1998 ausländerfeindliche Diskurse in den exemplarisch untersuchten Medien - Spiegel, FAZ, FR und Bild - zurückgegangen sind und sogar nach dem 11.09.2001 entsprechende Stigmatisierungen in den Medien nicht wieder hochgeschwappt seien. Damit setzt sich der rückläufige Trend von ausländerfeindlichen Diskursen der neunziger Jahre fort, und die drei Programme haben durchaus zum Erfolg beigetragen, ohne dass man wie in den Naturwissenschaften eine Kausalität nachweisen könnte. Ich betone dies auch deswegen, weil sie auf politischer Ebene gelegentlich grundsätzlich kritisiert

werden, u.a. vom ehemaligen CDU-Abgeordneten Hohmann als Wortführer.

d. Schwerpunkte der Arbeit des Bündnisses

■ Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz führt zuallererst politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit durch. Es arbeitet, um entsprechende Werte zu vermitteln, mit Sportverbänden zusammen und führt Wettbewerbe durch, vor allem den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb, der sich an Schüler zwischen 16 und 21 richtet. Dieser Wettbewerb wird in Kooperation mit der Dresdner Bank und ab diesem Jahr mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen organisiert. In diesen Bereich gehören ebenfalls öffentlichkeitswirksame Foren und unsere alljährliche Festveranstaltung am Verfassungstag in Berlin.

■ Förderung und Verbreitung zivilgesellschaftlichen Engagements (Best Practice)

Außerdem sucht das Bündnis nach erfolgreichen und innovativen zivilgesellschaftlichen Projekten und versucht, diese zu verbreiten. Wir wollen, dass diese „Schule machen“. Dazu führt das Bündnis für Demokratie und Toleranz, inzwischen schon drei Mal, den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ durch. In diesem Jahr beteiligten sich 360 Gruppen.

Wir suchen nach Formen alltäglichen, ehrenamtlichen Engagements in allen Lebensbereichen und sprechen insbesondere kleine Gruppen an, die normalerweise, allein auf Grund ihrer Größe von finanziellen Förderungen ausgeschlossen sind oder nicht über die Fertigkeiten und Strukturen verfügen, um große Anträge stellen zu können, wie das beispielsweise bei den drei genannten Programmen CIVITAS, XENOS und ENTIMON erforderlich ist. Bei dem Wettbewerb stellt das Bündnis seit 2002 jeweils 200.000 Euro Preisgeld zur Verfügung, das unter circa 90 Gruppen als Preisträger verteilt wurde.

Auf unserer Homepage www.buendnis-toleranz.de haben wir vorbildliche Projekte und Initiativen in einer Datenbank zusammengefasst, damit sich Interessierte nach verschiedenen Kriterien Anregungen für ihre eigene Arbeit holen oder sich mit anderen Gruppen vernetzen können.

Aber es geht nicht nur darum, die Arbeit der Gruppen mit bestimmten Summen zu honorieren, sondern sie auch der Öffentlichkeit näher zu bringen, sie plastisch und nachahmbar zu machen. Deshalb werden Modelle auf Pressekonferenzen und im In-

ternet vorgestellt oder werden in einer Broschüre zusammengestellt. Das Spektrum der Aktivitäten lässt sich aus der hier ausliegenden Broschüre ersehen. Ich will nur einige Beispiele nennen:

- Begegnungszentren aus ostdeutschen Bundesländern, wo es wenig Austausch zwischen verschiedenen Kulturen gibt
- Projekte gegen Diskriminierung
- pädagogische Programme, angefangen bei Kindergärten, bis hin zu Ausbildungsprogrammen zur Gewaltprävention für Polizisten
- Gruppen, die die Jugendkultur in einem Umfeld mit starken rechtsextremen Strukturen stärken.

■ Netzwerk- und Bündnisarbeit

Das Bündnis vernetzt Initiativen und kooperiert mit großen Verbänden im Wirtschafts- und Bildungsbereich. Es lässt sich dabei von zwei Zielen leiten. Wir wollen erstens die Akteure in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereichen zusammenführen und Brücken schlagen. Wir wollen zweitens – beispielsweise durch Veränderung von Ausbildungsinhalten – dabei helfen, im Alltag (nicht nur im Ethikunterricht und am Feierabend in der Bürgerinitiative) den gegenseitigen Respekt verschiedener Kulturen und die Integration von Minderheiten von Grund auf zu stärken. In vielen Großunternehmen beispielsweise wird kulturelle Differenz als Chance begriffen – diese Botschaft möchten wir weitertragen und unterstützen deshalb diesbezügliche Betriebsvereinbarungen.

e. Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“

Schwerpunktmäßig möchte ich Ihnen das Konzept unseres Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und Netzwerkaktivitäten darstellen.

a) Wir sprechen vorwiegend Projekte an, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeiten. Dabei sind zwei Formen zu unterscheiden: zum einem solche, die von Organisationen des „dritten Sektors“ (z. B. freie Träger der Sozialarbeit) oder von kommunalen Einrichtungen unterstützt wurden, zum anderen solche, die ganz ohne hauptamtliches Rückgrat auskommen wollen oder müssen. Dass an ehrenamtliche Best Practice-Projekte nicht gleiche Anforderungen zu stellen sind wie an durchorganisierte und solide finanzierte staatliche Maßnahmen, versteht sich von selbst. Auf der anderen Seite hat zivilgesellschaftliches Engagement auch typische Vorteile. So kommen beispielsweise jugendliche Mitglieder von Initiativen in der Aufklärung und Wertevermittlung bei Ihresgleichen typischerweise besser an als ältere Hauptamtliche. Und Initiativen zeigen i. d. R. mehr Empathie als bürokratische Organisationen: gegenüber Minderheiten, gegen-

über Ausgegrenzten, gegenüber tatsächlichen oder potentiellen Opfern. Ihre Mitglieder leben Toleranz im persönlichen Kontakt mit diesen, stärken dadurch deren Selbstwertgefühl und somit deren Kraft, sich selbst zu behaupten. Ähnliches gilt auch im Bereich der Gewaltprävention, so z. B. bei Streitschlichter-Projekten: das gelebte Beispiel „Wir können Konflikte selbst regeln und Verfahren lernen“ wirkt mehr als eine Einheit im Ethik-Unterricht.

b) Die Auszeichnung der Preisträger bedeutet eine Förderung und Anerkennung in dreierlei Hinsicht:

- Das Preisgeld stellt eine finanzielle Unterstützung dar bzw. ermöglicht neue Projekte.
- Zweitens ist die Auszeichnung eine wichtige „moralische“ Unterstützung und Aufwertung für lokale Initiativen.
- Drittens öffnen sich durch unsere Auszeichnung neue Türen.

In der schon genannten Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ spricht man hierbei von „Anerkennungskultur“.

c) Der Best Practice-Wettbewerb ist für das „Bündnis“ eins der wichtigsten Instrumente, um das Netzwerk engagierter Gruppen zu stärken. Bewusst haben wir einen Großteil der Preisträger in regionalen Pressegesprächen unter Beteiligung von Beiratsmitgliedern vorgestellt. Neben der oben erwähnten Rückenstärkung für die Preisträger diene dies dem Ziel, dass sie Kristallisationspunkte auf regionaler oder fachlicher Ebene werden können – sofern sie dies nicht zuvor schon waren. Bei den Pressegesprächen hat sich herausgestellt, wie stark das Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch bei Projekten ist, die unter gleichartigen oder ähnlichen Bedingungen arbeiten.

d) Eine Quintessenz aus dem Wettbewerb ist, dass Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Akteuren geschlagen werden können. Ein einfaches, typisches Beispiel für den Nutzen von Kooperation ist das von uns ausgezeichnete Projekt „Farbe Bekennen“, bei dem auf Initiative eines Berufsschullehrers unter Einwirkung von Sponsorenmitteln aus dem Handwerk Berufsschüler ein kirchlich getragenes Jugendfreizeitheim in einem Stadtteil mit schwieriger sozialer Zusammensetzung renovierten. In Berlin soll nun versucht werden, dieses Modell eines Netzwerkes zwischen Jugendlichen, Sponsoren und Freizeiteinrichtungen auf andere Bereiche der beruflichen Ausbildung zu übertragen.

Ein anderes Beispiel ist die auch im Wettbewerb ausgezeichnete Evangelische Jugend in Dortmund:

Sie trägt auf regionaler Ebene die Aktion „Schule ohne Rassismus“; sie bündelt lokale Aktivitäten über die Schule hinaus; sie engagiert sich mit anderen Gruppen in der „Erinnerungsarbeit“ und last not least hat sie einen spannenden Austausch mit einer Gruppe aus Frankfurt/Oder aufgebaut, die wiederum Preisträger in unserem Viktor-Klemperer-Wettbewerb waren.

f. Netzerkberkaltung: Das Beispiel Pirna und Sachsen

Die Netzerkberkaltung will ich anhand von Aktivitäten in Sachsen schildern, wobei im Mittelpunkt wiederum eine in unserem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2002“ ausgezeichnete Gruppe steht, die „Aktion Zivilcourage Pirna“.

Die „Aktion Zivilcourage Pirna“ gründete sich 1999. Hintergrund waren hohe Wahlergebnisse von Rechtsextremen in der Sächsischen Schweiz und zahlreiche, brutale Übergriffe, die teilweise von Anhängern der inzwischen verbotenen Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ verübt wurden. Die Initiative organisierte den ersten „Runden Tisch“, an dem sie mit VertreterInnen von Polizei, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen oder Kirchen das Problem thematisierte und konkrete Handlungsweisen diskutierte. Sie organisierte mit Partnern des Runden Tisches eine Demonstration.

Ein Schwerpunkt der Aktion Zivilcourage ist die Arbeit an den Schulen, einem Haupttätigkeitsfeld der Rechtsextremen. Die Aktiven klären mit dem Projekt „Das sieht verboten aus!“ über rechtsextreme Symbole auf, widerlegen einschlägige, rechtsextreme Parolen mit klaren Fakten und weisen auf Handlungsansätze hin. Opfern rechtsextremer Gewalttaten bietet die Aktion Zivilcourage moralische Unterstützung und Hilfe bei Behördengängen. In enger Kooperation mit dem Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit Dresden und dem Netzwerk Sachsen betreut sie einen Jugendclub in der Nähe (Liebstadt), der zuvor von Rechtsextremen dominiert wurde.

Durch die Schaffung von kulturellen Angeboten, wie Lesungen, Theateraufführungen, Konzerten oder Kulturfesten versucht die Initiative der rechtsextremen Szene etwas entgegenzusetzen und ihr die Hauptansatzpunkte für die Nachwuchsrekrutierung zu nehmen. Seit 2001 bietet sie verstärkt Aufklärungsveranstaltungen und Diskussionen an oder organisiert Bildungsfahrten, etwa in die Gedenkstätte Theresienstadt.

Dieses Spektrum von Aktivitäten ist modellhaft für eine lokale Gruppe bzw. Bündnis in einem derarti-

gen Umfeld. Inzwischen sind weitere Ansätze hinzugekommen:

- Sie hat alle Bürgermeister des Kreises an einen Runden Tisch geholt,
- sie hat im Projekt „Partner der Straße“ Sozialarbeiter, Polizisten und Jugendrichter zusammengebracht, damit diese das Arbeitsfeld des anderen besser verstehen und besser kooperieren können,
- sie arbeitet mit der Polizei gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) zusammen.

An Beispiel Pirna zeigt sich schon eine sehr weitgehende Kooperation. Als Bündnis haben wir in diesem Raum und Sachsen überhaupt versucht, weitere Verbindungen herzustellen. Mit der Landespolizeischule haben wir eine Präventionstagung durchgeführt. Das Kulturbüro Sachsen, eine Organisation, die im Programm „Civitas“ ein sog. „Mobiles Beratungsteam“ trägt, haben wir bei der Durchführung einer weiteren Präventionstagung unterstützt. Diese wurde neben dem Kulturbüro und der Landespolizeischule von den politischen Stiftungen veranstaltet, die der CDU, der SPD und den Grünen nahestehen. Geprägt war diese Tagung von vielen Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

g. Schluss

Wie geht sowas? Was sind die Voraussetzungen solcher Zusammenarbeit und Erfolge?

- *Offenheit* bei allen Akteuren, aufeinander zuzugehen
- *Anerkennung* solcher Gruppen wie der Aktion Zivilcourage Pirna durch Einrichtungen wie dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, die über eine hohe Reputation verfügen,
- *materielle Unterstützung* bis hin zur Teilprofessionalisierung, damit bestimmte Aufgaben dauerhaft und fachlich qualifiziert wahrgenommen werden,
- gleichzeitig muss ein Weiterarbeiten als *ehrenamtliche Initiative* ermöglicht werden.

Lokale Initiativen wie die beispielhaft herausgegriffene „Aktion Zivilcourage Pirna“ und *bundesweite Netzwerke* wie das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ sind ein wichtiges und unverzichtbares Element, um Rechtsextremismus und Gewalt zurückzudrängen und ein tolerantes Miteinander in der Gesellschaft zu verankern.

5. Rechtsradikale Musik im Unterricht

Dr. Fridolin Wimmer

a. Beschreibung der Unterrichtssequenz

Nach der Behandlung des Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht und damit verbunden dem Aufzeigen des großen Stellenwerts, den nationalsozialistische Lieder in der Propaganda des Dritten Reich eingenommen haben, kamen Schüler von sich aus darauf zu sprechen, dass der Einsatz von neonazistischen Liedern in bestimmten Kreisen heute wohl eine ähnliche Intention verfolgt, und boten an, solche Lieder für den Unterricht mitzubringen. In der nächsten Stunde lagen über zwanzig einschlägige CD auf dem Pult und es zeigte sich, dass fast die Hälfte der Schüler diese Musik zumindest ab und zu hört und Bands wie die Gruppe „Landser“ kennt, ohne sich jedoch bisher über den ideologischen Hintergrund Gedanken gemacht zu haben. Diese Konsumhaltung ist sehr bezeichnend für die Einstellung heutiger Jugendlicher gegenüber dem Nationalsozialismus: Die Zeit des Dritten Reichs ist längst Vergangenheit und rechten Gruppen von heute sind so ernst nicht zu nehmen. Wenn Bands wie „Landser“ überhaupt politisch eingeordnet werden, dann natürlich rechts, ohne jedoch eine große Gefahr in ihnen zu sehen. Dieses relativ naive Herangehen der Schüler an die rechte Szene erfordert es, sie mit der harten Realität näher in Kontakt zu bringen.

Im Rahmen des Deutschunterrichts sahen wir uns als Vorbereitung auf die hier beschriebene Unterrichtssequenz zunächst die dreiteilige ARD-Dokumentation „Familienkrieg“ an, in der das Skinheadpärchen Simon und Sandra ein Stück auf ihrem Weg zwischen Auseinandersetzungen mit den Eltern, Integration in einer Skinheadgruppe, Arbeitslosigkeit, Drogenentzug und allgemeinen Problemen im gesellschaftlichen Umfeld begleitet wird. Dabei wird die Rolle deutlich, die Skinhead-Musik als Schlüssel zum Reich jugendlicher Emotionen, als Identitätsstifter nach innen und als Abgrenzung der Szene gegenüber der Gesellschaft spielt.

Die Unterrichtssequenz in einer 10. Klasse eines Gymnasiums, an der 28 Schüler, 16 Mädchen und 12 Jungen, teilnahmen, umfasst in seinem Hauptteil drei Unterrichtsstunden. Eine fächerübergreifende Zusammenarbeit mit Musik und Geschichte bietet sich an.

Erste Unterrichtseinheit

Die Schüler werden mit den hier beschriebenen musikpsychologischen Methoden vertraut gemacht. Sie hören zwei neonazistische Lieder und wenden die Methoden an.

Zweite Unterrichtseinheit

Der Lehrer stellt die ausgewerteten Ergebnisse der Vorstunde den Schülern vor. Diese werden ausführlich in der Klasse diskutiert und in einen Kontext zur Realität gesetzt.

Dritte Unterrichtseinheit

Weitere Beispiele rechtsradikaler Musik werden vorgespielt, um die ganze Bandbreite aufzuzeigen. Die Wirkung der verschiedenen Musikstile wird besprochen und die dahinterstehende Intention aufgedeckt.

Hört man Skinhead-Musik im Unterricht, so macht man bei der Diskussion des ersten Eindrucks stets die Erfahrung, dass vor allem die meist grölenden Stimmen und der sehr oft unverständliche Gesang die meisten Schüler abschrecken und sie sich über Filmszenen von Saufgelagen grölender stiernackiger Glatzen mit Springerstiefeln lustig machen. In der Besprechung zeigt sich aber auch, dass Schülern die klaren Stellungen rechter Musik zu Themen wie Integration und Einwanderung auffallen. Themen, die auch die Shell-Studie 2002 als Bereiche feststellt, die Jugendliche bewegen. Hier zeigen sich demnach (inhaltliche) Berührungspunkte, zu denen rechtsradikale Bands richtungsweisen- de Identitätsangebote bieten.

Dass diese Musik eine Einstiegsdroge in die Szene sein soll, können Schüler zunächst aber nicht nachvollziehen. In der Diskussion sind sie sich sicher, dass das mit einem „normalen“ Jugendlichen nichts zu tun hat und sie davon nicht angesprochen werden. Hier liegt der Ansatzpunkt der Sequenz, die den Schülern zeigen soll, wie die Musik auf sie wirkt, und dass dabei nicht nur musikalische Elemente, sondern durchaus auch textliche, d.h. ideologische, Aspekte, ihre Wirkung hinterlassen.

Der Erfolg eines Einsatzes rechtsradikaler Lieder im Unterricht lässt sich nur sehr schwer überprüfen, da ja der Aufbau einer länger andauernden anti-nazistischen Haltung angestrebt wird. Es kann aber ein wichtiger Beitrag zum Prozess des Bewusstwerdens der affektiven Wirkung von ideolo-

einer sechsstufigen Rangordnungsskala gegenüber, wobei die einzelnen Stufen der Skala den Ausprägungsgrad der betreffenden Eigenschaft angeben. Die Schüler entscheiden sich bei jedem Attribut-Paar, durch welchen Begriff und in welchem Grad ihr Eindruck zutreffend charakterisiert wird. Die Anzahl der Gegensatzpaare ist nicht festgelegt. Die Auswertung erfolgt über das Zeichnen eines graphischen Profils. Durch die Berechnung von Durchschnittswerten – jedes Adjektivpaar wird dabei als ein Kontinuum gesehen, dessen Teilbereichen eine Zahl von 1 bis 6 zugeordnet wird – lassen sich auch Gruppenprofile erstellen, und so kann ermittelt werden, welche Adjektive in welchem Grad von den meisten als zutreffend angesehen werden.

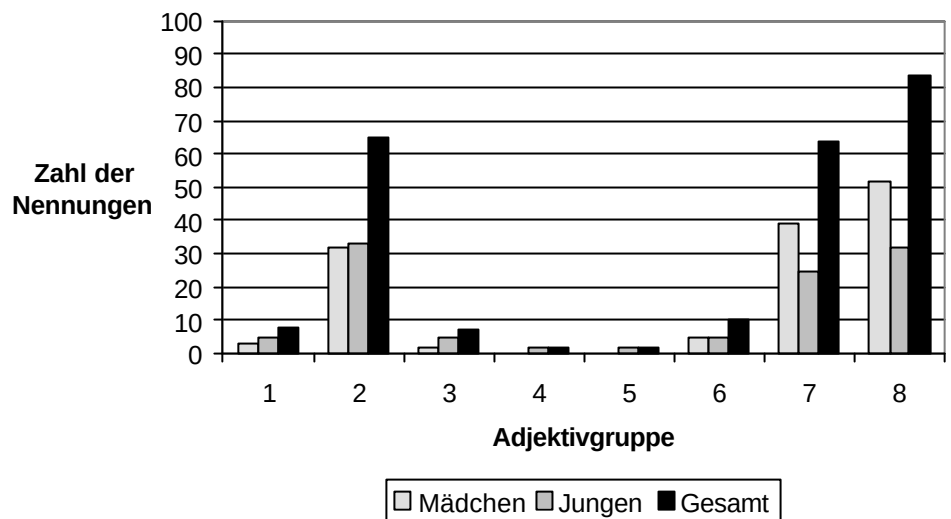
b. Landser

Die Gruppe „Landser“ ist eine der ungefähr hundert „braunen“ Bands in der Bundesrepublik. 1992 aus dem Ostberliner Rocker-Club „Vandalen“ gegründet, stieg sie mit ihren fünf CD sehr schnell zur Kultband auf, deren Lieder für die Skinhead-Szene zu absoluten Schunkelhits wurden. Jedes CD-Verbot wirkte wie ein Marketingprogramm. Dass ihre Hits durchaus ganz konkrete Auswirkungen hatten, kann man z. B. daran erkennen, dass Skinheads, die im August 1999 im vorpommerschen Eggesin zwei Vietnamesen fast zu Tode prügelten, dies laut Anklage mit dem Landserrefrain „Fidschi, Fidschi, gute Reise“ taten, und dass die Mörder von Alberto Adriano in Dessau nachgewiesenermaßen Landser-Fans waren. Erstmals in der bundesrepublikanischen Rechtsgeschichte wurde mit Landser im September 2001 eine Band als kriminelle Vereinigung verboten und ihre Mitglieder u. a. wegen Volksverhetzung, Aufruf zu Straftaten und Verunglimpfung des Staates angeklagt. Der handlungs- und erfahrungsorientierte Umgang mit zwei Liedern dieser Gruppe soll die schleichende Vereinnahmung für die rechte Ideologie durch Musik aufzeigen.

Beispiel 1: Landser – „Volk ans Gewehr“

Bei „Volk ans Gewehr“, dessen Hintergrund die von Rechtsradikalen heftig bekämpfte Wehrmachtsausstellung bildet, handelt es sich musikalisch eingangs um einen einschmeichelnden Songstil. Der Refrain ist dann typisches Gebrüll unisono in Oktavierung. Als Harmonik ist eine einfache Kadenzierung festzustellen, die Akkordfolge d-

Moll, B-Dur, A-Dur bzw. 1. Stufe, 6. Stufe und 5. Stufe ist typisch für Hardrock. Die Bandbesetzung weist auf schnellen Beat-Hardrock Richtung Metal hin. Insgesamt kann man von primitiver Aufmachung mit immer gleichen Melodiefloskeln sprechen.



Ein erster Blick auf die Ergebnisse des Adjektivzirkels zeigt, dass die Adjektivgruppen zwei („traurig – tragisch“), sieben („sich aufschwingend – animierend“) und acht („kraftvoll – erhaben“) am stärksten den subjektiven Eindrücken der Schüler entsprechen. Die anderen Adjektivgruppen empfinden sie als für das Lied kaum zutreffend; hier werden meist keine oder nur sehr wenige Adjektive angekreuzt. Das ist keineswegs überraschend, da diese Adjektive auch sehr wenig zu den Intentionen von „Landser“ passen. Am meisten assoziieren die teilnehmenden Schüler mit dem Lied Eigenschaften wie „triumphierend“, „aufregend“, „animierend“ und noch häufiger „kraftvoll“ und „kriegerisch“. Zunächst überraschenderweise werden auch sehr häufig „traurig“, „trauernd“, „gedrückt“ und „tragisch“ als zutreffend empfunden. Damit wird ersichtlich, dass die eingesetzten musikalischen Elemente ihre Wirkung nicht verfehlen und dass mit der Adjektivgruppe zwei sogar textbedingte Wer-

tungen, d. h. die Wirkung der im Text verwendeten Propagandaelemente, aufgezeigt werden können („traurig“, „gedrückt“). Das Lied regt also zum Mitmachen an, die Herzfrequenz steigt und das ideologische Hauptanliegen im Hinblick auf die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird zielsicher in die Jugendlichen transportiert.

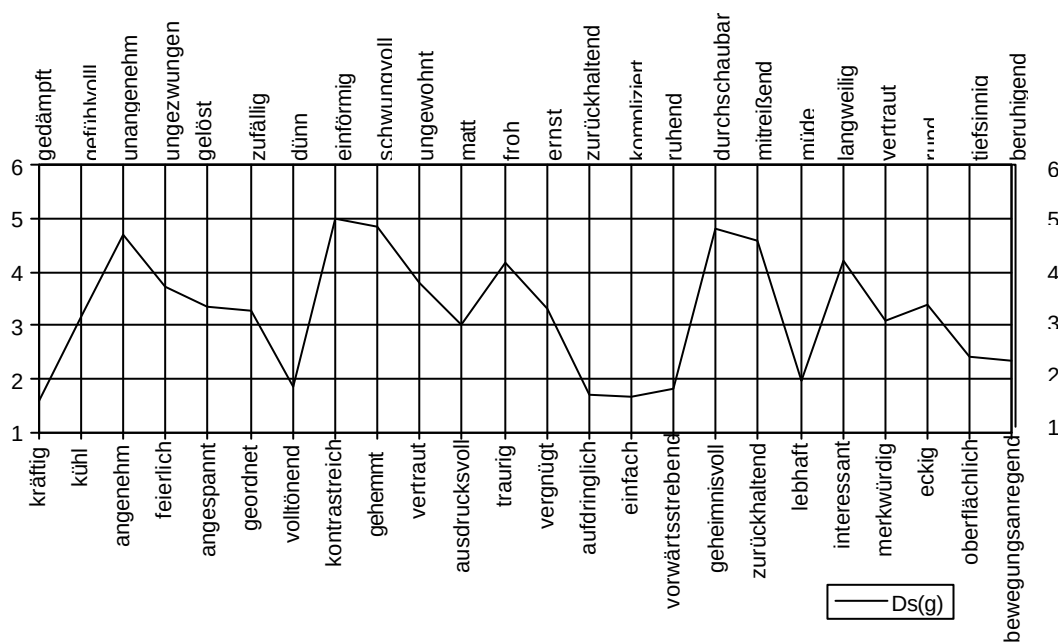
Eine gesonderte Betrachtung der Mädchen und Jungen ergibt eine wichtige Differenzierung. Die Mädchen werten eher die musikalischen Strukturen des Mediums (Gruppen sieben und acht), die Jungen vollziehen diese Grundkomponenten zwar ebenfalls nach, werden von den inhaltlichen Aussagen (Gruppe zwei) aber durchschnittlich mehr berührt als ihre Mitschülerinnen.

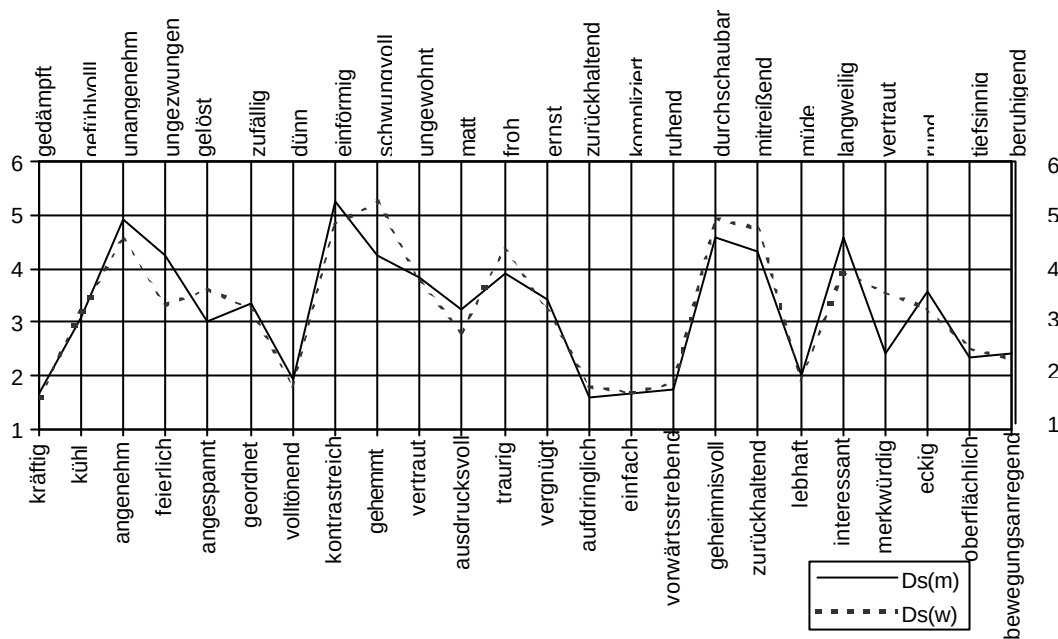
Würde man die Handlungsorientierung im Unterricht bis zum Singen dieses Liedes fortsetzen, wür-

de dies die aufgezeigte Wirkung sicher noch verstärken.

Beispiel 2: Landser – „Deutschlandhymne“

Bei der „Deutschlandhymne“ handelt es sich um die Hymne der rechtsradikalen Szene, deren Schlussrefrain mit „Heil“ und ausgestrecktem Arm abgeschlossen wird. Der Metalsound mit verzerrten Gitarren, dröhnendem Bass, grölenden Stimmen und geräuschintensivem Schlagzeug weist eine einfache Melodik und Harmonik auf, die mit deutscher Marschmusik bzw. Kinderliedern vergleichbar ist. Das Stück wird zweistimmig, eher als Sprechgesang in C-Dur Kadenz im 5-Tonbereich vorgetragen. Der kurze und intensive Refrain wird unisono von mehreren gebrüllt und weist durch die krächzende Stimme sicher nicht zufällig Anklänge an Hitlers Stimme auf.





Beim Polaritätsprofil empfanden die 28 teilnehmenden Schüler im Durchschnitt folgende Eigenschaften als besonders charakteristisch (Ankreuzungen meist bei „sehr“, teilweise bei „ziemlich“): „kräftig“, „unangenehm“, „volltönend“, „einförmig“, „schwungvoll“, „froh“, „aufdringlich“, „einfach“, „vorwärtstrebend“, „durchschaubar“, „mitreißend“, „lebhaft“, „langweilig“, „oberflächlich“ und „bewegungsanregend“. Sieht man von rein musikalischen Wertungen (einförmig, einfach, durchschaubar, langweilig, oberflächlich) und hinsichtlich der grölenden, krächzenden Stimme (unangenehm) ab, so kann man wieder erkennen, dass das Lied seine angestrebte affektive Wirkung nicht verfehlt und Bereitschaft auf- bzw. Hemmungen abbaut. Jungen und Mädchen werten hier ebenfalls relativ gleichförmig, wobei die Schülerinnen die musikalischen Elemente wieder differenzierter analysieren. Signifikante Unterschiede fallen bei „ungezwungen“, „schwungvoll“, „froh“ und „vertraut“ auf. Ob die durchschnittliche Bewertung „ziemlich froh“ (4,37) auf den siegeszuversichtlichen Inhalt des Liedes zurückzuführen ist, kann nicht hinreichend geklärt werden.

Als Ergebnis der Untersuchung von beiden Liedern ist festzustellen, dass die durch den Adjektivzirkel ermittelten Assoziationen der Teilnehmer beim Hören des Liedes und die mit Hilfe des Polaritätsprofils herausgefundenen Eigenschaften der rechtsradikalen Hymne den von Landser beabsichtigte mitreißenden und vorwärtsdrängenden Charakter der Lieder, der zur aktiven Teilnahme animieren soll und sowohl musikalisch als auch sprachlich einen kriegerischen, kämpferischen Eindruck hinterlässt,

voll bestätigen. Für die Schüler wird damit nachvollziehbar, dass die Liedstrukturen auf aktives Mitmachen hin ausgerichtet sind, die propagandistische Wirkung aufgezeigt werden kann und dass die Lieder einen hohen Anforderungscharakter v.a. für Szeneanfällige aufweisen.

c. Vorteile des Einsatzes von Liedern

Welche Vorteile ergeben sich aus dem Einsatz rechtsradikaler Lieder in Verbindung mit den beiden musikpsychologischen Methoden im Unterricht?

- Lieder bzw. diese Methoden besitzen ein hohes Motivationspotential. Wenn man etwas zunächst rational ablehnt bzw. sogar belächelt und dann als „mitreißend“ und „bewegungsanregend“ empfindet, steht man im Konflikt mit den eigenen Vorstellungen. Dies weckt beim Schüler echtes Interesse und kann ihn von der lebenspraktischen Bedeutung des Unterrichts überzeugen.
- Lieder bringen eine emotionale Dimension in den Unterricht ein. Die Hörer werden direkt in ihrer Gefühlswelt angesprochen. Das emotionale Nachvollziehen der Wirksamkeit solcher Lieder darf aber bei den Schülern nicht das Gefühl aufkommen lassen, die Mitmachenden werden gleichsam „unschuldig“ verführt. Es muss in einer relativierenden Diskussion klargestellt werden, dass sie trotzdem für ihr Mitmachen verantwortlich sind, da sie wissen, um welche Art von Liedern es sich handelt, die sie hören bzw. singen. Dies führt zum Aufbau eines kritischen Bewusstseins.

- Lieder ermöglichen Handlungsorientierung. Auch das Hören eines Liedes erfordert persönliche Aktivität. Das verhilft dem Schüler zu einem tieferen Eindringen in die Materie und damit zu einer eigenständigen Auseinandersetzung damit.
- Lieder ermöglichen exemplarisches Lernen. Sie zeigen exemplarisch die Wirkung von Musik, das Zusammenwirken von Musik und Text auf. Damit kann auf emotionale Beeinflussung durch Musik und ihre ideologische Vereinnahmung allgemein geschlossen werden.
- Lieder ermöglichen eine neue Perspektive. Der Perspektivenwechsel hin zum Alltag des „kleinen Mannes“ (Skinhead) eröffnet neue Dimensionen des Umgangs mit dieser politischen Erscheinung, so dass die Schüler das Problem dann ernst nehmen, es nicht mehr verharmlosen.
- Lieder ermöglichen es dem Schüler, sich über die eigenen Gefühle klar zu werden. Die Teilnehmer erkennen, dass diese Musik Gemeinschaftssinn und Integrationswilligkeit fördert, dass Musik und gemeinschaftliches Singen eine Sache der Ich-Stärkung und Identitätsfindung ist. Sie werden sich damit ihrer Schwachpunkte, also ihrer eigenen Verführbarkeit bewusst und können somit ihre eigenen Bedürfnisse analysieren und damit vielleicht kanalisieren lernen.
- Lieder ermöglichen dem Schüler die Erkenntnis, dass Musik einen wichtigen Zugang zur Psyche des Einzelnen schafft, ihn bereit macht zur Identifikation, auch mit Ideologien, die er zunächst ablehnt. Er kann damit Musik als Wegbereiter der Neonazis, als Brücke für die Internalisierung weiterer „Werte“ erkennen.

Die Gefahr einer Ansteckung mit neonazistischem Gedankengut ist bei sorgfältiger Planung und Durchführung nicht gegeben. Natürlich muss der Unterrichtende aber die Klassensituation zuvor genau analysieren; nicht jede Hauptschul- oder Berufsschulklasse wird sich dafür eignen. Aufgrund der tieferen Reflexionsbasis, die die Schüler durch die Unterrichtssequenz erhalten, und durch das Aufzeigen der Wirkung der Ideologie kommt ein Erkenntnisprozess in Gang, der eine Ansteckung verhindert. Eine ausführliche Diskussion und die Relativierung der Ergebnisse sind dafür unabdingbare Voraussetzung. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beteiligten über Selbsterfahrung zu ideologiekritischem Denken und einer persönlichen Aufbereitung der Thematik angeregt werden. In der Abschlussdiskussion kann man feststellen, dass die teilnehmenden Schüler dadurch den Rahmen erkennen, den rechtsradikale Musik in Verbindung

mit der Szene aufbaut: Über eine Kollektividentität wird ein greifbares Gemeinschaftsgefühl ausgelöst, in dem individuelle Probleme, Vorurteile, Minderwertigkeitsgefühle und Ängste aufgelöst werden.

Jugendliche mit verfestigten rechtsradikalen Einstellungen können durch die Unterrichtssequenz wahrscheinlich nicht zum Umdenken bewegt werden. Um so wichtiger erscheint es aber, das Abtriften von gefährdeten Jugendlichen zu verhindern, die Unterrichtsteilnehmer anzuregen, über eigene Handlungsmöglichkeiten bei der aktiven Abwehr von rechtsextremen Tendenzen in der Jugendkultur und im persönlichen Umfeld nachzudenken, und dadurch eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, in der die Schüler ihr überraschend oft durchaus vorhandenes rechtspopulistisches Gedankengut äußern, auf das der Unterrichtende dann argumentativ eingehen kann.

d. Ausblick und andere musikalische Stilrichtungen

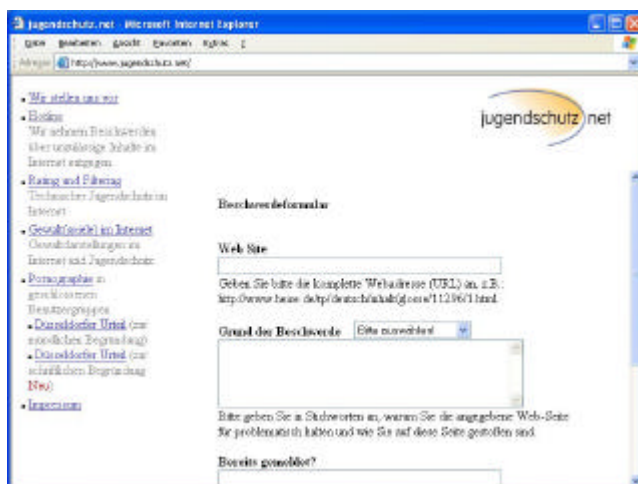
Die Vordenker der neuen Rechten wissen, dass nach Bier stinkende Stiefelnazis mit ihren Sauf-Rock-Konzerten nicht gerade dazu geschaffen sind, Schüler oder im Berufsprozess stehende Jugendliche für ihre Ideologie einzunehmen, und dass andere Musikrichtungen viele Jugendliche wesentlich mehr ansprechen. Rock ist zwar zur Zeit noch die Subkultur, derer sich die Neonazis am meisten bedienen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber, dass Techno ganz schnell eingenommen wurde, dass in rechtsradikalen Versandläden Symbole von Skatern und Punks annektiert werden und auch die Liedermacherszene nicht vor einer Infiltration gefeit ist. Mit Frank Rennicke wurde bereits im Herbst 2002 der erste Barde wegen Volksverhetzung verurteilt. Hip-Hop hat große Medienwirkung und ist als Subkultur bei den Jugendlichen im mainstream. Schon 2001 tauchten die ersten ausländerfeindlichen Rhymes auf („Affen wie Afrob gehören nach Afrika“, „Ab ins Gas“). Wenn man vor Augen hat, dass auch die Wurzeln des Rock afro-amerikanisch sind, dann kann man davon ausgehen, dass es bald eingedeutschten rechten Hip-Hop geben wird. Rechte Botschaften in verschiedenen Stilen der Rock- und Populärmusik (Südstaaten-Rock, Punk, Dark-Wave, Black-Metal, Industrial u.a.) sind ebenfalls schon zu finden und auch Kontrafakturen gängiger Schlager bis hin zu den Beatles sind sehr häufig.

6. Rechtsextremismus im Internet

Das entimon-Projekt von jugendschutz.net

Stefan Glaser

Das Internet hat in den vergangenen Jahren als Kommunikations- und Informationsmittel immer mehr an Bedeutung gewonnen und stellt mittlerweile ein Massenmedium dar. Rechtsextreme machen sich die Vorteile dieser Entwicklung zunutze, um rassistische Ideen und neonazistische Propagandamaterialien zu verbreiten. Es finden sich Hetzschriften gegen Minderheiten, rechtsextreme Parolen oder geschichtsverfälschende Thesen zum Nationalsozialismus ebenso im Netz wie Werbung für regionale Gruppen und Aktivitäten. Während Rechtsextreme auf Websites Ende der 90er noch, ohne größere Feinheiten gestaltet, lediglich „Textwüsten“ präsentierten, sind viele der heutigen Websites aufwändiger und medial ansprechend gestaltet. Mit bewegten Animationen, der Integration von Musik und Spielen oder interaktiven Elementen bedient man die Rezeptionsgewohnheiten der heutigen Generation. Schickes Design, Musik und Interaktionsmöglichkeiten gehören inzwischen zum Standard der meisten rechtsextremen Web-Präsenzen. *jugendschutz.net* beschäftigt sich bereits seit dem Jahr 2000 intensiv in Form von Projekten mit diesem Phänomen. Seit 2002 wird die Arbeit im Bereich Rechtsextremismus im Rahmen des Aktionsprogramms *entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus* gefördert.



jugendschutz.net (www.jugendschutz.net) wurde 1997 als Zentraleinrichtung der deutschen Bundesländer von den Jugendministerinnen und Jugendministern gegründet und ist seither u.a. mit der Wahrnehmung des Jugendschutzes im Internet betraut. Zu den Aufgaben zählen die Suche nach jugendgefährdenden und -beeinträchtigenden Internet-In-

halten und das Drängen auf eine möglichst zeitnahe Schließung bzw. Veränderung der betreffenden Angebote.

In der konkreten Projektarbeit ist die Perspektive des jugendlichen Internet-Users handlungsleitend. Angebote, die durch Inhalt oder Gestaltung einen bestimmten Reiz ausüben und für junge Menschen interessant sind, stehen im Mittelpunkt der Recherche. Insgesamt haben sich vier Bereiche als Schwerpunkte der Projektarbeit herauskristallisiert.

a. Internet-Monitoring

Das Internet ist ein dynamisches und sich beständig veränderndes Medium. Ein wichtiger und dauerhafter Bestandteil der Projektarbeit ist daher die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Aktivitäten im Internet. Sie ist notwendig, um einen möglichst vollständigen Überblick zu behalten, neue problematische bzw. jugendschutzrelevante Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zeitnah notwendige Gegenaktivitäten entfalten zu können.

Rechtsextreme verschaffen sich durch die Nutzung von Web-Präsenzen einen modernen und attraktiven Anstrich. Bedürfnisse der jungen Generation werden bedient, indem Elemente integriert werden, die Jugendliche interessieren und die zu ihrem alltäglichen Leben gehören wie Musik, Spiele und Kommunikationsangebote.

Wie die bisherigen Erfahrungen aus Workshops mit Jugendlichen und Pädagogen deutlich machen, sind rechtsextreme Web-Angebote bei Jugendlichen durchaus bekannt. Insbesondere Szene-Bands und Insideradressen machen oftmals auf Schulhöfen und in Jugendclubs die Runde.

Außerdem werden Kinder und Jugendliche, haben sie erst Zugang zum Internet erlangt und nutzen die Dienste des WWW für private und schulische Belange, auch ungewollt mit rassistischen und Holocaust leugnenden Websites konfrontiert. Sucht ein Schüler z.B. mittels Suchmaschinen Informationen über den Nationalsozialismus und verwendet dabei Begriffe wie „NSDAP“ oder „Judenvergasung“, sieht er sich nicht selten mit neonazistischer Propaganda oder der vermeintlichen Widerlegung der Verbrechen des NS-Regimes konfrontiert. Vor allem der beliebte und vielfach genutzte Suchdienst Google listet regelmäßig Websites wie die „revisio-

nistische“ VHO oder die deutschsprachigen Webseiten des amerikanischen Neonazis Gary Lauck und seiner NSDAP-AO an zentraler Stelle auf derartige Suchanfragen.

Neonazis suchen zudem gezielt jugendaffine Dienste wie Kommunikationsplattformen oder Diskussionsforen auf, um dort, wo sich vornehmlich junge Internet-User tummeln, rassistisches Gedankengut zu verbreiten und für lokale Gruppen und Aktionen zu werben. Gerade für die organisierte rechtsextreme Szene ist das Internet ein ideales Rekrutierungs- und Mobilisierungsfeld.

b. Entfaltung von Gegenaktivitäten

Ein wichtiges Ziel der Projektarbeit ist es, Rechtsextremen die Propaganda-Plattform im Internet zu entziehen und hierfür geeignete Wege zu etablieren. Bisher wurde in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hauptsächlich auf die Strafverfolgung von unzulässigen Angeboten gesetzt. Dies funktionierte, so lange die Verbreitung rassistischer Medieninhalte allein durch nationale Gesetze reguliert werden konnte. Die Internationalität und Dynamik des Internets erfordern jedoch sich ergänzende Ansätze auf mehreren Ebenen. Daher spielt in diesem Bereich, neben dem Vorgehen gegen die Anbieter strafrechtlich relevanter Inhalte in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, insbesondere die Kontaktaufnahme zu in- und ausländischen Providern eine wichtige Rolle. Viele ausländische Host-Provider dulden keine Hate-Speech auf ihren Servern und sind nach einem Hinweis durchaus bereit, betreffende Seiten zu sperren. Im bisherigen Verlauf des Projektes ist es in mehreren hundert Fällen gelungen, strafbare rechtsextreme Web-Inhalte aus dem Netz entfernen zu lassen.

Viele Seitenbetreiber halten mittlerweile ihr Angebot, liegt es auf einem deutschen Server, zur Vermeidung rechtlicher Konsequenzen in Wort und Symbolik bewusst unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. Rechtsextreme haben zudem eigene Strukturen entwickelt, um sich behördlichem Druck oder einer Sperrung ihrer Angebote durch Provider zu entziehen. Man weicht auf so genannte Szene-Hoster aus den eigenen Reihen aus oder schafft sich eigene Plattformen zu Kommunikationszwecken und zur Diskussion. Anbieter wie *Odinsrage* aus den USA sowie das Registrierungsangebot von Gary Lauck haben sich etabliert und werden von vielen Gleichgesinnten zur Verbreitung rassistischer Hetze genutzt. Hier gilt es zukünftig in enger Kooperation mit antirassistischen Organisationen aus dem Ausland Möglichkeiten zu entwickeln, wie

man gemeinsam gegen solche Angebote vorgehen kann.

c. Internationale Kooperation

Das Internet ist ein Medium mit grenzüberschreitender Zugänglichkeit. Je mehr die damit verbundenen Möglichkeiten dazu missbraucht werden, unzulässige und jugendgefährdende rechtsextreme Inhalte anonym aus dem Ausland ins Netz einzuspeisen, desto wichtiger werden Kooperationen mit relevanten Akteuren im internationalen Kontext. Auf europäischer Ebene existieren zwar Bestrebungen, die Gesetzeslage anzugleichen, allerdings gibt es bislang keine effektive Bündelung der Aktivitäten von antirassistischen Organisationen und kaum Ansätze für eine praktische Durchsetzung kodifizierter Vereinbarungen.



Die Diskussion grenzüberschreitender Lösungsansätze ist seit Beginn wichtiger Bestandteil der Projektarbeit. Durch einen regelmäßigen Austausch und eine punktuelle Kooperation in exemplarischen Einzelfällen mit ausländischen Initiativen haben sich tragfähige Arbeitsbeziehungen entwickelt, die sich zukünftig intensiv nutzen lassen. Um eine strukturelle Festigung dieser Kontakte zu Partnerorganisationen zu erreichen und einen beständigen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten, wurde im Jahr 2002 das International Network Against Cyber Hate (INACH – www.inach.net) mitgegründet. Diesem Netzwerk sind bereits Organisationen aus vier europäischen Staaten sowie den USA angeschlossen, weitere Mitglieder sollen in den kommenden Monaten hinzugewonnen werden. Mit INACH besteht die Möglichkeit, Know-How effektiv zu bündeln und in Fällen rechtsextremer Internet-Propaganda mit transnationaler Bedeutung konzertierte Gegenaktivitäten zu entfalten.

d. Medienpädagogische Workshops

Zentraler Schwerpunkt der Projektarbeit ist die Durchführung medienpädagogischer Workshops

mit Jugendlichen und Erwachsenen. Die Mitarbeiter des Projektes entwickelten didaktisch-methodische Konzepte zu verschiedenen Aspekten der Thematik, die in der Praxis erprobt, ausgewertet und beständig weiter entwickelt wurden und werden.

Das Internet als modernes und den meisten Jugendlichen bekanntes Medium ist dabei Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung. Ziel ist es, mit jungen Menschen in einen kritischen Dialog über rassistische und „revisionistische“ Thesen und Argumentationsmuster oder auch eigene Vorurteile einzutreten. Erfahrungen aus Seminaren machen immer wieder deutlich, dass Jugendliche nur selten gegen rassistische und neonazistische Beeinflussungsversuche gewappnet sind. Gerade der vermeintlich wissenschaftliche Charakter macht die Problematik beispielsweise „revisionistischer“ Thesen aus und birgt die Gefahr, dass ungeübte Leser Geschichtsfälschern auf den Leim gehen. In verschiedenen Arbeitsformen werden Wirkungsweisen gemeinsam analysiert und die Reflexion auch eigener alltagsrassistischer Einstellungen initiiert.

Die Resonanz auf diese Workshops war bisher durchweg positiv. Insbesondere der handlungsorientierte Ansatz, d.h. die kreative Entwicklung und das Ausprobieren konkreter Schritte im Web, machten Spaß und wirkten sich motivierend auf die jugendlichen Teilnehmenden aus. Sicherlich nicht zuletzt dadurch, dass dabei immer ganz konkret die Frage im Mittelpunkt steht, wie sich der Einzelne gegen rechtsextreme Propaganda zur Wehr setzen kann.

Daneben umfasst die konkrete medienpädagogische Arbeit Fortbildungen für Pädagogen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Es geht vor allem darum, über das Phänomen Rechtsextremismus im Internet zu informieren und in Seminaren Perspektiven des pädagogischen Umgangs mit rassistischen, neonazistischen oder diskriminierenden Inhalten zu entwickeln und darüber hinaus Wege aufzuzeigen, wie man mit Jugendlichen in eine Auseinandersetzung über derartige Thesen und Argumentationsmuster eintreten kann.

Der Bedarf an Informationsmaterialien und Handreichungen für die pädagogische Praxis ist sehr groß. Bereits im Jahr 2001 war daher im Rahmen der Projektarbeit und in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine sehr ausführliche CD-ROM für Lehrer und Pädagogen zum Thema erstellt worden. Diese wurde 2003

völlig überarbeitet und enthält in der aktuellen Version Rechercheergebnisse aus den Jahren 2002/2003 sowie didaktisch-methodische Modelle zur Beschäftigung mit Rassismus im Web (Bestelladresse im Internet:

<http://www.bpb.de/files/BKIJ05.pdf>). Im Jahr 2004 soll zudem eine Online-Version entstehen, auf der ausgewählte inhaltliche Erkenntnisse und pädagogische Modelle einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Fazit

Insgesamt zeigen die bisherigen Ergebnisse der Projektarbeit, dass es sich bei rechtsextremen Aktivitäten im Internet nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Trotz vieler Erfolge bei der Sperrung von unzulässigen Angeboten ist klar, dass langfristig angelegte und abgestimmte Maßnahmen auf allen relevanten Ebenen zur nachhaltigen Bekämpfung rechtsextremer Web-Propaganda unerlässlich sind. Gegenstrategien greifen nur dann, wenn Aktivitäten dauerhaft angelegt und die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet sind.

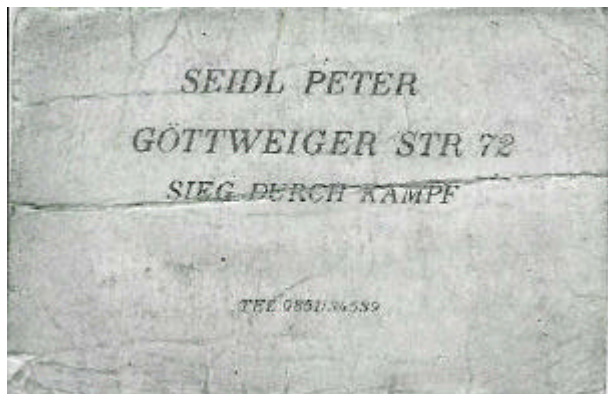
Gleichzeitig unterstreichen die Erfahrungen, dass Gegenmaßnahmen durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Phänomen Rechtsextremismus im Internet sowie durch die Förderung von Medienkompetenz über Veranstaltungen und Handreichungen flankiert werden müssen. Hier existiert ein großer Bedarf an Weiterbildung und Information.

In Anbetracht der andauernden Präsenz rechtsextremer Inhalte im Internet werden die medienpädagogische Arbeit mit Jugendlichen sowie Fortbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen zu dieser Thematik immer wichtiger. Und Veranstaltungen mit Jugendlichen und Pädagogen zeigen, wie fruchtbar eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Internet-Angeboten und den dort vermittelten Inhalten sein kann und dass Jugendliche durchaus bereit sind, offensiv Stellung gegen Nazis und für Humanität und Menschenrechte zu beziehen.

7. Projekt „Schule gegen Rassismus“ an der Berufsschule 2 in Passau

Bernhard Krohn

Rassismus, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit sind aktuelle gesellschaftliche Themen. Rassismus gibt es leider auch an der Berufsschule 2 in Passau, wie die Visitenkarte eines Schülers deutlich zeigt.



Gerade für eine Berufsschule ist es wichtig zu betonen, dass die Arbeitgeberverbände großen Wert auf ein gutes Miteinander von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern legen. Ein Beispiel für antirassistische Arbeit in der Wirtschaft ist der folgende Aufruf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fordwerke AG:

„... Wir arbeiten hier in Deutschland zusammen mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus über fünfzig verschiedenen Nationen. Wir sind stolz, in einem Weltunternehmen tätig zu sein, das seine Mitarbeiter nach ihren Fähigkeiten und ihrem Beitrag zum Erfolg des Unternehmens beurteilt und nicht nach Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubenszugehörigkeit oder sexuellen Neigungen. Wir dulden keinen Hass, keine Hetze und keine Gewalt gegen unsere ausländischen Mitbürger, Mitbürger gleich welcher Überzeugung oder Hautfarbe ... Wir treten dafür ein!“



„Schule ohne Rassismus“ ist eine Aktion, die ursprünglich in Belgien entstanden ist und dort und in den Niederlanden bereits sehr erfolgreich und öffentlichkeitswirksam läuft. Inzwischen hat sich das Projekt zu einer europäischen Jugendkampagne unter dem Motto „all different - all equal“ ent-

wickelt und ist auch in England, Frankreich und Deutschland bekannt. In Deutschland wird die Kampagne „Schule ohne Rassismus“ von der Aktion Courage koordiniert:

Aktion Courage, Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Telefon: 030-214586-0, Fax: 030-214586-20, E-Mail: schule@aktioncourage.org, Internet: <http://www.aktioncourage.org>



Voraussetzung für eine „Schule ohne Rassismus“ ist die Einhaltung folgender Regeln:

- Wir Schüler/innen, Lehrer/innen und Mitarbeiter/innen dieser Schule sagen NEIN zu Rassismus.
- Wir verpflichten uns, alle Formen und Äußerungen rassistischer und diskriminierender Art zu vermeiden und zu verhindern.
- Unsere Schule widersetzt sich rassistischen Organisationen und deren Propaganda.
- Unsere Schule veranstaltet jährlich wiederkehrend besondere Projektstage zur Überwindung von Gewalt und Rassismus.
- Unsere Schule wird, entsprechend ihrem pädagogischen Auftrag, Initiativen gegen Rassismus und zur Verständigung aller Menschen und Kulturen ergreifen.

Diese Regeln werden ergänzt durch eine mit Name, Adresse und Unterschrift versehenen „Selbstverpflichtung“:

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich da-

gegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, einander künftig zu achten. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.“

Die Aktion „Schule ohne Rassismus“ will öffentlichkeitswirksam sein. Regelmäßige Presseberichterstattung über einzelne Projekte sind deshalb ein integraler Bestandteil der Kampagne. Ein Beispiel hierfür ist der Artikel in der Passauer Neue Presse vom 23.11.2000, in dem über den Beginn der Aktion berichtet wurde.

Teilnahme an europäischem Jugendprojekt angestrebt

Schule ohne Rassismus: Dieses Prädikat will die Berufsschule II erwerben

Die Aktion begann mit einer Unterschriftensammlung an der Schule, an der alle SchülerInnen teilnahmen. Im Rahmen dieses Abstimmungsprozesses konnten die SchülerInnen zu dem Statement

„Ich kenne die Regeln für eine „Schule ohne Rassismus“ und möchte, dass unsere Schule diesen Titel erwirbt.“

positiv oder ablehnend Stellung beziehen. Das Abstimmungsergebnis war deutlich: Von den an der Abstimmung teilnehmenden 1864 SchülerInnen stimmten 1611 für die Regeln. Das heißt: 86 Prozent Zustimmung standen nur 14 Prozent ablehnende Stimmen gegenüber. Im Rahmen der Abschlussfeier am 19. Juli 2001 wurde der Schule schließlich das Zertifikat „Schule ohne Rassismus“ verliehen.

„Schule ohne Rassismus“ ist eine Jugendinitiative. Deshalb wurden engagierte Schüler gesucht. Alle interessierten Schüler wurden aufgerufen, aktiv am Projekt „Schule ohne Rassismus“ mitzuarbeiten. Das Schüलगremium trifft sich in regelmäßigen Abständen. Gesucht werden engagierte Leute, denen es Ernst ist mit dem Widerstand gegen Rassismus und Rechtsradikalismus, die sinnvolle Aktionen durchführen wollen und bereit sind, im Team zu arbeiten.

Im Rahmen der Kampagne wurden verschiedene Projekte realisiert, so z.B. eine Ausstellung zum Thema Rechtsradikalismus, die von Schülern des Ethik- und Religionsunterrichts zusammengestellt

wurde. Ein Schwerpunkt der Ausstellung war das Thema Ausländer und Arbeitsplätze. Andere Inhalte der Ausstellung waren z.B. rechtsradikales Gedankengut, Ursachen des Rechtsextremismus, Nationalsozialismus etc. Sehr beeindruckend waren auch einige Skulpturen, die Nazis und ihre Opfer



darstellen.

Diese Figuren wurden von Schülern des evangelischen Religionsunterrichts gestaltet.

Im Rahmen des Projekts „Heißer Briefkasten gegen Gewalt“ rief die Klasse EK 10b zum Kampf gegen die Gewalt auf. Aufgerüttelt durch Meldungen über Mobbing oder körperliche Misshandlungen startete sie ihre Initiative „Hot-X-Box“. In diesen heißen Briefkästen sollen Zettel geworfen werden, wenn Gewalt bemerkt wird. So können Schülermitverwaltung und Schule sofort reagieren. Mit Plakaten machten die beteiligten SchülerInnen auf ihren Einsatz aufmerksam.

Im Oktober 2001 schloss sich die Schule dem Protest gegen die alljährlich wiederkehrende DVU-Veranstaltung in Passau an. Auch einige Lehrer haben sich aktiv am Protest gegen die DVU beteiligt und nahmen am „Lauf gegen Rechts“ teil.

Nicht nur Demos, Ausstellungen und Flugblätter waren Mittel des Protests gegen Rechts, sondern auch ein von Schülern der BS II veranstaltetes Konzert „Music against racism“. Unter dem Motto „Passau ist bunt“ rockten vier Bands im Passauer Zeughaus in einem Konzert gegen Fremdenfeind-



lichkeit. Ca. 300 Jugendliche kamen zu dieser Veranstaltung.

Plakatwand in der Pausenhalle: Gesicht zeigen gegen Rassismus

Im Dezember 2002 machte die BS 2 das Kino zum Lernort: KINO GEGEN GEWALT ist ein Projekt des Bundeszentrale für politische Bildung und des Instituts für Kino und Filmkultur, das mit der Unterstützung der Filmverleiher und in Kooperation mit der AG KINO durchgeführt wird. Das Projekt ist Teil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Eine Projektarbeit der KK11b im Schuljahr 2002-03 war eine „International Disconight“ mit Songs aus allen Nationen, mit der die Klasse in einer modernen Form gegen den Rassismus und für die Toleranz demonstrieren wollte. Ziel war es, alle Kulturen (wenn auch nur an diesem Tag) zu einem Ganzen zu vereinen. Dazu wurden fünf Theken nach den fünf Kontinenten dekoriert. Jeder „Kontinent“ hatte andere Getränke. Dazu gab es Musik aus der ganzen Welt, die Tanzfläche im Mittelpunkt vereinte die fünf Kontinente zu einem Ganzen.

Im November 2003 befasste sich ein Vortrag von Christina Haverkamp unter dem Motto „Menschenrechte bedrohter Völker“ mit den Yanomami-Indianer im brasilianischen Regenwald. Die Yanomami sind eines der letzten noch ursprünglich lebenden Naturvölker dieser Erde. Seit zehn Jahren werden sie bedroht von Goldsuchern, Großgrundbesitzern, Minenkonzernen und der Holzindustrie. Der Vortrag zeigte auf, dass die Vertreibung der Yanomami Indianer auch eine Form des Rassismus ist. Der Schülersprecher überreichte ihr 1.700,-€ für ihre Arbeit unter den Yanomami Indianern.

Im Schuljahr 2003/04 ist für alle Klassen als Lektüre im Deutschunterricht das Buch „Papa, was ist ein Fremder? – Gespräche mit meiner Tochter“ von Tahar ben Jelloun vorgesehen.

Die Projektverantwortlichen sehen in der Kampagne „Schule ohne Rassismus“ viele positive Aspekte für eine erfolgreiche Antirassismuserarbeit:

- gewisser Verpflichtungscharakter (Regeln)
- Nachhaltigkeit (jedes Jahr neue Projekte)
- Schülerinitiative wird gefördert
- internationale Kampagne (Wiedererkennungseffekt)

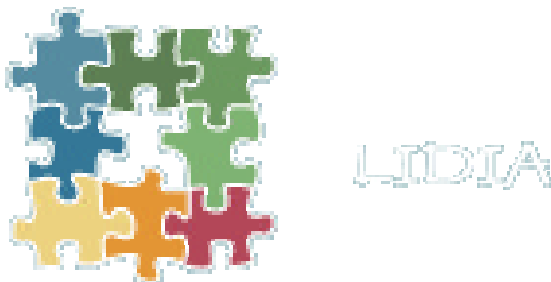
8. Trainings gegen Rechts - LIDIA

Jakob Ruster/Silke Schuster

Nach einer kurzen Darstellung des Projektes stellen wir ein Praxisbeispiel eines Seminars für Auszubildende der Landeshauptstadt München vor und erläutern anhand dieses Beispiels fördernde Faktoren für eine positive Wirkung solcher Seminare.

a. Das Projekt LIDIA Bayern

LIDIA ist ein XENOS-Modellprojekt, das interkulturelles Lernen und antirassistische Bildung in Ausbildung und Beruf fördert. LIDIA ist ein Netzwerk mit mehreren Trägern und Teilprojekten in München und Ingolstadt. Neben dem XENOS – Programm wird LIDIA u.a. durch die Landeshauptstadt München gefördert. Die Projektlaufzeit ist von März 2002 bis Dezember 2004.



Die Arbeit von LIDIA Bayern ist eine breit angelegte gesellschaftliche Präventionsarbeit gegen Grundhaltungen von Ideologien der Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus. Die Zielgruppen sind alle Beteiligten im Umfeld von beruflicher Ausbildung und Betrieben.

b. Die Angebote von LIDIA Bayern

Präventive Jugendbildung

- Projekttag mit Berufsschulen und Betrieben zu den Themen Kultur und Vorurteile, Ausgrenzung, Zivilcourage, Kommunikation und demokratische Entscheidungsfindung sowie Gewaltprävention.
- Seminarreihe „Was heißt hier fremdenfeindlich? Seminar zur interkulturellen Kompetenz“ für Auszubildende der Landeshauptstadt München (siehe untenstehenden Praxisbericht)
- Interkulturelle Seminare und Projektarbeit der LIDIA – Projektpartner

MultiplikatorInnenbildung

- Ausbildung „interkulturelle und antirassistische TrainerIn“ für Fachkräfte aus Sozialer Arbeit, beruflicher Ausbildung und Betrieb (25 Tage berufsbegleitend, Februar 03 – Juni 04)

- Seminare für MultiplikatorInnen, z.B. das Seminar „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ und Fortbildungen wie z.B. „Interkulturelle Kompetenz für LehrerInnen und AusbilderInnen“

Materialien

- Lernpakete zum interkulturellen Lernen für den regulären Schulunterricht mit den Themen Behinderung, Obdachlosigkeit, Homosexualität (Pädagogisches Institut der Stadt München)
- Interkultureller Kalender, Postkarten und Plakate, Bücherempfehlungen und Bibliothek

Öffentlichkeitsarbeit

- Information über Website und den LIDIA-Newsletter

c. Seminarreihe „Was heißt hier fremdenfeindlich? Seminar zur interkulturellen Kompetenz für Auszubildende der Stadt München“

Vom Anfang bis zur Realisierung

LIDIA führt seit Oktober 2003 in Kooperation mit dem Personal- und Organisationsreferat der Landeshauptstadt München und INKOMM (AWO) dreitägige Seminare mit Auszubildenden der Stadt durch.

Der Hintergrund: Die Grundlage dieser Zusammenarbeit stellt ein Stadtratsbeschluss dar, für alle Auszubildenden der Stadt München im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung Seminare gegen Fremdenfeindlichkeit durchzuführen. Die Landeshauptstadt München versteht sich als modernes und kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen und möchte allen Bedürfnissen der EinwohnerInnen der Stadt München gerecht werden. In diesem Rahmen führt die Stadt dieses Seminar durch.

Der Vorlauf: Zunächst legten wir die für uns handlungsleitenden Ziele fest und diskutierten unsere Vorannahmen. Wir gehen davon aus, dass Diskriminierung und Rassismus nicht immer erkannt werden. Hierfür existiert kein ausgeprägtes Bewusstsein. Deswegen möchten wir zunächst ein Bewusstsein schaffen in dem Sinne, dass es Personen gibt, die sich diskriminiert fühlen und es andere Personen gibt, die das nicht erkennen wollen. Hinzu kommt, dass Handlungsperspektiven zur In-

tervention gegen Rassismus und Diskriminierung sowohl im Alltag als auch am Arbeitsplatz fehlen. Wir möchten Bewusstsein schaffen und Handlungsperspektiven eröffnen.

Die Konzeptentwicklung: In der ersten Phase der Konzeptentwicklung diskutierten wir unsere Hypothesen und das bis dahin angefertigte Grobkonzept mit „Feld-ExpertInnen“. Eine engere Bedarfsanalyse mit den späteren AdressatInnen des Seminars sowie den näheren ExpertInnen aus dem Feld war für uns ein wesentlicher Bestandteil der Seminarentwicklung. Wir führten Gespräche mit Auszubildenden, AusbilderInnen und Personen aus dem Bereich der sonstigen Interessensvertretungen wie z.B. Jugendausbildungsvertretung, Gleichstellungsstelle, Personalrat, Flüchtlingsrat etc..

Nach dieser ersten Rückmeldung, überarbeiteten wir unser Grobkonzept und legten folgende drei Kernthemenbereich fest:

- Vorurteile, Gruppe und Identität
- Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- Wie kann ich Diskriminierung begegnen?

Didaktische Grundlagen

Im Tagungsworkshop stellten wir unsere Arbeitsweise mit der Übung „Wir hier – die da“³ exemplarisch vor. Die TeilnehmerInnen ordnen sich willkürlichen Gruppen zu (z.B. RaucherInnen und Nicht-RaucherInnen). Danach erhalten die jeweiligen Gruppen den Arbeitsauftrag innerhalb einer gewissen Zeit drei Eigenschaften für die eigene Gruppe zu finden und drei Eigenschaften die typisch für die Anderen sind: Mit dieser Übung werden Hintergründe von Vorurteilsbildung sowie Gruppendynamiken spielerisch entdeckt.

Generell ist es für uns wichtig, mit „neuen“ Gruppen zu arbeiten, d.h. nicht mit bestehenden Kurs- oder Klassenverbänden, da bestehende Gruppendynamiken die Arbeit erheblich erschweren können. Daneben weisen wir unsere Auftraggeber darauf hin, dass wir mit nach Herkunft, Geschlecht, Bildungsabschluss und Ausbildungsberuf heterogen zusammengestellte Gruppen arbeiten möchten. Das ermöglicht uns im Prozess die unterschiedlichen Perspektiven und lebensweltlichen Erfahrung der TeilnehmerInnen zum Thema zu machen. Dadurch unterrichten oder belehren wir weniger, als dass wir die TeilnehmerInnen ernst nehmen und sie mit ihren individuellen Erfahrungen zum Mittelpunkt

unsere Seminare machen. Zusätzlich zeigen wir uns als TrainerInnen mit unseren eigenen Vorurteilen, Ängsten und Gefühlen. Dieses hohe Maß an Selbstoffenbarung lässt uns Moralisierungen vermeiden und baut gegenseitiges Vertrauen auf. Letztlich bedienen wir uns in der Leitung unsere Seminare der Moderationsmethode des israelischen Demokratieerziehungsprogramms „betzavta – miteinander“⁴ mit dem Ziel Verantwortungsbewusstsein für das eigene Handeln oder auch Nicht-Handeln zu stärken.

Das Programm

■ Inhalte

1. Tag

- Warum haben wir alle Vorurteile und wann werden sie gefährlich?
- Reflexion eigener Vorurteile
- Gruppe und Gruppenzugehörigkeiten
- Verleugnete und verweigerte Identitäten
- Kanäle der Vermittlung (Sprache, Medien, Witze u.a.)

2. Tag

- Was ist Diskriminierung?
- Gruppenprozesse und Vorurteilsbildung
- Verhältnis von Minderheit und Mehrheit
- Was bestimmt, ob ich InländerIn oder AusländerIn bin?
- Begriffsklärung: Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus?
- Übertragung auf reale gesellschaftliche Verhältnisse

3. Tag

- Reflexion eigener Diskriminierungserfahrungen
- Diskriminierung erkennen, Handlungskompetenz erweitern
- Instrument und Wissen sowohl für den Alltag als auch im Betrieb kennen lernen
- Erprobung von Handlungsstrategien

■ Ablauf und Methodik

An jedem Tag beginnen wir mit einem Einstieg in die Situation und in das Thema. Daran schließen die Vermittlung von Hintergründen und eine Analyse der Situation an. Dies geschieht mit unterschiedlichen Methoden. Im nächsten Schritt geben wir theoretische Inputs in die Gruppe und diskutieren diese gemeinsam. Am Ende steht der Transfer in

³ Vgl. Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Frankfurt a. M. 2003, S. 139.

⁴ Ein Bildungsprogramm zur Demokratieerziehung, das 1995 vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung für die deutsche Bildungslandschaft adaptiert wurde.

den Alltag oder die eigene berufliche Praxis. Schließlich werten die TeilnehmerInnen die drei Tage anhand eines Fragebogens mit geschlossenen und offenen Fragen aus.

Methodisch arbeiten wir vor allem mit Übungen aus den Trainingsprogrammen „betzavta-Miteinander“, „Eine Welt der Vielfalt“ oder „Achtung (+) Toleranz“⁵. Zusätzlich integrieren wir Übungen aus der Theaterpädagogik wie z.B. Elemente aus Augusto Boals „Theater der Unterdrückten“. Das Programm rundet klassische Methoden aus der politischen Bildungsarbeit wie z.B. Kleingruppenarbeit und Textanalysen ab.

d. Hinweise zur nachhaltigen Wirkung antirassistischer Bildungsmaßnahmen

Der Umfang eines dreitägigen Seminars ermöglicht es, im Gruppenprozess und persönlichen Lernprozess die Themen Diskriminierung und Rassismus teilnehmer- und erfahrungsorientiert zu behandeln. Dennoch bewirkt ein einmaliger Impuls sicher nur wenig nachhaltige Veränderungen. Deshalb fällt der Blick neben der direkten Wirkung der Seminare auf die TeilnehmerInnen vor allem auf das Umfeld der Organisation. Dazu einige Thesen:

- Je klarer ein solches Seminar von Beginn an kommuniziert und als Regelmaßnahme eingeführt wird, desto höher ist die Akzeptanz. Sondermaßnahmen für bestimmte „problematische“ Gruppen erhöhen die Widerstände.
- Im angeführten Beispiel ist die Strategie der Stadt München zur Integration dieser Arbeit in die Ausbildung, die Einbindung im Vorfeld und Befragung der Betroffenen und FeldexpertInnen sehr positiv zu bewerten.
- Im Idealfall sind antirassistische Bausteine ein selbstverständlicher Teil der Ausbildung und gut in die Organisationsstruktur und -kultur eingebunden. Dazu würden verbindliche Leitbildausagen, Antidiskriminierungsstrategien und die Beteiligung von Ausbildern und Führungskräften an entsprechenden Schulungen gehören.

⁵ Das US-amerikanische interkulturelle Trainingsprogramm „A World of Difference“ (Eine Welt der Vielfalt) wurde ebenfalls vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung für die deutsche Bildungslandschaft adaptiert. Achtung (+) Toleranz wurde eigenständig vom CAP entwickelt.

9. „Rap für Courage“ Erich Schriever/Gandhi Chahine

a. Zum Hintergrund:

Wer wir sind und was wir tun!

„Rap für Courage“ wurde Anfang 1995 als überregionales Jugendkulturprojekt für couragiertes und kreatives Handeln in Bezug auf das Thema „Gewalt und Rassismus“ gegründet. Initiatoren waren: die „Sons of Gastarbeit“ – eine multinationale professionelle Rap- und Hip-Hop-Formation aus Witten/ Bochum und das Referat Kulturarbeit im Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen mit der angeschlossenen Spiel- und Theaterwerkstatt Villigst.

Unter dem Motto „*alle anders - alle gleich*“ startete im Sommer 1995 eine bundesweite Kampagne, an der sich insgesamt 1.500 Jugendliche aus NRW, Norddeutschland, Berlin und Ostdeutschland mit Songs, Texten, Theater-, Tanz- und Filmproduktionen beteiligten. 40 Gruppen mit 380 Beteiligten wurden ausgewählt und nahmen an mehreren bundesweiten „Rap für Courage-Festivals“, unter anderem auch bei der Expo 2000 in Hannover teil.

Grundsätzliche Ziele von „Rap für Courage“ sind seit 1995 bis heute

- angesichts verbreiteter Gewalt- und Rassismustendenzen durch kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten Sprachlosigkeit und Ohnmacht überwinden
- Mut zum kreativen Widerstand wecken
- Courage zum Selbermachen fördern
- Zivilcourage entwickeln, um sich gegen Ungerechtigkeiten öffentlich zu äußern
- Position beziehen - von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung
- die kulturelle Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten von Jugendlichen sichtbar und öffentlich zu machen

Ab Herbst 1996 wurde dann die Aktion durch das neue Basisprojekt „**Rap für Courage at work**“ erweitert und seitdem über 70 Mal mit unterschiedlichsten Zielgruppen aus Schule und Jugendarbeit realisiert. Ca. 1.400 Jugendliche im Alter von 12 bis 24 Jahren haben bislang mit „Rap für Courage at work“ ihre aktuellen Lebensthemen, ihre Gedanken und Aussagen zum Thema „Gewalt und Rassismus“ in Form eines selbst produzierten Songs sowie eines eigenen Musikvideos umgesetzt und öffentlich präsentiert. In einem sehr intensiven Prozess von vier Tagen sind die Jugendlichen mit

entsprechender Hilfestellung als Texter/innen, Sänger/innen, Performer/innen, Autor/innen und Darsteller/innen ihres Musikvideos aktiv beteiligt.

Konkrete Ziele des Arbeitsprozesses von „Rap für Courage at work“ sind, dass die beteiligten Mädchen und Jungen:

- positive Energien entwickeln,
- Wut und Enttäuschungen 'rauslassen' können,
- die eigene Meinung öffentlich machen,
- erstmalig den Weg vom Konsumenten zum Produzenten beschreiten,
- ihr Selbstbewusstsein stärken - eine adäquate Form des Selbstwertgefühls entwickeln und kulturelle Selbstbehauptung entdecken.

In unserem Projektalltag vor Ort in Schulen und Jugendeinrichtungen sind wir sehr nah an der Lebenssituation der Jugendlichen. Um ihre Ängste, Erwartungen und Hoffnungen in einem Song und Film umsetzen zu können, müssen wir uns sehr intensiv mit ihnen auseinander setzen. Dabei haben wir festgestellt, dass bei sehr vielen von ihnen das Selbstwertgefühl auf dem Nullpunkt ist. Dies ist unserer Ansicht nach einer der zentralen Gründe, warum große Teile von ihnen aus Zukunftsunsicherheit und Perspektivproblemen heraus autoritäre gesellschaftliche Vorstellungen und wachsende Vorbehalte gegenüber Ausländern für richtig befinden. Diese Position wurde auch durch die Ergebnisse der Jugendstudie „Rechtsextremismus und Gewalt“ in NRW von März 2001 im Auftrag der Jugendministerin Birgit Fischer bestätigt. Sie zeigen, dass gerade im präventiven Bereich der Auseinandersetzung mit Gewalt und Rassismus noch große Herausforderungen zu bewältigen sind und dass eine schleichende Tendenz zur indirekten Befürwortung und Beachtung rechtsradikalen und rassistischen Gedankenguts Platz greift, die wir zunehmend als „rechten Mainstream“ unter vielen Jugendlichen feststellen.

b. RAP FÜR COURAGE – XXL

- ist: ein multimediales Jugendbildungsprojekt als Kooperationsmodell zwischen Schule und Jugendarbeit.
- ermöglicht: eine produktive Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt und Rassismus und erweitert damit die Basis von Toleranz und demokratischem Verständnis.

- öffnet: einen praktischen und theoretischen Erfahrungsraum zur Auseinandersetzung und Selbstaneignung von Medienkompetenzen im Umgang mit Musik- und Filmproduktion (Rap, Hip-Hop, Audio-Technik, Musikclips, Videotechnik).
- fördert: Respekt und Akzeptanz "Anderen" gegenüber sowie die kreative, schöpferische Begegnung und Zusammenarbeit von Jugendlichen aus verschiedenen Kulturen.
- zielt auf die Erkenntnis, was das Thema Gewalt und Rassismus mit dem eigenen Leben zu tun hat, die Bereitschaft, Position zu beziehen und die eigene Meinung öffentlich zu machen.
- bringt: neue Lern- und Erfahrungsimpulse in den Schulalltag und ermöglicht fachübergreifende Lernprozesse in einer positiven Lernatmosphäre.
- organisiert: einen gemeinsamen Lernprozess von Schüler/innen und Lehrer/innen, der erfahrbar macht, wie Lernen und Bildung zukünftig sein könnten.
- schafft: durch die Realisierung von Eigenproduktionen (Songs und Videofilme/Clips) mit professioneller Hilfestellung die Stärkung von Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein bei den Beteiligten.
- entwickelt: Nachhaltigkeit durch den Aufbau eines schuleigenen AG-Projekts.
- dauert: 14 Tage, davon 7 Tage Vor- und Nacharbeit und 7 Tage Vollzeitarbeit (8.30 - 15.30 Uhr).
- wird realisiert: auf Anfrage in Kooperation mit interessierten Haupt- und Gesamtschulen.
- durch: das Rap für Courage-Team, bestehend aus 2 bis 3 Bandmitgliedern der professionellen Rap- und Hip-Hop-Formation „Sons of Gastarbeit“ sowie 2 bis 3 Mitarbeiter/innen des Medienteams der Spiel- und Theaterwerkstatt Villigst (STW-Villigst) des Amtes für Jugendarbeit der EKvW.
- für max.: 18 Schüler/innen (8./9. Klasse) und 2 bis 4 Lehrer/innen.

Ziele von "Rap für Courage - XXL"

Positive Energien entwickeln, Wut und Enttäuschung rauslassen, die eigene Meinung öffentlich machen, den Weg vom Konsumenten zum Produzenten gehen, Selbstbewusstsein stärken - eine adäquate Form des Selbstwertgefühls entwickeln und kulturelle Selbstbehauptung entdecken, das ist die Basis von „Rap für Courage“. Mit dem Intensivprojekt XXL geht es darüber hinaus um:

- die Chancen zur Förderung kreativer Ausdrucks- und Gestaltungsformen in Bezug auf das Thema Gewalt und Rassismus: Textarbeit,

- Musik- und Filmproduktion auf der Basis gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigen Respekts
- die Förderung und Erweiterung von Medienkompetenzen in Bezug auf Aufnahme- und Bearbeitungstechnik im Musik- und Filmbereich (Ton- und Videotechnik)
- die Entwicklung und den Aufbau eines neuen Partizipationsmodells (Schüler / Lehrer / peer education)
- die Entwicklung eines eigenen Projektangebots im Nachmittagsbereich (z.B. Ganztagschule) auf der Basis der Projekterfahrung (Wachhalten der Thematik im Alltag)

Bislang war es weitgehend dem Zufall und dem besonderen Engagement von Lehrern oder Jugendmitarbeitern vor Ort überlassen, ob die positive Schubkraft des Projektes ausreichte, die Energie der Jugendlichen weiter in Gang zu halten. Im Rahmen von „Rap für Courage – XXL“ wollen wir in der Startphase - im Vorfeld - mit den pädagogischen Fachkräften vor Ort innerhalb der Schule oder Bildungseinrichtung - bereits die Phase „danach“ in den Blick nehmen, um Voraussetzungen zu prüfen und zu schaffen, wie die Dynamik, die das Projekt erfahrungsgemäß hervorruft, sich z.B. in einem längerfristigen Nachmittagsangebot an der jeweiligen Schule entwickeln kann.

Projektstruktur

Modul I: Vorbereitung (3 Tage)

- Projektvorstellung (Schulleitung)
- Projektstrukturierung - Grundlagen der Kooperation - Lehrer/innen - Projektteam
- Gemeinsame Überlegungen zur Phase nach dem Projekt: Wie geht's weiter? / Zielvereinbarungen
- Projektvorstellung für die Schüler/innen

Modul II: Vermittlung technischer und inhaltlicher Grundlagen (Audio- und Videobereich) (3 Tage)

Thematische Auseinandersetzung mit den Themen Gewalt und Rassismus - Erfahrungs- und Erfahrungsaustausch - produktive Umsetzung der Erfahrungen in Textideen - diese entwickeln - ausprobieren - diskutieren - Material im Text- und Filmbereich erarbeiten, sammeln und sichten.

- Musik- und Textarbeit – Musikbereich
 - Themen- und Gruppenfindung
 - Vermittlung von Grundwissen zur Texterstellung
 - Arbeit an den Texten (Inhalte / Refrain usw.)
 - Erfassen und Umsetzung der Texte in der Gruppe - Sprach- und Gesangsproben
- Kamera- und Aufnahmetechnik - Filmbereich

- Vermittlung von wichtigen Aspekten der Filmsprache
- Einführung in die Grundlagen der Kamertechnik und -führung
- Ideenentwicklung zur Umsetzung der Textideen in die Bildersprache
- Aufsuchen der Drehorte - Inszenierung und Aufnahmen der Einzelszenen, Materialsichtung

Modul III: Vertiefung / Produktion in Eigenregie mit professioneller Hilfestellung (4 Tage)

Texte und Filmideen verändern, erweitern, ergänzen, in eine vorläufige Endfassung bringen und proben - technische Grundlagen der Audio- und Filmproduktion am praktischen Beispiel erfahren und erlernen - öffentliche Präsentation der Ergebnisse - Positionierung der Beteiligten zum Thema "Gewalt und Rassismus" - Aufruf zur Fortführung als eigenes Angebot in Form einer Courage-Medien-AG in der eigenen Schule.

- **Musikbereich**
 - Vermittlung von technischen Grundlagen der Aufnahmetechnik (analog und digital)
 - Proben und Aufnahme der Songs in Variationen
 - Soundtechnische Bearbeitung / Erlernen von Digitalschnitt-Techniken
 - Proben für die Live-Präsentation
- **Filmbereich**
 - Vermittlung der technischen und inhaltlichen Grundlagen der Video-Schnitt-Technik
 - Bearbeitung und Nachbearbeitung der Filmaufnahmen
 - Abdrehen von Zusatz- oder Veränderungsszenen / -variationen
 - Vermittlung der Nachvertonungstechnik
 - Herstellung der Video-Clip-Endfassung für die Live-Präsentation.
- danach: Live-Präsentation der Projektergebnisse
 - Vorstellung der produzierten Videoclips
 - Live-Auftritt / Präsentation der Songs

Modul IV: Professionelle Nacharbeit / Aufbauhilfe für die eigene Schul-AG

Arbeit an der Implantierung eines sich an der Erfahrungsbasis des Projekts entwickelnden längerfristigen Nachmittagsangebots. Dieses orientiert sich an den jeweiligen materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen der Schule bzw. Einrichtung. Nach Beendigung der aktiven Phase (Modul II / III) zwischen 2 bis 4 Begleit- und Koordinationstreffen zur Evaluation und Weiterentwicklung (Schüler/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen des Projektteams).

Konzeptionelle Positionen

„RFC – XXL“ bedeutet für die beteiligten Schüler/innen:

- Sie bekommen neue Lern- und Erfahrungspulse in ihren Schulalltag injiziert - sie erleben neue Lernmodelle und werden zu Schlüsselpersonen ihres eigenen Lernprozesses!
- Die Inhalte und Kompetenzbereiche orientieren sich an praxisbezogenen Lernschritten und -anforderungen. Sie müssen sich "outen", ihre Ideen und persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Gewalt und Rassismus einbringen und realisieren, insofern sind in diesem Prozess die Schüler/innen das Subjekt des Bildungsprozesses - Partizipation und Selbstorganisation in eins!
- Das Projekt bietet einen intensiven Einblick und Erfahrungsraum für Auseinandersetzung und Selbstaneignung von Medienkompetenz im Umgang mit Musik- und Filmproduktion - also Medien, die ihre Lebenswirklichkeit als Jugendliche stark prägen und begleiten.
- Im Projekt können die Jugendlichen neue Ausdrucksformen und neue Formen der Selbstdarstellung ausprobieren, sie müssen Position beziehen und sich äußern, sie erfahren neue Dimensionen der thematischen und inhaltlichen Auseinandersetzung.
- Sie erlangen Medienkompetenzen, die für ihren weiteren Bildungs- und Lebensweg von Bedeutung sein können, die praktischen Umsetzungsformen sowie deren Anwendung in Eigenregie (z.B. durch Aufbau einer eigenen Schul-AG) konkretisieren die Nachhaltigkeitsdimension des Projekts.
- Sie erfahren, wie schwierig, aber auch wie lustvoll und gewinnbringend es sein kann, im Team eine wirkliche, thematische, inhaltliche und technische Herausforderung zu meistern, um ein gemeinsames Produkt zu erstellen, auf das dann alle stolz sein können. Diese Stärkung der Teamfähigkeit ist eine wichtige Standardkompetenz für aktuelle und zukünftige Berufsanforderungen sowie für ihre demokratische Teilhabe.
- Sie können im Projekt ihre Lehrer/innen als „Mit-Lernende“ in einem gemeinsamen Erfahrungsprozess erleben. Diese Erfahrungen könnten die oft eindimensionale Sichtweise etwas aufbrechen.

„RFC – XXL“ bedeutet für die beteiligten Lehrer/innen:

- Die Chance der konkreten und intensiven Fortbildung im Medienbereich, die Erlangung von Medienkompetenzen sowie die didaktischen Möglichkeiten der medialen Aufbereitung des

Themenkomplexes Gewalt und Rassismus zu entdecken. Durch die intensive kooperative Zusammenarbeit mit den Schülern erfahren sie „hautnah“, wie es mit der Realität der Themen Gewalt - Rassismus - Intoleranz - Drogen usw. an der Schule aussieht und wo die Probleme sitzen.

- Im Prozess der Arbeit des RFC-XXL-Teams mit den Schüler/innen erleben sie zeitnah und intensiv neue Formen der didaktischen Arbeits- und Lernstrukturen, die evtl. auch für eigene Projekte übertragbar sind.
- In den durch ein Fremd-Team angeleiteten Lern- und Erfahrungsprozessen kann ein neues Schüler/Lehrerverhältnis entstehen, in dem alltägliche Barrieren durch neue gemeinsame Erfahrungen und Herausforderungen durchbrochen werden können.
- Schüler und Lehrer können sich im Projekt neu kennen und wahrnehmen lernen. Gegenseitige Fehleinschätzungen und Vorurteile können im praktischen Prozess der Projektanforderungen abgebaut werden.
- Diese Erfahrungen können in gegenseitigem Respekt, z.B. im Prozess des Aufbaus einer schuleigenen Musik- und Film-Produktions-AG dazu führen, dass eine neue Lernatmosphäre entstehen kann, in der Schule und Lust am/zum Lernen kein Widerspruch mehr sein muss.
- In der Begleitung und Absicherung des im Projekt anvisierten schuleigenen AG-Projekts ist hier im Blick auf das Einbeziehen weiterer Schülerinnen und Schüler sowie die gesamte Öffentlichkeitsarbeit - Wirkung nach innen und außen - ein pädagogisch interessantes und wichtiges Wirkungsfeld gegeben, welches zukünftig im Blick auf die Bedeutung des Schulprofils nicht zu vernachlässigen ist.

„RFC – XXL“ bedeutet für die beteiligte Schule:

- Im Zusammenhang mit dem Umgang der Schule mit dem Thema Gewalt und Rassismus wird durch die Implantation des Projekts ein Zeichen nach innen und außen gesetzt.
- Schüler/innen unterschiedlicher Nationalitäten lernen sich durch das Projekt auf einer neuen Ebene kennen und schaffen sich mit ihren Produktionen eine Form, um ihre Sicht der Dinge öffentlich zu machen.
- Die Chance, zu sehr günstigen Konditionen ein neuartiges multimediales Bildungskonzept mit interessanten und wirkungsvollen Inhalten für Schüler/innen und interessierte Lehrer/innen zu rekrutieren.
- Die Chance, über den Nachhaltigkeitsaspekt des Projekts, durch Vermittlung entsprechender Praxiskompetenzen den Aufbau und die Realisierung einer eigenen an Produktionsformen orientierten AG, von Schüler/innen und Lehrer/innen organisiert, zu realisieren.

sierung einer eigenen an Produktionsformen orientierten AG, von Schüler/innen und Lehrer/innen organisiert, zu realisieren.

- Das Projekt bietet einen intensiven Einblick und Erfahrungsraum für Auseinandersetzung und Selbstaneignung von Medienkompetenz im Umgang mit Musik- und Filmproduktion - also Medien, die ihre Lebenswirklichkeit als Jugendliche stark prägen und begleiten.
- Im Projekt können die Jugendlichen neue Ausdrucksformen und neue Formen der Selbstdarstellung ausprobieren, sie müssen Position beziehen und sich äußern, sie erfahren neue Dimensionen der thematischen und inhaltlichen Auseinandersetzung.
- Das Schulimage, als Schule, die sich modernen und zukunftsweisenden Lern- und Arbeitsformen zuwendet, könnte durch Ergebnisse dieses Arbeitsfeldes bei Jugendlichen, Eltern und zuständigen Bildungsträgern positive Verstärkung erfahren.
- Eine Ausgangsbasis für die Schaffung einer Lernatmosphäre in Schule, die 'Lust am Lernen' - 'Lust am Entwickeln' - 'Lust an Teamarbeit' - 'Lust am Produzieren und sich öffentlich mitzuteilen' - 'den Lehrer/die Lehrerin als Partner und Begleiter im eigenen Lernprozess zu entdecken', nicht nur in die visionäre Ecke abschiebt!

Voraussetzungen für die Umsetzung und das Gelingen der Kooperation schulischerseits in Bezug auf "RFC - XXL" sind:

- In entsprechenden Vorbereitungsgesprächen (Leitung / Lehrer aus dem Kollegium) die inhaltlichen und thematischen Rahmenbedingungen sowie vor allem die Fortführung nach Projektabschluss zu gewährleisten (Betreuung / technische Ausstattung).
- Maximal 18 Schülerinnen / Schüler sowie 2 bis 4 Lehrerinnen / Lehrer die Beteiligung am Projekt Modul II und Modul III zu ermöglichen und abzusichern (7 Tage - täglich von 9.00 bis 15.30 Uhr) und Nachtreffen (AG- Aufbau).
- Die benötigten Arbeitsräume und Veranstaltungsräume für die Projektdurchführung zur Verfügung zu stellen und die Nutzungsmöglichkeit sicherzustellen: Audio-Bereich: 3 Arbeitsräume / davon einen mit für das Projekt aufgebauter Technik (PA/Licht/Aufnahmegeräte) Video-Bereich: 3 Arbeitsräume (2 durchgehend / 1 zu Sonderzeiten / davon einer für fest aufgebaute Technik / Beamer usw.)
- Die technische Ausstattung für die Realisierung der Module II und III wird von der STW-Villigst gestellt. Evtl. vor Ort vorhandene Geräte sollten dabei möglichst einbezogen werden können, um die Fortführung zu gewährleisten.

- Für den AG-Betrieb müssten räumliche Voraussetzungen geschaffen werden, die über feste Installationen eine Weiterführung der Arbeit ermöglichen.
- Die Technik für die Audio- und Videoproduktion müsste, soweit nicht vorhanden, auf einen praktikablen Mindeststandard gebracht werden, um die Entwicklung der AG-Arbeit zu ermöglichen.
- Eine angemessene Eigenbeteiligung an den Projektgesamtkosten von ca. 20 Prozent.
- Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten für die Grundausstattung zur AG-Fortführung.

10. EXIT – das Aussteigerprogramm für Rechtsextreme

Matthias Adrian

a. Das EXIT-Projekt

Seit Herbst 2000 arbeitet die Initiative EXIT, ein Projekt des Zentrums Demokratische Kultur, unterstützt von der STERN-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“, bundesweit. EXIT will der extremen Rechten ihr wichtigstes Element entziehen: ihre AktivistInnen. EXIT bietet Aussteigewilligen eine Perspektive jenseits des braunen Dunstkreises. Dahinter steht der Gedanke, dass jede/r, die/der aus der rechten Szene gelöst werden kann, ein gesellschaftlicher Gewinn ist.

Die rechtsextreme Szene gibt niemanden widerstandslos frei. Deshalb ist es notwendig, die bisherige Lebenswelt zu verlassen und eine neue aufzubauen. Dabei versucht EXIT zu helfen, vermittelt Kontakte und leistet praktische Hilfe, handelt aber auch präventiv, indem es Aufklärungsarbeit leistet.

EXIT kann prinzipiell allen Personen helfen, die aus eigener Motivation die rechtsextremen Szene verlassen wollen. Eine Arbeit mit aktiven Rechtsextremisten lehnt EXIT ab. Das Konzept setzt eines voraus: die Herstellung des Erstkontaktes durch die ausstiegswillige Person, denn diese Eigeninitiative ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgversprechende Arbeit. Im zweiten Schritt analysiert EXIT gründlich die individuelle Situation und erstellt ein Bedürfnisprofil. Wichtig ist dabei, wo und wie jemand in die rechtsextreme Szene involviert war, wie seine persönliche und berufliche Situation aussieht. Ein blosser Rückzug aus dem rechtsextremen Umfeld und der Verzicht auf Straftaten allein sind für EXIT noch kein Kriterium für einen erfolgreichen Ausstieg. Schwerpunkt der Ausstiegsbegleitung ist die inhaltliche Aufarbeitung des rechtsextremen Weltbildes und der in der rechtsextremen Szene angeeigneten, unsozialen Verhaltensweisen.

Was EXIT nicht leisten kann und will, ist eine ökonomische und soziale Rundumversorgung ehemaliger Rechtsextremisten. Von Aussteigewilligen werden Eigeninitiative und Eigenverantwortung erwartet, dies gilt auch im Falle strafrechtlich relevanter Taten. EXIT schützt nicht vor strafrechtlicher Verfolgung.

Ziel: Neuorientierung

Mitglieder der Szene müssen beim Ausstieg ihre rechtsextremen Bezüge und Ideologien verlassen. EXIT bietet AussteigerInnen die Möglichkeit, neue

Perspektiven zu entwickeln und Alternativen aufzubauen, wobei sich die Initiative bemüht, Angebote zu machen, die der individuellen Lebenssituation der Betroffenen entsprechen.

Vernetzung

Ausstiegsbegleitung ist ein komplexes, interdisziplinäres Arbeitsfeld, die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ehrenamtlichen Mitarbeitern ist daher ein wichtiges Element unserer Arbeit, denn nur so können Fälle dezentral bearbeitet und optimal betreut werden.

b. Bericht eines „Aussteigers“

Der folgende – ausschnittsweise - Tatsachenbericht stellt den „Ausstieg“ aus der Nazi-Szene aus der Sichtweise des Betroffenen authentisch und exemplarisch dar.

„(...)“

Die nächste Straftat, an der ich - im Nachhinein: Gott sei Dank - nicht beteiligt war, sollte für Gunda der erste Schritt in Richtung Ausstieg werden. Aber ich denke, zu dieser Zeit war sie sich dessen selbst noch nicht bewusst.

Ich erfuhr von der Tat erst am nächsten Morgen, da ich aus dienstlichen Gründen in der Kaserne übernachten musste, und um ehrlich zu sein, war ich über die Tat entsetzt. Allerdings nicht über die Tat an sich, sondern über die Art und Weise, in der sie durchgeführt wurde und dass ich darüber nicht im Vorfeld informiert war. Denn Gunda erzählte mir am Telefon (wir benutzten zu dieser Zeit schon immer eine Art Code, mit dem man alles sagen konnte, ohne etwas gesagt zu haben), sie hätte gestern Nacht noch Gärtnerarbeiten verrichtet und ich wisse schon wo. In diesem Moment lief mir ein kalter Schauer über den Rücken und ich war erst einmal platt, denn ich wusste, sie konnte damit nur gemeint haben, dass sie den jüdischen Friedhof im Alsheim oder Oppenheim geschändet hätten.

Mir war klar, das würde Ärger geben, denn egal welcher Friedhof es gewesen war, wir würden auf Grund der räumlichen Nähe auf jeden Fall im Fahndungsraaster der polizeilichen Ermittlungen liegen. Zu Hause angekommen, hatten wir erst einmal einen richtig bösen Streit, aber schließlich beruhigte ich mich wieder, da die Tat ansonsten mit so großer Professionalität durchgeführt wurde, dass man nicht von einer Rückverfolgbarkeit der Tat ausgehen konnte. Was sich spä-

ter vor Gericht auch als richtig herausstellen sollte, denn wir wurden eigentlich nur auf Grund unserer eigenen Aussagen verurteilt.

Gunda sagte später, nach unserem Ausstieg, immer, diese Tat wäre für sie der Anfang vom Ende gewesen - auch wenn ihr das erst einige Zeit nach der Tat richtig klar wurde.

(...)

Die letzte Veranstaltung, an der Gunda und ich gemeinsam teilnehmen sollten, war das Juhlfest der Artgemeinschaft, das in einem ehemaligen Ferien- und Freizeithaus der DDR im Harz, Anfang Dezember 99, stattfinden sollte. Hierfür hatte sich Gunda, unter großem Protest und nach einiger Überredung von mir, extra ein Trachtenkleid gekauft. Was ihr wie übrigens die ganze Veranstaltung dann den Rest gab und sie endgültig zum Ausstieg brachte.

Ich hingegen war von den Veranstaltungen der Artgemeinschaft, an denen ich hin und wieder teilnahm, begeistert. Denn genau so stellte ich mir das „Neu-Reich“ vor. Hier trugen die meisten Teilnehmer grundsätzlich Trachten, es gab keine Skinheads, man sang Lieder und man orientierte sich im Wesentlichen an den Vorstellungen elitärer SS-Kreise, was Volks-, Volksglaubens- und Rassefragen anbelangte. Die Mitgliedschaft war auch dem entsprechen zusammengesetzt, sie reichte von SS-Veteranen, über Altkader bereits verbotener Organisationen bis hin zu Führenden NPD/JN-Mitgliedern. So waren z.B. Manfred Röder, Steffen Hupkar, Jürgen Mosler und Rost van Tonningen unter den Gästen.

Der Ablauf der Juhlfeier, die in der Artgemeinschaft ein religiöser Akt ist, lief nach einem festen Schema ab. Es wurde gesungen, Gedichte vorgelesen, es gab ein Laienspiel und einige Segenssprüche auf Götter und Ahnen. Den Höhepunkt der Feier bildete die Eröffnung des Metkessels durch Jürgen Rieger, einen bekannten NS-Anwalt und Rechtsextremisten.

Für Gunda hatte ich mir für den Abend auch eine besondere Überraschung ausgedacht und bat sie deshalb, mit mir vor die Tür zu gehen. Ich ging mit ihr etwa hundert Meter zu einer allein stehenden Eiche und machte ihr einen Heiratsantrag und steckte ihr einen Verlobungsring an den Finger. Danach nahm ich sie in den Arm und wir schauten uns noch etwas die Sterne an und gingen zurück zu der Feier, auf der man die Nachricht freudig aufnahm. An diesem Abend hatte ich das Gefühl, für mich persönlich alles erreicht zu haben, was einen Nationalsozialisten ausmacht und ein Mitglied der Keimzelle der „Neuen Volksgemeinschaft“ zu sein. Wenn mir an diesem Abend jemand gesagt hätte, dass meine Welt in den nächsten acht Wochen zusammen-

brechen und ich ein Aussteiger sein würde, ich hätte ihn für verrückt erklärt. Aber nach dieser Veranstaltung merkte ich zunehmend, dass sich Gunda veränderte. Wir hatten immer öfter Streit wegen politischer Fragen, sie begann wieder, Rockmusik zuhören, und ging immer seltener zu Ursel Müller. Die Situation wurde immer gespannter. Wir diskutierten ständig über die Bücherverbrennung, über Rassismus und das III. Reich. Wir versuchten dann, um unsere Beziehung zu retten, Politisches und Privates zu trennen und ich ging von nun an allein zu Veranstaltungen der Szene und sie ging in die Disko. Aber nach einer Woche hatte auch das keinen Sinn mehr. Ich weiß nicht mehr, warum - aber die Situation eskalierte mal wieder und ich konnte nicht mehr anders als gehen. Ich schlug die Tür hinter mir zu, brüllte noch einmal Sieg Heil durch den Gang und fuhr mit der Bahn zurück nach Bürstadt.

Am nächsten Tag fuhr ich mit meinem Bruder nach Nackenheim und holte meine Sachen, die Nazi-Bücher, Fahnen und Bilder und zog wieder bei meinem Vater ein. Ich war zu diesem Zeitpunkt, durch die ganzen Ereignisse, die in kürzester Zeit auf mich einstürzten, und meine persönliche Situation in eine schwere Krise geraten. Denn ich hatte Gunda, die Frau, die ich immer noch liebte, verloren, ich war seit meiner Entlassung bei der Bundeswehr zum ersten Mal arbeitslos, mein Vater und ich kamen überhaupt nicht mehr miteinander aus, auch hatte mein Weltbild durch die Diskussionen mit Gunda erste Risse bekommen und einige Vorfälle in der Szene zehrten auch an mir.

War das noch das, was ich wollte? Skins, die unsere eigenen Leute ausrauben? Vergewaltigungen innerhalb der Szene? Angebliche Geheimdokumente, die man sich am Biertisch ausdachte und die dann offizielle Schulungsgegenstände wurden? Wo war die große Kameradschaft? Skins wurden von Vorständen ausgenutzt, die hinter vorgehaltener Hand Sprüchen wie „Für das, was wir nach der Machtergreifung mit denen vorhaben, haben die jetzt schon die richtige Frisur“ äußerten. Mir hatte man in einer Runde, in der nur Vorstandsmitglieder beisammen saßen, die Geldbörse gestohlen. War das Kameradschaft?

Ich beschloss, mich erst einmal von der Szene fern zu halten, und ging in den nächsten Tagen sehr viel in den Wald um nachzudenken. Denn mir war eines von vornherein klar: Meine Weltanschauung war eine der radikalsten überhaupt, und ich hatte auch keine Probleme damit, für sie zu kämpfen, ins Gefängnis zu gehen oder sogar Schlimmeres zu erdulden, da ich davon überzeugt war, dass sie richtig sei.

Aber genau diese Überzeugung war mir abhanden gekommen. Die Sache war mir mit einem Mal einfach zu unrund, zu unausgegoren, um sie weiter mit solch einer

Vehemenz vertreten zu können. Auf der anderen Seite fand ich aber vieles doch auch richtig und ich wusste nicht, was ich tun sollte. Schließlich entschied ich mich, am 10 Januar(meinem Geburtstag) bei Frank anzurufen und zu erklären, dass ich das, was ich bisher vertreten hatte, nicht mehr mit gutem Gewissen weiterführen könnte. Ich trat von meinen Ämtern zurück und verkündete meinen Austritt aus der Partei. Versicherte aber, dass ich natürlich weiter national bleiben würde, aber dass mir die NPD/JN und ihre Thesen zu radikal wären und ich deshalb zu den Republikanern gehen wolle.

Wie das für Frank geklungen haben musste, kann ich mir gut vorstellen: der Rechtsaußen, der, dem es nie krass genug sein konnte, ausgerechnet dem ist auf einmal alles zu radikal? Frank nahm das alles so zur Kenntnis und sagte im Verlauf des Gespräches nur immer wieder ja, gut und wie.

Nach dem Gespräch fühlte ich mich irgendwie frei und beschissen zugleich. Das Gespräch hatte mich emotional sehr mitgenommen und ich musste mit jemandem reden, dem ich vertrauen konnte, und so rief ich Gunda an. Wir sprachen uns kurz am Telefon und sie kam noch am gleichen Abend bei mir vorbei. Ich lud sie zum Essen ein und erzählte ihr alles, was seit unserer Trennung geschehen war, und danach waren nicht mehr viele Worte nötig. Als sie am nächsten Morgen zurückfuhr, waren wir wieder ein Paar, wenn wir auch vorhaten, erst einmal getrennt zu wohnen.

Aber es kam mal wieder anders, denn mein Vater und ich gerieten in einen Streit, der damit endete, dass ich ihm schwor, nie wieder sein Haus zu betreten. Mein Bruder, der die ganze Sache mit angehört hatte, fuhr mich dann nach Nackenheim und Gunda, die meinen Vater nie besonders mochte, nahm mich wieder bei sich auf. Für uns war der Streit allerdings auch ein willkommener Vorwand, wieder zusammen zu ziehen, ohne dass einer unseren Entschluss, getrennte Haushalte zu führen, revidieren musste.

Ich denke heute, dass die Liebe von und zu Gunda mir in dieser Zeit die Kraft gab, diese für mich immer schlimmer werdende Krise zu überstehen. Denn indem ich meinen alten Positionen und Ansichten gegenüber immer kritischer wurde, legte ich auch die ideologischen Scheuklappen ab und begann mich zu ersten Mal in meinem Leben aus anderen als rechtsextremen und revisionistischen Quellen zu informieren, ohne den Hintergedanken, dass alles gefälscht oder Ergebnis einer Verschwörung sei. Was mir anfangs sehr schwer fiel und - wenn überhaupt - schenkte ich nur Quellen aus explizit nicht linken Kreisen Glauben. Aber auch das reichte schon aus, um immer mehr Mythen und Lügen, die meine Weltanschauung bildeten, aufzudecken.

Mitte Februar kam es dann noch einmal zu einer Hausdurchsuchung, wegen der Schändung des jüdischen Friedhofes in Alsheim, die bei uns in Nackenheim, im Haus meines Vaters und bei meinen Großeltern durchgeführt wurde. Die Beamten waren sichtlich überrascht, denn unsere Wohnung entsprach nicht mehr so ganz ihren Vorstellungen, denn die hatten wir schon „entnazifiziert“. Auch ich hatte mich äußerlich sehr stark verändert. Ich hatte meinen Hitlerbart abrasiert und hatte einen blond gefärbten Bürstenhaarschnitt. Wir wurden alle drei in Gewahrsam genommen und Gunda und Claudia machten umfangreiche Aussagen. Da ich vor dem Dilemma stand, bei der Haupttat nicht dabei gewesen zu sein und Gunda nicht belasten wollte, gab ich nur über Dinge Auskunft, die mich betrafen.

Als ich am nächsten Tag entlassen wurde und Gunda und Claudia mir erzählten, dass sie alles gestanden hätten, es also für mich keinen Grund gab, mit irgendetwas länger hinter dem Berg zu halten, bat ich sogar um einen Termin und machte eine weitere umfangreiche Aussage und legte alle Straftaten, in die ich involviert war, offen. Durch dieses Ereignis wurde mir erstmals bewusst, dass ich endgültig ausgestiegen war. Aber in meinem Kopf gab es noch viele Fragen. Ideologiefragmente, die latent vorhanden waren, prägten noch einen Großteil meiner Ansichten. So hatte ich immer noch Ressentiments gegenüber Juden, Schlesien war für mich noch immer deutsch und Linke alle Krawallbrüder und Chaoten. Ich wollte zwar von den Republikanern auch nichts mehr wissen, geschweige denn Mitglied werden, aber meine konservative Erziehung steckte mir immer noch im verlängerten Rückenmark.

Dass es mir gelang, diese Denkschemata zu durchbrechen und dass ich wirklich ein offener Mensch wurde, das verdanke ich einem Zufall, der mir einen meiner besten Freunde schenken sollte. Gunda begann zu dieser Zeit im Internet zu surfen, um einen Weg zu finden, wie sie sich gegen Rechts engagieren konnte - was mir mal wieder zu schnell ging, denn ich war mit solchen Dingen immer etwas träge und wollte außerdem nicht als Überläufer gelten. Sie entdeckte dabei die Internetseite www.nazis.de - eine Seite, auf der man sich bemühte, mit Rechtsextremisten über Internetforen zu diskutieren. Ich war zunächst misstrauisch und witterte dahinter irgendwelche verkappte Kommunisten oder die Autonomen. Aber Gunda ließ sich nicht beirren und schrieb eine erste E-Mail. Daraus entwickelte sich ein reger Kontakt, zunächst zu Gunda. Aber auch ich schrieb bald regelmäßig mit einem gewissen Sven Möller von der Redaktion von Nazis.de. Und hier bekam ich Antworten, die mir sonst noch nie einer gegeben hatte bzw. hier wurde die richtigen Gegenfragen gestellt.

Svens Art, in der er mir begegnete und mit der er mit mir diskutierte, war nie belehrend, sondern er gab mir eher Informationen, die mir halfen, mein eigenes Weltbild Stück für Stück selbst zu demontieren - so dass ich nach etwa einem halben Jahr in der Lage war, mein eigenes Internetforum zu betreuen und selbst mit Rechten zu diskutieren.

Sven brachte uns auch mit zwei Redakteuren vom Spiegel in Kontakt, die Interesse daran hatten, unsere Geschichte zu veröffentlichen. Wir wurden zum Interview nach Berlin eingeladen. Dort lernten wir auch Sven persönlich kennen und verstanden uns so gut, als würden wir uns schon ein Leben lang kennen.

Da zu dieser Zeit unser letzter Prozess ins Haus stand und wir den Eindruck vermeiden wollten, uns durch die Veröffentlichung Vorteile verschaffen zu wollen, bestanden wir darauf, dass die Geschichte erst nach dem Prozess veröffentlicht werden sollte, was dann aber aus redaktionellen Gründen nicht möglich war. So wurde sie nach Absprache mit Staatsanwalt und Richter doch etwa zwei Tage vor Prozessbeginn veröffentlicht.

Der Prozess dauerte nur etwa zwei Stunden und die Anklage stützte sich im Wesentlichen auf unser Aussagen. Claudia wurde zu Arbeitsstunden, Gunda zu 16 Monate Haft auf drei Jahre Bewährung und ich zu 9 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Als der Prozess vorbei war, war unser erster Gedanke nicht, wie man sich vielleicht vorstellen könnte: zum Glück nur Bewährung, sonder eher: Jetzt können wir endlich aktiv werden, ohne in den Verdacht zu geraten, irgendwelche Vorteile für uns herausschlagen zu wollen. Seit dieser Zeit begannen wir, uns gegen die rechtsextreme Szene und Weltanschauung zu engagieren. Was wir zunächst in direkter Zusammenarbeit mit Initiativen und aktiven Bürgern vor Ort und seit 1. Mai 2001 als Mitarbeiter des Zentrums demokratischer Kultur taten.

Leider kam meine geliebte Lebensgefährtin im November letzten Jahres auf dem Rückweg von eine Veranstaltungsreihe in Schelswig Hollstei bei einem tragischen Unfall auf dem Bahnhof von Bad Oldesloh ums Leben. Ich vermisse sie sehr und sie fehlt mir jeden Tag, aber die Erinnerung an sie und ihr Wirken geben mir die Kraft, unseren gemeinsamen Weg nun alleine weitergehen zu können.

11. Erfolgreich oder nicht? - Zur Wirkung der Konzepte⁶

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

(...)

Für die Evaluation eines solchen Programms stellen sich drei wesentliche Fragen:

- Ist das CIVITAS-Programm die richtige Antwort auf den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern?
(Konzeptanalyse)
- Kann das Programm mit den vorgesehenen Mitteln umgesetzt werden?
(Implementationsevaluation)
- Zu welchen Effekten führt das Programm? Wobei hier zwischen intendierten und nicht intendierten Effekten zu unterscheiden ist. Weiter ist dann auch zu fragen, ob die modellhaft erprobten Ansätze in die Alltagspraxis umgesetzt und in den vorhandenen Institutionen verankert werden können.
(Wirkungsanalyse und Erfolgskontrolle)

(...) In Bezug auf die Konzeptanalyse fragt sich, welche impliziten Annahmen über die Ursachen von Rechtsextremismus mit dem CIVITAS-Programm gefällt und welche Interventionsstrategien als erfolgreich angenommen werden, wie also das Problem definiert und welche Ziele daraufhin formuliert werden. Es ist also zunächst die Plausibilität des Konzepts aufgrund der vorliegenden theoretischen Analysen und empirischen Ergebnisse zum Thema zu prüfen. Dabei stellen sich insbesondere folgende Fragen: Inwiefern bezieht sich dieses Programm auf die vorliegenden Analysen zu den Ursachen von Rechtsextremismus und ist dieses Programm in besonderer Weise geeignet, auf die spezifischen Anforderungen der neuen Bundesländer zu reagieren?

(...)

Das Evaluationskonzept

Die wissenschaftliche Begleitforschung will ermitteln, inwieweit die von CIVITAS geförderten Projekte die Richtlinien des CIVITAS-Programms umsetzen und auf welche Schwierigkeiten und Hindernisse sie bei der Umsetzung ihres Vorhabens stoßen. Der Evaluationsansatz ist formativ und prozessorientiert. Sie zielt darauf ab, die Ausgangsbedingungen, die Prozesse und Wirkungen des Han-

delns zu klären und damit den Diskurs und die Reflexion über die eigenen Wirkungen oder auch nicht intendierte Wirkungen zu unterstützen, und so das Konzept weiter zu entwickeln und zu differenzieren. Zudem soll sie dazu beitragen, Entscheidungen über Handlungsalternativen auf rationaler Basis zu fällen. Dabei geht es auch um die Überprüfung der Durchführbarkeit der jeweiligen Zielsetzung, also ob die ausgewählten Methoden resp. Aktivitäten sowie die Rahmenbedingungen des Projekts der Zielsetzung entsprechen können und ob die Leitlinien realistisch d.h. umsetzbar sind. Die Evaluationskriterien ergeben sich in erster Linie aus den Leitlinien des CIVITAS-Projekts wie auch aus der eigenen, von den Projektinitiatoren definierten Zielsetzung. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Kriterien, die sich auf die theoretische Analyse stützen, und solchen, die auf der Erforschung der Akzeptanz der Nutzer basieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können lediglich erste Überlegungen zu Evaluationskriterien angestellt werden, die aus der Diskussion mit den Mitarbeiter/innen der Projekte gewonnen wurden. Anhand der wissenschaftlichen Begleitung soll ausgewertet und analysiert werden, wie Projekte modellhaft („Best Practices“) gegen Rechtsextremismus und für ein zivilgesellschaftliches und demokratisches Handeln eingesetzt werden können.

Die Evaluation hat mehrere Adressatengruppen: Zum einen die in den Programmen Tätigen und zum anderen die Träger und politischen Instanzen, die das Programm geplant haben und finanzieren und schließlich die Öffentlichkeit, die über das Programm informiert werden möchte.

Überlegungen zu möglichen Evaluationskriterien

Bei den Evaluationskriterien ist zwischen den langfristig angelegten Projekten (14 Großprojekte) und den lokalen Initiativen/Projekten zu unterscheiden.

⁶ Der folgende Text beruht auf – von der Redaktion ausgewählten - Ausschnitten aus: Birgit Rommelspacher/Ülger Polat/Czarina Wilpert: Die Evaluation des CIVITAS-Programms; in: Lynen von Berg u.R.Roth (Hg.): Massnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen: Leske und Budrich 2002

Tab. 1:
Zielvorstellungen zur Operationalisierung von Evaluationskriterien / Indikatoren für die Großprojekte

A) Aktivierung demokratischer Akteure

- Nachfrage nach den Serviceangeboten der MBTs und Opferberatungsstellen/Bekanntheitsgrad
- Entwicklung neuer Netzwerke und Initiativen
- Nachhaltigkeit der Initiativen
- Verstärkte Kooperation zwischen den Projekten, den politischen Trägern und der Öffentlichkeit
- Aktivitäten der politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc.

B) Pluralisierung der Lebenswelt

- Sichtbarkeit und Akzeptanz ethnischer Minderheiten, „linker“ Gruppen, Behinderter, Schwuler und Lesben, Obdachloser etc.
- Eigeninitiativen von Betroffenen
- Darstellung der Opferperspektive in den Medien
- Solidarisierung mit den Opfern: Unterstützungsgruppen, professionelle Hilfe, Verständnis bei der Bevölkerung
- Humanisierung der Migrations- und Flüchtlingspolitik z.B. Flexibilisierung der Verwaltung (Residenzpflicht)

C) Zurückdrängen rechtsextremer Hegemonie

- Abnahme von Aktivitäten der Rechtsextremen vor Ort: Veranstaltungen, Propagandaaktivitäten, Präsenz in Jugendclubs etc.
- Entsolidarisierung mit den Tätern: Medienberichterstattung, Äußerungen von Vertretern von Politik und Öffentlichkeit
- Polizeiliche und juristische Verfolgung
- Initiierung und Aktivitäten von Präventionsräten
- Rückgang von Angst und Bedrohungsgefühl

D) Rahmenbedingungen: fördernde und hemmende Faktoren

- Verankerung der Projekte vor Ort (Träger und Mitarbeiter/innen)
- Kooperationspartner (Initiativen, Organisationen, Fachkräfte, Medien)
- Qualifikationen der Mitarbeiter/innen (Professionalität, Interdisziplinarität, Vorerfahrung)
- Arbeitsbedingungen
- Qualität der Konzepte und Programm
- Politisches Klima: lokal, regional, Landesebene

Evaluationskriterien für die lokalen Projekte

Bei den lokalen Projekten stellt sich viel eher als bei den 14 Großprojekten die Frage nach den „Best Practices“, d.h. welche davon sind modellhafte und innovative Projekte, die möglicherweise in ähnli-

chem Kontext übertragbar sind. Auch ist zu fragen, unter welchen Bedingungen solche Projekte durchführbar sind bzw. was die notwendigen Rahmenbedingungen sind, um lokale Projekte wirkungsvoll durchführen zu können. Insbesondere für lokale Projekte definieren die Förderrichtlinien des CIVITAS-Programms folgende Charakteristika der Ansätze und Aktivitäten bei der Umsetzung des Programms:

- Förderung einer toleranten Streitkultur
- Multiplikatorenwirkung und Mobilisierung durch verschiedene Akteure
- Emanzipatorischer Ansatz und Förderung der Selbstorganisation von Minderheiten
- Gemeinwesenorientierte Arbeit: Schule und Gesellschaft; Jugendarbeit
- Lokale Geschichte untersuchen; Verarbeitung geschichtlicher Brüche in der Vergangenheit
- Peer-Ansatz für Jugendliche; die Entwicklung von Handlungskompetenzen
- Zukunftswerkstätten; Lernen und Anwendung demokratischer Prinzipien
- Schulverwandte interkulturelle Projekte
- Menschenrechtsbezogene intergenerative Arbeit

Die Leitlinien sind nicht nur Teil der Auswahlkriterien des CIVITAS-Programms, sondern sie sind auch notwendiger Bestandteil der spezifischen Kriterien, mit deren Hilfe die lokalen Projekte evaluiert werden sollten.

(...)

Das bedeutet für die Projekte des CIVITAS-Programms, dass sie für eine möglichst kompetente Intervention *eine Analyse von Strategien und Schwerpunktbildungen der Rechtsextremen vornehmen* und dann Entscheidungen fällen, ob sie etwa in erster Linie in Regionen intervenieren, in denen der Rechtsextremismus besonders stark und insofern die Zivilgesellschaft einer besonderen Unterstützung und Hilfe bedarf, oder aber eher in „neutralen Regionen“, in denen vorhandene zivilgesellschaftliche Kräfte unterstützt werden können, um diese zu stabilisieren und eine weitere Ausbreitung der *rechtsextremen Hegemonie* zu verhindern.

Für den möglichen Erfolg der CIVITAS-Programme ebenso wie für andere zivilgesellschaftliche Initiativen ist es von entscheidender Bedeutung, ob und wie sie von den politischen Entscheidungsträgern sowohl auf der kommunalen wie auch auf der regionalen und Landesebene unterstützt werden. Vielfach aber scheint es so, dass die politischen Entscheidungsträger, insbesondere in Regionen, in

denen es noch wenig Öffentlichkeit im zivilgesellschaftlichem Sinne gibt, eher Teil des Problems als Teil der Lösung sind. So haben viele der Antragsteller/innen festgestellt, dass diese die Existenz des Rechtsextremismus vielfach leugnen oder verharmlosen, wobei dies unterschiedliche Gründe hat: Zum einen befürchten viele Politiker einen Imageverlust ihrer Region, was sich auf sie als Wirtschaftsstandort negativ auswirken kann. Zum anderen fühlen sich auch viele engagierte kommunale Politiker von den Landesbehörden, der Landesregierung und dem Landeskriminalamt alleine gelassen. Sie bekommen weder Informationen noch Unterstützung und haben das Gefühl, von sich aus nicht viel ausrichten zu können. Insofern ist zu unterscheiden, ob das Problembewusstsein mehr aus strategischen Gründen fehlt oder aber aus Mangel an Wissen und Unterstützung. Ein zweites Problem liegt darin, dass der Rechtsextremismus zwar wahrgenommen wird, aber „falsche“ Erklärungen dafür gesucht werden, insbesondere z.B. die Erklärung, dass der Rechtsextremismus ein vor allem aus Westdeutschland importiertes Problem sei, da es ihn in der DDR früher nicht gegeben habe (Gehlen 1998). Zudem wird er auch als eine Folge der Arbeitslosigkeit und strukturellen Probleme der neuen Bundesländer verstanden. Das muss nicht falsch sein, da damit vielfach das Gefühl der Benachteiligung verbunden ist und damit auch ein Misstrauen in das politische System und die Demokratie. Das Gefühl der Ohnmacht liegt auch vielfach daran, dass die politischen Entscheidungsträger ebenso wie viele zivilgesellschaftliche Initiativen weder über Strategien und Handlungskompetenzen noch über das Handlungswissen und die Interventionsmethoden verfügen, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Bisher wurde auf Rechtsextremismus und die Gewalttätigkeit in den Regionen vor allem mit einer Mischung aus Prävention und Repression reagiert. Es wurden vielfach Sondereinheiten der Polizei gebildet und auch das entsprechende Personal aufgestockt. Auf der Seite der Prävention leiden die meisten Interventionen daran, dass sie

- sich im Wesentlichen auf Jugendliche konzentrieren und den Rechtsextremismus vorrangig als ein Jugendproblem sehen,
- sich vor allem auf Verhinderung krimineller Handlungen und auf Gewalttaten konzentrieren und schließlich
- sich in erster Linie auf die rechtsextremen Akteure beziehen und nicht auf potentielle Opfer und Opfergruppen und auch nicht auf die Zivilgesellschaft im Allgemeinen.

Insofern scheint es wichtig zu sein, mit den politischen Entscheidungsträgern vor Ort gemeinsam zu

analysieren, welche Defizite bestehen und welche Erfolge bisher zu verzeichnen sind und je nach Konstellation gemeinsam eine genaue Zielformulierung zu entwickeln, Kompetenzen zu vermitteln und ein Problembewusstsein in der Region zu schaffen, ohne die bisherigen Aktivitäten außer Acht zu lassen.

(...)

Insofern hat das CIVITAS-Programm sich ein hohes Ziel gesetzt, wenn es die demokratischen Grunderfahrungen so vermitteln möchte, dass sie auch angenommen und als eigene verstanden werden und nicht als ein neuer „Missionierungsversuch“ oder gar „Kolonisierungsversuch“ von Seiten des Westens; d.h. den Beteiligten muss vermittelt werden, dass sich Demokratie lohnt und auf der Eigeninitiative und den eigenen Interessen der Beteiligten beruht. Es erscheint unerlässlich, dass diese politischen Überzeugungen von Menschen vermittelt werden, die für die Ostdeutschen auch glaubwürdig und vertrauenswürdig sind. Deshalb ist es wichtig bei der Auswahl des Personals – wie es die Programmleitung von CIVITAS empfohlen hat – in erster Linie auf Menschen aus den neuen Bundesländern zurückzugreifen; es muss aber auch in den Interventionsmethoden versucht werden, lokale Symbolfiguren zu gewinnen, die ihrerseits wieder als Multiplikatoren modellhaft in diesem Sinne tätig sind.

(...)

Ein weiteres Problem liegt in den fehlenden Ressourcen, mangelnden Erfahrungen, fehlendem Wissen und professionellen Kompetenzen. Meist liegen keine Analysen über die Problemsituation vor und auch kein Informations- bzw. Erfahrungstransfer von anderen Institutionen über geeignete Interventionsmethoden und Strategien im Umgang mit der Problemsituation. Hier setzt das CIVITAS-Programm unmittelbar an, indem es allen Projekten methodische Unterstützung geben sowie Informationstransfer, Kompetenzvermittlung, Mediation und Vernetzungsarbeit leisten kann. Voraussetzung allerdings ist, dass das CIVITAS-Projekt nicht in das politische Kalkül vor Ort einbezogen wird und selbst mit agiert. Vielmehr müsste es in der Lage sein, als „neutraler Akteur“ die unterschiedlichen Gruppierungen zueinander in Beziehung zu setzen. Dabei werden sich wahrscheinlich die Verankerungen vor Ort zum einen als Vor-, auf der anderen Seite aber auch als Nachteil erweisen. Vorteil, weil möglicherweise Vertrauen geschaffen wird, weil die verschiedenen Akteure sich kennen und Kommunikation schnell herstellbar ist. Nachteil, weil sie

unter Umständen als bestimmte Akteure identifiziert werden, die möglicherweise unerwünscht sind, und nicht in die Politik der Befriedung und Normalisierung hineinpassen. Diese Situation stellt an das CIVITAS-Team hohe Anforderungen in Bezug auf die politische Sensibilität bei der eigenen Selbstpositionierung. Auch die Mobilität der Teams kann sich hier als Vor- oder auch als Nachteil erweisen. Deshalb bedarf es sicherlich gerade während der Anfangsphase einer kompetenten Supervision, die auch in der Lage ist, die Analyse der Selbstverortung und politischen Rolle im sozialen und politischen Netzwerk vor Ort zu unterstützen.

Was die Umsetzung der Programmziele betrifft, so werden durch die Förderung der Großprojekte (Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen) wie auch der lokalen Projekte und Initiativen eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze gewählt. Diese Vielfalt in Bezug auf Adressatengruppen, Arbeitsformen, Trägerstrukturen und Arbeitsschwerpunkten entspricht der Komplexität der Zielsetzung. Ein solch anspruchsvolles Programm erfordert eine Vielfalt von Arbeitsansätzen. Eine Gefahr kann jedoch darin liegen, die Intentionen und Wirkungsweisen der Projekte nicht mehr hinreichend überprüfen zu können und unter Umständen Aktionismus oder gar Konkurrenzen zu fördern. Deshalb erscheint es dringend geboten, der Koordination, der Vernetzung und der Evaluation der Projekte große Aufmerksamkeit zu widmen. Die Komplexität der Zielsetzung schlägt sich nicht nur in der Vielfalt der Projekte sondern auch im Anforderungsprofil der Mitarbeiter/innen (der Opferberatungsstellen und der MBTs) nieder, die in nahezu allen Bereichen psychosozialer, pädagogischer und politischer Beratung, auf den verschiedenen Ebenen des Konfliktmanagements und der interkulturellen Kommunikation sowie der Projektentwicklung und Netzwerkarbeit kompetent sein sollten. Hier hilft nur eine klare Arbeitsteilung und eindeutige Schwerpunktsetzung. Dem steht jedoch der Anspruch auf Flexibilität je nach unterschiedlicher Problemsituation und Nachfrage und der jeweils unterschiedlichen Konstellationen vor Ort entgegen.

Im allgemeinen wird der Erwartungsdruck, unter den sich die Mitarbeiter/innen der MBTs durch das CIVITAS-Programm, die öffentliche Meinung und die Politik gestellt sehen, als sehr hoch beschrieben. Sie fühlen sich auch aufgrund der teils schlechten Arbeitsbedingungen und der extrem komplexen Kompetenzerfordernisse tendenziell überfordert. Insofern besteht die Gefahr der Fluktuation, da immerhin mehr als ein Drittel der Befragten sich bereits überlegt hat, den Arbeitsplatz wieder zu

wechseln. Als Hauptgrund werden dabei die Arbeitsbedingungen und hier insbesondere die relativ schlechte Bezahlung genannt. Aber auch die Situation vor Ort spielt eine Rolle, die in ländlichen Gebieten weit ab von größeren Städten nicht allzuviel persönliche und berufliche Perspektiven bietet und auch aufgrund der Dominanz von Rechtsextremen teilweise auch als bedrohlich erlebt wird. Insofern ist die Tendenz zur Abwanderung auch bei den Fachkräften zu spüren. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe positiver Faktoren, die die Mitarbeiter/innen für diese Arbeit motivieren. Dabei steht an erster Stelle die starke Identifikation mit den Zielen des Programms. Den meisten Mitarbeiter/innen gilt ihre Tätigkeit als ein Auftrag von großer gesellschaftlicher Relevanz, den sie mit hohem inneren Engagement annehmen möchten. Somit lässt sich unter den Mitarbeiter/innen ein großes Interesse beobachten, durch adäquaten Kompetenzerwerb den Herausforderungen, die die Tätigkeit an sie stellt, gerecht werden zu können. Positiv erweist sich auch die in den meisten Projekten bisher als gelungen empfundene Teamstruktur. Die meisten fühlen sich von ihren Kolleg/innen unterstützt und sehen den Teambildungsprozess insofern als erfolgreich an, als eine ausgewogene Komplementarität in der Aufgabenverteilung entwickelt werden konnte.

Für die Unterstützung der Kontinuität der Arbeit ist also in erster Linie zu prüfen, ob und wie die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Das betrifft zum einen die finanzielle Ausstattung, zum anderen aber auch eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Arbeit, der Kooperation im Team und mit anderen Projekten und der Strategien zur Positionierung vor Ort. Zudem bedarf es einer ebenso kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung in den nachgefragten Kompetenzen und schließlich eine klare Koordination und Arbeitsteilung, die nicht nur dem systematischen Erfahrungsaustausch dient, sondern auch Konkurrenzen vermeiden und Synergieeffekte entwickeln hilft. Insbesondere der Koordination und Weiterbildung der Projekte wurde von Seiten der Servicestelle viel Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde bereits eine Reihe von Koordinationstreffen, Fachtagungen und Weiterbildungen durchgeführt, so dass die Mitarbeiter/innen nach eigener Einschätzung bereits jetzt eine Steigerung der eigenen Kompetenz in Beratung, Kooperation und Organisation erfahren haben, sowie einen Erkenntnisgewinn in der Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus und der Analyse der Bedingungen vor Ort.

Was die Institutionalisierung der Projekte betrifft, so haben die meisten inzwischen erfolgreich eine geregelte Arbeitsorganisation entwickelt. Ebenso

wurden im Allgemeinen die logistischen Probleme der Anfangsphase erfolgreich bewältigt. Die Mobilität der Projekte erweist sich hingegen als Vor- und als Nachteil: Die Vorteile liegen vor allem darin, dass die Teams mit wenig Mitarbeiter/innen flexibel auf einen weit gestreuten Bedarf reagieren können. Damit wird auch die ereignis- bzw. nachfrageorientierte Beratungstätigkeit unterstützt. Zudem sind die Teams nicht so sehr in die örtliche politische Dynamik eingebunden. Nachteile liegen hingegen in der Schwierigkeit, der Arbeit vor Ort Kontinuität zu verleihen. Die Mitarbeiter/innen können auch als Eindringlinge erlebt werden, die ohne Kenntnis der lokalen Situation nicht kompetent agieren können. Zudem stellt die Mobilität hohe Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter/innen und erfordert vielfach einen hohen Zeitaufwand. So stellt sich zuweilen die Frage, ob die Mobilität nicht nur eine Notlösung darstellt und die Tatsache einer faktischen Unterversorgung verdeckt.

Im Hinblick auf die Rahmenbedingungen zeigt sich bereits jetzt, dass der Erfolg der Arbeit ganz entscheidend vom politischen Klima vor Ort abhängt. Auch eine Dekade nach der Einigung Deutschlands ist dies gekennzeichnet durch eine Steigerung der Gewalttaten, der rechtsextremen Propagandadelikte und des Festhaltens an völkischen, monokulturellen Ideologien. Vor allem das mangelnde öffentliche Bewusstsein, die Tendenz der Negation oder Bagatellisierung des Rechtsextremismus durch die politischen Entscheidungsträger und andere wichtige lokale Akteure ist das zentrale Hemmnis. Dabei besteht die Gefahr, dass die Initiativen und Projekte, die dieses Bild einer unproblematischen Normalität stören, selbst in Misskredit geraten. So erleben die Opferberatungsstellen wie die MBTs die öffentliche Wahrnehmung ihrer Aktivitäten als sehr unterschiedlich. Einerseits gibt es viele, die das Problem des Rechtsradikalismus ignorieren möchten und die auf die Aktivitäten der Projekte mit Abwehr und teilweise sogar mit Diffamierung reagieren. Andererseits nehmen viele gerne die Vermittlungsangebote der Projekte an und sind froh, hier Orientierung und Unterstützung zu finden.

Insofern kommt es ganz entscheidend darauf an, wie sich die Projekte in der soziopolitischen Dynamik vor Ort positionieren. Sie müssen zum einen Gesprächspartner für Akteure und Institutionen unterschiedlichster Ausrichtung sein und somit die Rolle des Mediators übernehmen, zum andern müssen sie aber auch Stellung beziehen und ihre Partner auch dazu auffordern. Wie diese schwierige Balance gefunden werden kann, wird nur von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Der Erfahrungsaus-

tausch zwischen den Projekten wird aber die Sensibilität und Kompetenzen bei diesen Aufgaben sicherlich wesentlich unterstützen. Besonders erschwerend für alle Projekte in eher ländlichen Gebieten ist der Mangel an fachkompetenten Kooperationspartnern. Das gilt vor allem für die Arbeit der Opferberatungsstellen, denen vielfach entsprechende Kompetenzen in Form von Therapeut/innen oder auch Jurist/innen mit Kenntnissen im Ausländer- und Asylrecht nicht zur Verfügung stehen. Hier können die Projekte des CIVITAS-Modells nur tätig werden, indem sie in der Öffentlichkeit sehr deutlich auf diesen eklatanten Mangel an Fachkompetenz hinweisen, um die entsprechenden Berufsverbände auf diesen Notstand aufmerksam zu machen.

Was die lokalen Initiativen und Projekte betrifft, so überzeugen sie vor allem durch ihre Fähigkeit, zivilgesellschaftliche Initiativen vorwiegend auf der Basis von ehrenamtlich Tätigen aufzubauen, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen und Organisationen. Allerdings besteht auch hier zuweilen die Gefahr der politischen Polarisierung, insbesondere in Kleinstädten. Zudem fragt sich, welche anhaltenden Wirkungen durch zum Teil nur einmalige und kurzfristige Projekte erzielt werden können. Eine positive Prognose in Bezug auf die Verankerung vor Ort ergibt sich aus der Tatsache, dass die meisten Initiatoren der Projekte jeweils aus der Gegend stammen und bereits viel Vorerfahrung in den entsprechenden Tätigkeitsfeldern mitbringen. Hier erweist es sich als ein großer Vorteil, dass sich das CIVITAS-Programm auf die Erfahrungen der Praktiker/innen stützt und ihre Initiativen aufgreift.

Insofern verwundert es auch nicht, dass sich nach Einschätzung der Mitarbeiter/innen nach diesem kurzen Zeitraum bereits erste Erfolge eingestellt haben. Diese zeigten sich in erster Linie in einem gestiegenen Vertrauen der durch Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit betroffenen Menschen in die Arbeit der Projekte und in positiven Rückmeldungen von verschiedenen Kooperationspartnern. Sie zeigten sich aber auch in einer deutlichen Ausweitung der bestehenden Netzwerke und der Formierung zahlreicher neuer Bündnisse sowie einer kontinuierlich steigenden Anzahl von Anfragen für Fortbildungen durch die Projekte. Insgesamt konnten die Mitarbeiter/innen unter den Akteuren und Kooperationspartnern ein wachsendes Problembewusstsein für den Wert eines zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens sowie für die Gefährdungen eines solchen wahrnehmen. Dieser Erfolg ist nach Einschätzung der Mitarbeiter/innen nicht zuletzt auf ihre Beratungstätigkeit zurückzu-

führen. Eine Wirkungsanalyse im Zuge der Projektevaluation sollte diese Einschätzungen fundieren und die Entwicklung anhand der damit benannten Erfolgskriterien überprüfen.

Insgesamt wird die Zukunft der Projekte ganz entscheidend davon abhängen, wie sie sich vor Ort in der politischen Dynamik positionieren und ob sie sich sozial verankern können. Dabei wird ein intensiver Erfahrungstransfer zwischen den Projekten von großer Bedeutung sein. Aber auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/innen sind entscheidend, da von ihnen nicht zuletzt die Kontinuität der Arbeit abhängt. Ob sie ihre Ziele mit ihrer Arbeit erreichen werden, hängt jedoch nicht nur von ihrem Engagement und ihrer Kompetenz ab, sondern ganz entscheidend auch von dem politischen Willen auf allen Ebenen der Gesellschaft, nachhaltig eine plurale und humane Gesellschaft in Deutschland fördern zu wollen.

12. Wie weiter?

Zusammenfassung der Abschlussdiskussion

Dr. Manfred Schwarzmeier

Die Qualität der Projekt-Strukturen – vor allem hinsichtlich ihrer finanziellen und personellen Ausstattung - stand auch im Mittelpunkt der Abschlussdiskussion, in der es um die Frage „Wie weiter?“ ging. Die Wortmeldungen kreisten dabei um folgende Themenbereiche:

a. Vernetzung

Durch die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit und den verbesserten Informationsaustausch zwischen den Initiativen und Gruppen könnte einer Konkurrenz um Ressourcen zwischen ihnen vorgebeugt und die Arbeit effizienter und flächendeckender gestaltet werden.

b. Verstetigung

Die Arbeit der Gruppen muss auf eine finanziell langfristig gesicherte Grundlage gestellt werden. Die ungesicherte finanzielle Zukunft der Projekte und der enorme bürokratische Aufwand zur Sicherung finanzieller Mittel nimmt sehr viel Zeit und Energie in Anspruch.

c. Motivation

Generell ist die Motivation in den Projekten hoch. Immer wieder sind es die kleinen Erfolgserlebnisse, aus denen die Mitarbeiter ihre Motivation schöpfen. Darüber hinaus wäre es aber zu begrüßen, dass die Aktiven durch die Öffentlichkeit mehr anerkannt würden. Natürlich ist es auch so, dass die ungesicherte persönliche Zukunft durch zeitlich befristete Verträge bei nicht wenigen MitarbeiterInnen motivationsmindernd wirke. Eine „gewisse Frustration“, so Erich Schriever ergänzend, „ist aber dann doch die Folge, wenn wie jetzt in Nordrhein-Westfalen, durch die Schließung von 1000 Einrichtungen funktionierende Netzwerke zerstört werden.“

d. Professionalisierung

Um mehr Einfluss auf die Politik zu erreichen, wurde dringend mehr und professionellere Lobbyarbeit angemahnt. Durch die Gründung eines Verbandes wäre es möglich, die Anliegen der Gruppen und Initiativen mit erheblich mehr Nachdruck zu vertreten.

Abschließend wurde von vielen TeilnehmerInnen der Wert der Veranstaltung als Informationsbörse hervorgehoben, aber auch ihr Beitrag zur Stärkung der Motivation für die zukünftige Arbeit.

13. Referent/inn/en

Matthias Adrian, EXIT-Deutschland, Mühlenstr. 47, 13817 Berlin, Mail: matthias.adrian@exit-deutschland.de; Internet: <http://www.exit-deutschland.de>

Joachim Bischoff, Dipl.-Sozialpädagoge, Streetworker, Jugendamt der Landeshauptstadt München, Orleansplatz 11, 81667 München, Fon: 089/48914-72

Gandhi Chahin, „Sons of Gastarbeiters“, Haus Villigst, Iserlohner Straße 25 58239 Schwerte, Fon: 02304/9325-63, Fax: 02302/9325-62, Mail: gandhi@dersog.com, Internet: <http://www.aej-haus-villigst.de>

Stefan Glaser, jugendschutz.net, Projektleiter, Fritz-Kohl-Str. 24, 55122 Mainz, Fon: 06131/3285-261, Fax: 06131/3285-22, Mail: sg@jugendschutz.net, Internet: <http://www.jugendschutz.net>

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke, Polizei-Führungsakademie, FB 3 Rechts- und Sozialwissenschaften, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster, Fon: 02501/806-295, Mail: jaschke@pfa-ms.de, Internet: <http://www.pfa.nrw.de>

Bernhard Krohn, Oberstudienrat, Berufsschule Passau, Rittsteiger Str. 15, 94036 Passau, Fon: 0851/89771, Mail: bernkro@aol.de

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin-Hellersdorf, Fon: 030/99245-313, Fax: 030/99245-245, Mail: rommelspacher@asfh-berlin.de, Internet: <http://www.asfh-berlin.de>

Jakob Ruster, Dipl.-Verwaltungswirt, LIDIA-Bayern, Landwehrstr. 35, 80336 München, Fon: 089/4190-2728, Fax: 089/4190-2727, Mail: jakob.ruster@lidia-bayern.de, Internet: <http://www.lidia-bayern.de>

Dr. Reiner Schiller-Dickhut, Bündnis für Demokratie und Toleranz, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Fon: 030/236340-811, Fax: 030/236340-888, Mail: schiller-dickhut@bfdt.de, Internet: <http://www.buendnis-toleranz.de/>

Erich Schriever, Dipl.-Sozialpädagoge, Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen, Haus Villigst, Iserlohner Straße 25 58239 Schwerte, Fon: 02304.755-194, Telefax: 02304.755-248, Mail: p.erner@aej-haus-villigst.de, Internet: <http://www.jugend-westfalen.de> oder <http://www.rap-fuer-courage.de>

Silke Schuster, Dipl.-Pädagogin, LIDIA Bayern, Landwehrstr. 35, 80336 München, Fon: 089/4190-2728, Fax: 089/4190-2727, Mail: silke.schuster@lidia-bayern.de, Internet: <http://www.lidia-bayern.de>

Dr. Manfred Schwarzmeier, Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82323 Tutzing, Fon: 08158/256-52, Mail: M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de, Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

Gesa Tiedemann, Geschäftsführerin, Petra-Kelly-Stiftung, Reichenbachstr. 3a, 80469 München, Fon: 089/242267-42, Fax: 089/242267-47, Mail: gtiedemann@petra-kelly-stiftung.de, Internet: <http://www.petra-kelly-stiftung.de>

Dr. Christiane Tramitz, Altostr. 20, 82319 Starnberg, Fon: 08151/72100, Mail: ctramitz@t-online.de

Rebecca Weis, Kommissarische Geschäftsführerin, Gesicht Zeigen! e.V., Torstr. 124, 10119 Berlin, Fon: 030/28044-786, Fax: 030/28044-813, Mail: weis@gesichtzeigen.de, Internet: <http://www.gesichtzeigen.de>

Dr. Fridolin Wimmer, Studiendirektor, Gymnasium Vilshofen, Prof.-Scharrer-Str. 7a, 94474 Vilshofen, Fon: 08541/91920, Fax: 08541/919240, Mail: sekretariat@gym-vilshofen.de

Herausgeberinnen:

PETRA-KELLY-STIFTUNG/AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Gerd Rudel

Layout: Dr. Gerd Rudel

Bamberg/Tutzing, Februar 2004

Preis: 4 EURO

© **PETRA-KELLY-STIFTUNG**

80469 München, Reichenbachstr. 3A

Fon: 089/242267-30 – Fax: 089/242267-47 – E-mail: info@petra-kelly-stiftung.de

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

82323 Tutzing, Buchensee 1

Fon: 08158/56-0 - Fax.: 08158/56-14 und -51 – E-mail: chefsekretariat@apb-tutzing.de

Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Herausgeberinnen